Heft 11 November 1999 8,- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Deutsche Einheit: Gekauft, erpreßt, erschlichen
- Vom Balkan zum Kaukasus: Der Ethno-Weltkrieg
- Scharping, der Maulheld vom Amselfeld
- Interview:

eder
verein
gung: 10 Jahre
sind
enug

in konkret November 1999

hier konkret von Dietrich Kuhlbrodt
Der Theatermacher Christoph Schlingensief hat zum Start seiner neuen Tournee bekennenden Faschos Gelegenheit zur Selbstdarstellung gegeben. KONKRET fragte ein Mitglied der Schlingensief-Crew, den KONKRET-Autor Dietrich Kuhlbrodt, nach dem Nutzen des Spektakels

von konkret

von an konkret
Sattsam beackert

Der Ethno-Weltkrieg von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Ist das ein Volk! von Oliver Tolmein
10 Jahre »Demokratische Kultur« im Vierten Reich: Nazis dürfen wieder überall mitreden, Minderheiten werden staatlich diskriminiert, und eine Opposition findet nicht statt

Appeasement ‘90 von Karl Heinz Roth
Eine wenig ruhmreiche Geschichte:Wie die Westmächte den DDR-Anschluß nach Maßgabe der Kohl-Regierung zuließen

Jetztzeit von Peter Hacks
Zehn Gerechte

Cash, pränumerando von Georg Fülberth
Der vor zehn Jahren eingeleitete Anschluß der DDR an die Bundesrepublik war vor allem ökonomisch indiziert: Nichtausgebeutetes drängte danach, ausgebeutet zu werden

Gekauft? Erpreßt? Erschlichen? von Hans Modrow, Jürgen Elsässer, Martin Hantke
Was geschah vor zehn Jahren in der DDR? Interview mit Hans Modrow, vom 13. November 1989 bis 12. April 1990 Ministerpräsident der DDR, heute Ehrenvorsitzender der PDS und Europaabgeordneter

In diesem Sinne - Lyba Dyba von Matthäus Dreizehn

In diesem Sinne - Danke, Oskar von Georg Fülberth

In diesem Sinne - Scham mit Sch wie Schampus von Michael Schilling

KONKRET-GesprächLafontaines letzter Kampf von Heiner Flassbeck, Jürgen Elsässer
Er war der Mann, der Lafontaine die Ideen gab: Heiner Flassbeck, bis zum Rücktritt seines Chefs Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. KONKRET wollte von ihm wissen, ob Deutschland zum eigenen Vorteil den Weltmarkt ruiniert und warum Hans Eichel das besser kann als sein Vorgänger

King Liar von Kay Sokolowsky
Rudolf Scharping hat im Krieg ein Tagebuch geführt, das nun gedruckt vorliegt. Zu besichtigen ist ein Amoklauf gegen Sprache, Logik und Wahrheit

An der schönen braunen Danubia I von Peter Kratz, Lorenz Schrötter

Die rechtsextremen Einlassungen des ehemaligen Apo-Führers und heutigen Politik-Dozenten Bernd Rabehl vor einer Burschenschaft waren kein Ausrutscher. Sie haben eine Tradition, die über die Apo bis in die Zeiten des SA-Stabschefs Ernst Röhm reicht. Erster Teil eines Beitrags über das nationalrevolutionäre Treiben der neuen deutschen Linken

»Nicht so dramatisch« von Gaby Hommel

Ein Mann tot, drei gezüchtigt, neun verschwunden – eine typische Kosequenz der deutschen Abschiebepraxis

Einmal Timor zweiter Klasse von Horst Pankow

Alles wie gehabt: Erst werden die Bösen und die Guten erfunden, dann Horrostories verbreitet, schließlich spielt man Krieg. Neu an dem Osttimor-Abenteuer ist: Nun will auch die PDS dabeisein

Friß die Hand von Gerhard Scheit

Unaufhaltsam verhaidert Österreich:Statt bekämpft soll die FPÖ »integriert« werden

Buch des Monats: Das granitharte Ungefähre von Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe von Jürgen Roth

Das dööfste Volk der Welt von Mathias Wedel

Triumph der Eventkultur von Georg Seeßlen

»Das XX. Jahrhundert – Kunst in Deutschland«. Eine Mega-Ausstellung in der Baustelle Berlin

Operation Kultur von Jan Pehrke

Kalter Krieg und weiche Themen: Frances Stonor Saunders beschreibt den Kulturkampf der CIA

Sloterdijk meets Singer von Alexander Bogner

Ein deutscher Gartenzwerg der Philosophiegeschichte will den »Kleinmenschen« keimbahntherapieren. Die liberale Presse will dieses Geschäft lieber der seriösen Bioethik überlassen

How to look von Jens Hoffmann

Zeitgenössische Dokumentarfilme über die befreiten Konzentrationslager können »die Wahrheit« des deutschen Völkermordes nicht zeigen. Als Ausschnitte dieser Wahrheit bleiben sie unverzichtbar

Sonderbares Gehirn von Joachim Rohloff

Von der Badehose Chruschtschows zum Todfeind der Sozialschmarotzer:Die ziemlich normale Karriere des H. M. Enzensberger kann jetzt in einer Biographie studiert werden

Der gute Iwan von Gerhard Henschel

Der Tod Raissa Gorbatschowas gab den Deutschen die Gelegenheit, die sie noch brauchten, um Michail Gorbatschow als ihren Lieblingsonkel zu adoptieren

filmtheater von Kay Sokolowsky

Was der kleine Hosenscheißer braucht von Fanny Müller

Von Idioten für Idioten: Ein Blick in die erste Ausgabe des neuen MännerMagazins »alexx«

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 11/99, S. 3

Dietrich Kuhlbrodt

hier konkret

Der Theatermacher Christoph Schlingensief hat zum Start seiner neuen Tournee bekennenden Faschos Gelegenheit zur Selbstdarstellung gegeben. KONKRET fragte ein Mitglied der Schlingensief-Crew, den KONKRET-Autor Dietrich Kuhlbrodt, nach dem Nutzen des Spektakels

konkret: Endlich wissen wir, was Schlingensief und Sie mit der »Chance 2000« meinten: Bis zum Jahr 2000 wollen Sie Ihre »Deutschlandsuche« abgeschlossen und den Führer gefunden haben. Drei aussichtsreiche Kandidaten haben Schlingensief und Sie Anfang Oktober im Deutschen Schauspielhaus in Hamburg vorgestellt: den feurigen NPD-Festredner Horst Mahler, den beliebten Nazi-Kolumnisten Reinhold Oberlercher und den verschmusten Fascho-Esoteriker Rainer Langhans. Wer war der beste?

Kuhlbrodt: Schöne Frage. Die Führer, die wir suchen, sind auch die Verführer. Wir müssen jetzt wissen, mit wem wir es im nächsten Jahrtausend zu tun haben. Die drei haben sich allerdings auf der Bühne rhetorisch totgelaufen.

konkret: Harmlose Zeitgenossen offensichtlich, diese Sprachlosen? Der Faschismus mit menschlichem Antlitz, proudly presented by Schlingensief?

Kuhlbrodt: Die Gefühlsebene dieser Leute ist die Gefühlsebene derer, die ihnen folgen.

konkret: Die sind alle miteinander ballaballa. Aber das wußte man doch vorher, wenn man ihre Texte gelesen hat – dazu hättet ihr diesen Nazis kein Podium bieten müssen.

Kuhlbrodt: Was wir gemacht haben, war ein Krisenexperiment, eine alte Vorgehensweise von 68. Unser erstes vorläufige Ergebnis in Form einer Zwischenevaluierung: Auf die Sprache und Texte dieser Herren kommt es nicht an. Diese Sprache und diese Texte kommen nicht an.

konkret: Mit dieser Sprache und diesen Texten hat Haider die Wahl in Österreich gewonnen.

Kuhlbrodt: Das ist etwas anderes. Haider ist kein 68er gewesen. Unsere Fragestellung war: Wie kommen die heutigen Rechten, die 68 Linke waren ...

konkret: Einspruch.

Kuhlbrodt: ... wie kommen die an? Ihre Texte sind es nicht. Was dann? Daß ihre Texte verboten sind, zumindest moralisch – das macht sie interessant. Diese ganze Bewahrpädagogik ist gescheitert, und auf dem Gebiet der Medien ist sie auch längst abgeschafft: Man kann Jugendliche nicht vor bösen Bildern bewahren, sondern man muß Medienkompetenz einüben.

konkret: Also endlich *Mein Kampf* verlegen, am besten in hoher Auflage, damit sich jeder selbst ein Bild von Hitler machen kann?

Kuhlbrodt: Jetzt sind Sie schon wieder auf der Textebene. Bleiben wir doch dabei, was sich auf der Bühne des Hamburger Schauspielhauses abgespielt hat: Die Herren sitzen oben, sagen drei Sätze – und dann verstummen sie ...

konkret: Aber das ist doch bei Nazis immer so. Hitler hatte sogar nur einen Satz – »Die Juden sind unser Unglück« – , und den wiederholte er ständig.

Kuhlbrodt: ... sie sitzen also auf der Bühne hilflos herum. Ein anschauliches Experiment, wie ich finde. Allerdings hat jedes Experiment seine Rahmenbedingungen, die zwingend eingehalten werden müssen, wenn das Experiment nicht scheitern oder außer Kontrolle geraten soll. Zu diesen Rahmenbedingungen gehört in diesem Fall, daß nicht gleichzeitig *Mein Kampf* unter die Leute gebracht wird. Wie bei jedem Experiment darf man die kritische Masse nicht zu stark anreichern.

konkret: Die Anreicherung könnt ihr gar nicht verhindern, dafür sorgen schon Walser, Sloterdijk und die ganze Bagage.

Kuhlbrodt: Die rechts gewendeten 68er transportieren das kollektive Unterbewußte der Deutschen, das kollektive Selbstbewußtsein. Und das läßt sich zurückführen bis zum Wagner-Kult, weswe-gen Wagner bei der »Deutschlandreise« auch eine große Rolle spielt. Siegfried als deutscher Prototyp, dieser starke, tumbe Recke, den Wagner sagen läßt: »Und wenn uns ein Alter im Wege steht, dann wird er von uns weggefegt.« Das ist das deutsche Programm.

konkret: Um das festzustellen, hättet ihr die Herren vom N-SDS nicht für Cash in Hamburgs nobelsten Kulturtempel einladen müssen. Ein Psychologie-Student im vierten Semester hätte euch das Walhalla-Syndrom schon aus Mahlers KPD-Schriften deduzieren können, und daß Langhans' Flucht von Uschi Obermeier zur deutschen Mutter Kriemhild schon in der Kommune 1 angelegt war.

Kuhlbrodt: Geschenkt: Studentenfutter für KONKRET-Leser. Aber was wird wahrgenommen und erlebt, wenn hinterher Hummer gegessen wird?

konkret: Georg Seeßlen hinterfragte in *Tanz den Adolf Hitler*, ob man »Hitler als B-Movie-Schurken und Mordskasper« präsentieren solle, »wenn wir den echten Faschismus schon wieder vor der Haustür haben«. Darauf wandten Sie ein, daß »der echte Faschismus nicht vor Tür und Tor halt gemacht hat, sondern schon drin ist, und wir schon längst ›den Hitler in uns‹ haben«. Dies scheint mir die Wurzel Ihrer Fehler zu sein. Solange wir den Hitler nur ›in uns‹ haben, herrschen nämlich relativ zivile Verhältnisse. Erst wenn die Sau rausgelassen wird – und das befürworten Sie ja, wenn auch aus pädagogischen Gründen – , wird es ungemütlich.

Kuhlbrodt: Wenn die Sau rausgelassen wird, müssen wir mit der Gewalt umgehen. Selbstverständlich brauchen wir dann nicht nur Medienkompetenz, sondern müssen der Gewalt entgegentreten.

konkret: Gewaltkompetenz habt ihr aber im Hamburger Schauspielhaus nicht gerade gezeigt. Oder habe ich verpaßt, wie Sie Mahler für seine Hetze mit einem linken Haken geantwortet haben?

Kuhlbrodt: Wir mußten der Gewalt nicht entgegentreten, weil keine Gewalt ausgeübt wurde. Ich wiederhole es: Die Herren irrten in diesem Experiment zum Schluß sprachlos auf der Bühne herum.

Konkret 11/99, S. 4

von konkret

Die vierte Staatsgewalt, Abteilung »Süddeutsche Zeitung«, hat von einer der drei andern, ihrem Staatsschutz, ein Dossier erhalten und macht daraus einen Leitartikel unter dem Titel »Linksextremismus – ein Phantom«:

Die vertraulichen Berichte der Verfassungsschützer lesen sich possierlich. Ob der KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza ein »Exponent des antideutschen Linksextremismus« sei, wird diskutiert ... Aber richtig Angst macht der Linksextremismus keinem. Der Spuk ist, hoffentlich, vorbei.

Toi toi toi, wie man unter Staatsschützern sagt. Leider muß der Kollege von der »Frankfurter Rundschau« nämlich vom Journalistentag der IG Medien in Stuttgart melden, daß das Phantom dieser und jener Staatsgewalt mitunter in die Suppe spukt:

Hermann L. Gremliza hatte die Lacher auf seiner Seite. Zitate über Zitate, allesamt stammend aus deutschen Medien zu Zeiten des Konflikts um den Kosovo ... Über den Bildschirm flimmert Krieg als Seifenoper, dem heldenhaften Trio Schröder-Scharping-Fischer tönt im »Hamburger Abendblatt« kitschigstes Tremolo entgegen, »Bild« breitet schlichte Lügen aus. Oder diese kleine, unerhörte Begebenheit: In der »Zeit« erzählt Joschka Fischer, er habe bei einem Besuch bei Milosevic aus dessen Augen den stillen Triumph herausgelesen: »Ich kann über Leichen gehen, das kannst du nicht« – in der »FAZ« dichtet wenig später der Dichter Peter Schneider dem Herrscher in Belgrad dies als dessen eigene Äußerung an ... Für den unerbittlichen Hamburger Criticus liegen sich die deutsche Politik sowie die hiesigen Druckerzeugnisse und Sendeanstalten in den Armen, wenn es darum geht, das Land wieder »kriegsfähig zu machen« und den Weg Deutschlands zur Weltmacht zu ebnen.

Aus Göppingen meldet die »NWZ« einen weiteren Phantom-Einsatz, mit Doppelbeschuß:

Gnadenlose Worthülsen-Enthüllung – Hermann L. Gremliza und Horst Tomayer in einer Veranstaltung von Odeon und GAL: Großartige Vortragskunst ... wortakrobatische Schlagfertigkeit ... wortgewaltig und gestenreich ... genußvoller Literaturabend ... stürmischer Schlußapplaus ...

Reinen Tisch macht mit dem Bedränger, aber hallo. Am 30. Oktober kommt das Gemischte Doppel Tomayer/Gremliza aus den Hauptstädten in die heimische Provinz zurück – nach Hamburg, Deutsches Schauspielhaus (Kirchenallee), Kantine, 21 Uhr. Und am 23. November zieht es schon wieder aus, nach Düsseldorf, ins ZAKK, Fichtenstraße 40, 20 Uhr.

KONKRET-Redakteur Jürgen Elsässer und der US-amerikanische Politologe Andrei S. Markovits haben gemeinsam das Buch *»Die Fratze der eigenen Geschichte«. Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawien-Krieg* (Elefantenpress, 205 Seiten, 29,90 Mark) herausgegeben. Der gerade erschienene Band enthält auch Aufsätze von Daniel J. Goldhagen, Wolfgang Wippermann und anderen.

Veranstaltungen: Jürgen Elsässer liest aus dem von ihm herausgegebenen Buch *Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik* (konkret-texte 22): 2.11. Münster, Universität (Fürstenberghaus, Am Domplatz), Hörsaal F2, 18 Uhr; 5.11. Wedel, Gemeindesaal Christuskirche (Wedel-Schulau, Feldstr. 32-36), 19 Uhr.

Am 24.11. hält der Historiker und KONKRET-Autor Karl Heinz Roth im Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin einen Vortrag. Thema: »Biowissenschaften für den Krieg – Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937-1945«.

Seit 7. Oktober im Handel: das zur Frankfurter Buchmesse erschienene Sonderheft Literatur Konkret 1999 (im Zeitschriftenhandel 7,80 Mark, beim Verlag 10 Mark inkl. Porto). Unter dem Titel »Sprache im humanitären Einsatz« untersucht es aus Anlaß des 100. Geburtstags der »Fackel« von Karl Kraus die Folgen der Hinrichtung der Sprache für politische Zwecke.

Eine Informationsveranstaltung für Leute, die Interesse haben, KONKRET-Kommanditist/in zu werden, findet am 19.11. in der Werkstatt 3, Nernstweg 32, Hamburg-Altona statt (16 bis 18 Uhr). Mitglieder der Redaktion und die Fachfrau für Steuern und Finanzen werden anwesend sein.

Konkret 11/99, S. 6

an konkret

Sattsam beackert

KONKRET 10/99: »Es rettet euch kein Billiglohn!« von Norbert Trenkle

Ich war recht angetan, nach längerer Zeit wieder einmal einen ökonomiekritischen Aufsatz in Ihrer Zeitschrift zu lesen. Die Lektüre des Trenkle-Textes hinterläßt jedoch einen zwiespältigen Eindruck. Solange Trenkle die Formen aktueller Arbeitskraftverwertung beschreibt und durch die Gegenüberstellung von Fakten die Mainstream-Soziologie blamiert, bewegt er sich auf einem Terrain, das von der Linken sattsam beackert wurde. Löchrig wird seine Argumentation da, wo er Keynesianismus, Regulationstheorie und Reformpolitik wert- und krisentheoretisch zu überwinden versucht. Einen nachfragepolitisch zu behebenden Kaufkraftmangel will Trenkle als Krisenerklärung nicht gelten lassen, da dies eine zirkulationsspezifisch verkürzte Problemsicht sei. Statt dessen sichtet er einen Schwund an wertschöpfender »Arbeitssubstanz«, der die Kaufkraft versiegen lasse. Es werde schlicht zu wenig Mehrwert produziert, weil der Arbeitsgesellschaft durch die Mikroelektronik die Arbeit ausgehe!

Ich verrate nun wirklich nicht zuviel, wenn ich feststelle, daß die Produktion des relativen Mehrwerts, seine Funktion und Entwicklung von Marx schon ausführlich analysiert worden ist. Trenkle kann nicht ernsthaft erwarten, seine Leser erblickten in der »Entwertung« produktionstechnisch zurückgebliebener Arbeit den »entscheidende(n) Unterschied zur bisherigen Geschichte der Arbeitsgesellschaft«. Trenkles Katastrophenzuversicht speist sich doch allzu sehr aus der abstrakten, ahistorischen und unpolitischen Vorstellung, daß es zur Kapitalakkumulation einer festen, zahlenmäßig gegebenen Mindestmenge von wertschaffenden, sprich: ökonomisch ausbeutbaren Produktionsarbeitern bedürfe. Gelänge es, diesen Nachweis jenseits werttheoretischer Beschränkungen konkret zu führen, ich gestehe, ich wäre bei der ideologiegeschichtlichen Wiederaufführung von August Bebels »großem Kladderadatsch« dabei! So aber stehen wir weltweit staatlichen (und überstaatlichen) Regulations- und Verteilungsmechanismen gegenüber, die – neoliberal, keynesianisch oder postfordistisch – die Erfordernisse der politischen Ökonomie auch gegen die Verwertungsinteressen selbst mächtiger Einzelkapitale durchsetzen.

Andree Slickers

Berlin

Also, wenn ich die Qualität der ökonomischen Analyse von Norbert Trenkle an seinem Gebrauch der deutschen Sprache messe, dann kann damit nicht viel los sein! »Billig« oder »teuer« kann nur etwas sein, was man kauft. Gekauft wird aber nicht der Lohn, sondern die Arbeitsleistung. Der Lohn, der als Preis für die Ware Arbeitskraft gezahlt wird, kann nur »hoch« oder »niedrig« sein, niemals aber »teuer« oder »billig«, wenngleich der Kapitalist seiner Gefühlslage im Hinblick auf einen aus seiner Sicht »hohen« Lohn mit den Worten Ausdruck geben wird, dieser »komme ihn teuer zu stehen«.

Da kämpft man nun seit Jahr und Tag in Leserbriefen an Zeitungen und mit Anrufen bei Hörfunkredaktionen gegen die Verwendung dieser sprachlichen Mißgeburt an – und wird dann ausgerechnet in KONKRET damit so brutal konfrontiert. Schämt und bessert euch!

Rolf Vellay

Datteln

Jugendstil

KONKRET 10/99: »Plan erfüllt« von Georg Fülberth

Da würden sich Urwandervögel wie Alfred Kurella und Friedrich Wolf doch ein bißchen geärgert haben – Fülberth macht den »Wandervogel vor dem Ersten Weltkrieg« zum Erfinder des uniformierten Jugendstils, wie ihn erst die HJ und dann die FDJ fortgeführt habe, wenn auch unter gegensätzlichen politischen Zeichen. Tatsächlich waren aber die Wandervogelgruppen nicht uniformiert, sondern sie liebten das »bunte Gewand«, und das war kein Zufall. Einheitliche »Kluft« mit Halstuch, Abzeichen und ähnlichem Gedöns, auch Trommeln und Fanfaren wurden erst später üblich, als Jugendorganisationen von rechts bis links sich soldatisch gaben, zudem den Stil der Boy Scouts übernahmen oder auch den der sowjetischen Jungpioniere. Kommunistische Jugendgruppen in Deutschland waren schon vor 1953 uniformiert, die FDJ nach 1945 hat (übrigens relativ gemäßigt) daran angeknüpft. HJ-Vorbilder brauchte sie dafür nicht.

Arno Klönne

Paderborn

Historische Verbundenheit

KONKRET 9/99: »Öcalans Dünger« von Justus Wertmüller

Will Ihr Kommentator sich und Ihre Zeitschrift als »willige Helfer« einer Politik der Unterdrückung, der Ausradierung eines alten Kulturvolkes hergeben? Nicht nur diejenigen, die – wie Deutsche unter dem Hitlerregime – an der physischen Vernichtung von Menschen mitwirken, sind zu tadeln, sondern auch jene, die durch Meinungsmache feindliche Stimmung bereiten.

Wir Kurden sehen uns historisch mit den Juden verbunden. Wir sind allerdings nicht glücklich über die Politik des Staates Israel, an der wir Kritik üben. Nach Deutschland hat Israel am meisten zur Modernisierung und Ausbildung der türkischen Armee beigesteuert. In Berlin haben Wachleute ein gesetzwidriges Verhalten der Kurden mit einem Blutbad beantwortet. Ismail Cem macht mit der Hilfe Israels erfolgreich eine Politik, die den Kurden ihre Heimat abspricht. Diese Fakten, denke ich, geben uns das Recht zur Kritik.

Haydar Isik

Mitglied des Kurdistan National Kongreß

Maisach

Nachhaltige Verschrottung

KONKRET 9 u. 10/99: »Denkmal für ein Denkmal« von Peter Hacks

Kann mir mal jemand verraten, wann Peter Hacks diesen Unfug verzapft hat? Wenn die Denkmalsstürze nach der Wende 1989/91 nicht angesprochen wären, könnte man seine Stalin-Huldigung auf 1952/53 datieren. Jedenfalls vor den 20. Parteitag 1956, wo ein Bruchteil der Schweinereien des feinen Herrn Stalin bekannt gemacht wurde.

Stalin-Denkmäler hätten nie aufgestellt werden dürfen in einer Gesellschaft, in der der Aufbau des Sozialismus auf der Tagesordnung stand. Die Entstalinisierung kam zu spät, blieb halbherzig, deshalb stürzte letztlich auch Lenin. Die unter den Bedingungen des Stalinismus aufgestiegenen Kader, längst ihrer sozialen Basis entfremdet, voller Furcht, die Mitschuld an Verbrechen könnte aufgedeckt werden, waren um ihre Selbstversorgung mehr bemüht als darum, das Denken nach den Methoden von Marx, Engels, Lenin u. a. wieder lebendig werden zu lassen, es vom Stalinschen Dogmatismus zu befreien. Terror kann das Denken sehr wohl »verschrotten«, der Terror unter Stalin tat dies gründlich und nachhaltig.

Joachim Hösler

Marburg

Unentschuldbar

KONKRET 10/99: »Mensch unter Herrenmenschen« von Hermann L. Gremliza

Den Artikel zu Marcel Reich-Ranickis Autobiographie finde ich katastrophal. Was anders als blankester Opportunismus hat wohl Reich-Ranicki 1973 veranlaßt, die Party mit einem »Massenmörder« (Reich-Ranicki), der ja immerhin auch die Ermordung eines großen Teils seines Volkes mitzuverantworten hat, nicht zu verlassen! Dieses Verhalten ist auch keineswegs damit zu entschuldigen, daß »wir nicht die Revolution gemacht haben« (Gremliza).

Mir fällt in diesem Zusammenhang Gershom Sholem ein, der zu NS-Prozessen vor deutschen Gerichten 1979 in einem Brief an Walter Boehlich schrieb: »Es ist sehr traurig, daß im Grunde die einzige moralisch, wenn auch nicht gerichtlich einwandfreie Justiz wäre, wenn einer der Zeugen die Angeklagten im Gerichtssaal erschießen würde.«

Angelika Held

Wustrow

Konkret 11/99, S. 9

Hermann L. Gremliza

Der Ethno-Weltkrieg

Als wolle er auf die alten Tage den größten Erfolg seines Journalistenlebens, bestehend in der Verunsicherung des deutschen Fischeinzelhandels, noch einmal toppen, erhob der WDR-Redakteur Klaus Bednarz seine Stimme: Was dort in Tschetschenien geschehe, sei »ein verbrecherischer Angriffskrieg«, »Vertreibung«, »Kolonialisierung«, »militärischer Massenmord« – »und die Welt schaut zu!«

Soll sie wegschauen? Oder zu einer weiteren ihrer Friedensmissionen aufbrechen, mit allem pazifistischen Gerät und deutschen Soldaten, die vor Wolgograd, wie zuvor in Jugoslawien, ein *undone business* zu Ende bringen? Muß der deutsche Außenminister auch die Lage im Kaukasus zu einer erklären, die »nicht hinnehmbar« ist, wie zuvor jene in Bosnien, im Kosovo und in Osttimor? Oder bleibt der »militärische Massenmord« vorläufig »hinnehmbar«, wie die Lage in Afghanistan, in Algerien, im Tibet, in Nigeria? Und wer soll das entscheiden?

»Nicht hinnehmbar« meint, daß weder die Bundesregierung noch andere Politiker das letzte Wort haben, sondern höhere Mächte, das Schicksal bzw. eine universelle Moral, welcher die Regierung dient, indem sie ihr die richtige Auslegung gibt. Die Universalmoral, richtig ausgelegt, besagt in diesem Fall, es sei hinnehmbar, daß gegen Menschen, die wie Bewohner des Kaukasus aussehen, »mitten in Moskau eine ethnische Säuberung rollt« (»Spiegel«). Die moralische Auslegung geht dabei davon aus, daß deutsche Soldaten die russische Grenze nicht überschreiten sollten. Zwar hat der Krieg gegen Serbien vorgeführt, wie kläglich das konventionelle Militärpotential Rußlands ist, aber solange nicht alle russischen Atomraketen zerlegt, verkauft und verrostet sind, ist Vorsicht der beßre Teil der Moralkiste.

Andererseits hat Rußland in der Vorbereitung und bei der Führung des Krieges gegen Jugoslawien Reste von Renitenz gezeigt, die einem Land der Dritten Welt nicht geziemen und deshalb ausgetrieben werden müssen. Wo man aber selber keinen Krieg führen kann, läßt man Krieg führen, und die Vorstellung, wie das geschehen ist und wer die islamischen Gotteskrieger auf ihrem Weg zu den Moskauer Wohnblocks mit Rat und Tat begleitet hat, überansprucht die konspirative Phantasie kein bißchen: Es dürfte dieselbe Agentur gewesen sein, die – in Zusammenarbeit mit dem pakistanischen Geheimdienst – jene »arabischen Afghanen«, die jetzt ein paar hundert Moskauer in die Luft gesprengt haben, einst gegen die Rote Armee in Stellung gebracht, ausgebildet, bewaffnet, instruiert und, selbstverständlich, mit eigenen Leuten durchsetzt hatte: die CIA.

Die Truppe, die *sub specie aeternitatis* auf einen islamischen Gottesstaat hinaus will, in ihrem Killeralltag aber auf Sold und Beute, ist vielseitig verwendbar. »Rebellenrepublik« nennt der »Spiegel« Tschetschenien, und aus potentiellen »Rebellenrepubliken« besteht nicht nur der Kaukasus, sondern die ganze Welt. Überall leben Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe, Sprache, ihres Aberglaubens und anderer gemeinsamer Vorlieben sich benachteiligt fühlen oder es tatsächlich sind und zu Aufständen leicht animiert werden können, morgen gegen China, heute gegen Rußland, gestern gegen Jugoslawien.

Bis vorgestern (1989/90) galt die Erhebung, der Aufstand immer als Fortschritt, war Rebellion gerechtfertigt. Von Revolution zu Revolution, von Befreiungskrieg zu Befreiungskrieg bewegte die Weltgeschichte sich dem Morgenrot des Kommunismus entgegen. Noch der skurrilste Bankräuber war, weil er den Besitzern der Bank Ärger machte, irgendwie daran beteiligt. Seit der Kommunismus vom Programm der Weltgeschichte gestrichen ist, herrscht Verwirrung solcher Art:

Ist die UCK ein Produkt des deutschen oder US-amerikanischen Imperialismus mit einer reaktionären Tradition bis zurück zur kosovarischen SS-Division Skanderbeg? Oder handelt es sich bei ihr im Gegenteil um eine linke nationale Bewegung, die einen progressiven Kampf gegen die nationalistische Unterdrückung der albanischen Bevölkerung durch das serbische Regime führt?

Die Antwort, welche die »Sozialistische Zeitung« ihrer Frage gibt, lautet: keines von beiden. Das ist nicht falsch. Richtiger wäre: beides. Für die UCK, hervorgegangen aus der marxistisch-leninistischen Partei der Albaner in Jugoslawien galt schon damals, in den Siebzigern im Kosovo, was immer und überall gilt: daß der Kampf gegen die »Fremdherrschaft« sich zunächst gegen die Fremden und dann erst gegen die Herrschaft richtet, je länger er währt, desto mehr. Die Liebe der UCK zu den ruhmreichen nationalen Traditionen ist nach diesem Prinzip gewachsen, das weltweite Verschwinden der sozialrevolutionären Option hat einen Bund fürs Leben aus ihr gemacht.

In der neuen Ordnung der Welt gibt es tausend Gründe, den Aufstand zu wagen, bei null Aussichten auf Erfolg. Die Regel ist, daß ein armer Teufel auf der Leiche eines anderen aus dem Sumpf zu steigen versucht. Kroaten auf toten Bosniaken, Kosovaren auf toten Serben, Tschetschenen auf toten Russen und alles in umgekehrter Reihenfolge nochmal von vorn. Heraus kommt keiner. Denn das Recht auf Selbstbestimmung, das nicht die persönliche oder soziale meint, sondern eine

ethnisch, völkisch, das heißt: rassistisch, oder religiös begründete, ist zwar ein Freibrief für jede Barbarei, aber auch ein Scherz der Direktion: Kein Aufständischer bestimmt seinen Aufstand selbst, alle sind Opfer der Anregungen und Lockungen von Mächten, die auf diese Weise ihre gemeinsamen imperialistischen Ziele verfolgen und ihre Konkurrenzkämpfe austragen. Wen sie bezahlen und wen sie bestrafen, ob einer beim Tribunal in Den Haag vorgemerkt wird oder den Nobelpreis betr. Frieden bekommt, entscheidet die Marktlage. Jelzin, Führer eines Drittweltstaates, ist, je nachdem, der letzte Garant der Demokratie oder der Pate der Russenmafia. Bei der Auslosung ist der Rechtsweg ausgeschlossen.

Auch als der Aufstand noch Erfolg versprach, finanzierte der Rebell sich mit allem, was dazu taugte: Schmuggel, Entführung, Erpressung. Stets stand er in Gefahr, das Mittel zum Zweck verkommen zu lassen, vom Robin Hood, der den Armen gibt, was er den Reichen genommen, zum Wegelagerer zu werden, der es verfrißt. Daß Rebellen heute mit Rauschgift handeln, ist ein Vorwurf, den ihnen nur die Drogenkonkurrenz machen kann. Daß sie daran hängen bleiben, liegt in der Tücke ihrer objektiven Lage.

Wer die beschreibt, sollte ihre kriminellen Seiten nicht leugnen. Und doch wird die Schilderung unwahr, die den Täter nicht auch und zuerst als Opfer versteht. Der UCK-Chef Thaci, beispielsweise, der ein Bandit ist, verhält sich zu seinen Bonner und Washingtoner Förderern wie der Türsteher zum Bordellchef. Wird er lästig, werden sie mit ihm verfahren wie mit ihrem Agenten Noriega oder mit ihrem Augusto Pinochet, den sie zum Sturz Allendes und zur Vernichtung der Unidad Popular ausgesucht, installiert, gepriesen hatten (seitenlang riefen die »Frankfurter Allgemeine« und die »Welt« damals, als er Kommunisten gefesselt aus Hubschraubern ins Meer werfen ließ, Pinochets politische Leistung aus) und heute von ihren Schreibstiften niedermachen lassen.

Wie schnell die Herren der Menschenrechte ihre Gunst entziehen können, zeigte sich, als die größte Zeitung der westlichen Welt den Krieg, der zugunsten der vergewaltigten, vertriebenen, massakrierten, immer nur leidenden Albaner geführt worden war, mit der Schlagzeile »Albaner-Willy, Hamburgs gefährlichster Zuhälter« beendete und ein Bundesinnenminister, der einst die deutsche Guerilla verteidigt hatte, die umgehende Abschiebung aller in Deutschland lebenden Albaner ankündigte. Mögen Schröder und Fischer für sie Krieg führen, Zuflucht und Sozialhilfe gewähren Schily und Riester nicht. Auch zeitweise befreundete Kanaken bleiben immer Kanaken.

Konkret 11/99, S. 10

Herrschaftszeiten

Exodus

31. August, »The Globe and Mail« (Kanada):

Ende Juni wurden vier Generationen der Familie Prlincevic und andere Juden zur Flucht aus Pristina gezwungen. Damit ist eine fünfhundertjährige jüdische Besiedlung des Kosovo fast zu Ende. Obwohl die Flucht dieser vierzig Menschen nur ein Tropfen im Meer der geschätzten 300.000 Nicht-Albaner – größtenteils Serben, Roma und Montenegriner – ist, die aus dem Kosovo geflohen sind, dezimiert ihre Abreise doch den früheren multireligiösen Charakter der Region. Viele Juden hatten geglaubt, sie würden verschont. Als im Frühjahr ethnische Albaner vor den serbischen Angreifern flohen, war Israel unter den ersten Ländern, die mit mobilen Krankenhäusern Hilfe leisteten. Weil Mr. Prlincevic und seine Familie gute Beziehungen zu Albanern hatten und albanische Nachbarn während der ethnischen Säuberung des Kosovo durch die Serben geschützt hatten, glaubten sie keinen Grund zur Flucht zu haben, als die serbischen Truppen abzogen. Sie vertrauten außerdem auf die Garantien der internationalen Gemeinschaft und die Versprechen der Kfor, Serben und andere Minoritäten zu schützen. »Ich habe Vertrauen zur Welt gehabt«, sagte Mr. Prlincevic. »Keine Minute habe ich geglaubt, ich könnte das Opfer eines Mobs werden.«

Im April 1944 hatten albanische Faschisten auf Befehl der Gestapo in Pristina 1.500 Juden interniert und ihr Eigentum geplündert. Die meisten dieser Juden wurden ins Konzentrationslager Bergen-Belsen gebracht. Mr. Prlincevics Mutter, Bea Mandil, war eine der wenigen, die der Deportation entgehen konnten. Der Rest ihrer vielköpfigen Familie wurde im Holocaust ausgelöscht.

Realbullitik

11. September, »Tageszeitung«:

Vor dem Hintergrund der Kämpfe in Osttimor hat die Berliner Innenverwaltung ihr Austauschprogramm mit der indonesischen Polizei verteidigt ... Wolfgang Wieland (Grüne) will die Fortbildung indonesischer Polizeibeamter ebenfalls nicht pauschal ablehnen.

Deutsch ist die Saar

17. September, Michel Friedmann in der »Woche«:

Neben dem subtilen gibt es einen offenen Antisemitismus, der in den vergangenen Jahren nicht stärker geworden ist, aber unverschämter, enthemmter, direkter. Ich habe beispielsweise bei meiner Vorstellung in der saarländischen CDU-Landtagsfraktion von einem Abgeordneten Dinge ins Gesicht geschleudert bekommen, die zutiefst antisemitisch geprägt waren. Die Enthemmung zeigt, daß Antisemitismus salonfähiger wird.

Pack verträgt sich

21. September, »Neue Zürcher Zeitung«:

Die Befreiungsarmee Kosovo (UCK) hat mit der Friedenstruppe für Kosovo (Kfor) eine Vereinbarung über ihre Auflösung unterzeichnet. Das teilte ein Kfor-Sprecher in Pristina mit. UCK-Vertreter bestätigten die Einigung.

Eichel heißt der Lump

25. September, »Hamburger Abendblatt«:

Das Bundesfinanzministerium forderte den Hamburger Senat auf, einen vom Hamburger Arbeitsgericht vorgeschlagenen finanziellen Ausgleich im Fall einer polnischen Zwangsarbeiterin, die während der Nazi-Zeit nach Hamburg verschleppt worden war, abzulehnen. Die Klägerin aus Polen, eine 72 Jahre alte, kranke Rentnerin, hatte von 1943 bis 1945 in der Küche eines der Stadt gehörenden Gutes an sechs Tagen in der Woche jeweils zwölf Stunden arbeiten müssen. Bei einem Gütetermin schlugen die Arbeitsrichter vor, die Hansestadt solle der Frau eine Entschädigung und Schmerzensgeld in Höhe von 13.000 Mark zahlen.

Mordrekord

26. September, »Welt am Sonntag«:

Mit 76 Hinrichtungen in diesem Jahre hat die Zahl vollstreckter Todesurteile in den USA den Höchststand seit Wiedereinführung der Todesstrafe 1976 erreicht. Bis zum Jahresende stehen mindestens weitere 15 Hinrichtungen an.

Kolumbus

27. September, »Süddeutsche Zeitung«:

Peter Hintze ist mit knapp 50 Jahren zum ersten Mal weg von zu Hause. Abgesehen von Reisen hat er sein ganzes bisheriges Leben am Rhein verbracht ... (In Berlin) ist manches anders. Die weiten Entfernungen, der Baulärm, der Verkehr. Als »schockierendes Erlebnis« beschreibt Hintze, daß er neulich an der Friedrichstraße einen jungen Obdachlosen gesehen habe, der in den Müllcontainern nach Essensresten suchte. »So etwas habe ich in Deutschland noch nie gesehen«, sagt er kopfschüttelnd und wirkt ehrlich erschüttert.

Perestrojka

30. September, »Hamburger Abendblatt«:

»Rußland blutet aus.« Mit diesen Worten hat Moskaus Zentralbankchef Wiktor Gerastschenko vor einer steigenden Kapitalflucht gewarnt, deren Ausmaß staatsgefährdend sei. Das Moskauer Wirtschaftsministerium schätzt, daß die Gesamtsumme des russischen Fluchtkapitals seit 1991 insgesamt 200 bis 230 Milliarden Dollar betrage.

Fachmänner (1)

30. September, »Hamburger Morgenpost«, Leitartikel:

Das ist schon eine geballte Ladung Professoren, die von der Bundesregierung eine »ernsthafte Neubewertung« des Ausstiegs aus der Atomenergie fordern, und einer von den 570, ein ausgewiesener Fachmann, sagte gar, die Risiken seien nicht höher als bei der Windkraft, von der Rohstoffgewinnung über den Anlagenbau bis zum Betrieb.

Fachmänner (2)

1. Oktober, »Hamburger Morgenpost«, Schlagzeile:

Atomschock – Schlimmes Unglück in einer japanischen Atom-Fabrik – Die Welt in Angst und Schrecken.

Unrechtsstaat

1. Oktober, dpa:

Die Berliner Staatsanwaltschaft zur Aufarbeitung des DDR-Unrechts ist aufgelöst worden. Die Ermittlungen sind nahezu abgeschlossen. Insgesamt hatten die Ermittler rund 100.000 Menschen im Visier. 1.065 Personen wurden angeklagt. 335 Personen wurden verurteilt. Rund 200 Verfahren sind noch offen.

Publizistischer Zwischenfall

1. Oktober, General a. D. Klaus Naumann in der »FAZ«:

Ich betrachte unser Krisenmanagement nicht als erfolgreich, weil wir weder den bewaffneten Konflikt verhindert noch das Elend der Kosovo-Albaner frühzeitig beendet haben. Ich weiß nicht, ob wir jemals die Chance dazu hatten, weil niemand mit Gewißheit sagen kann, ob Milosevic zu einer friedlichen Einigung bereit gewesen wäre. Auf der Grundlage meiner mehr als 24 Stunden dauernden Gespräche mit Milosevic bin ich überzeugt, daß er das Kosovo-Problem ein für alle Mal im Frühjahr des Jahres 1999 lösen wollte und er keinen anderen Weg sah, als die »Kosovo-Befreiungsarmee« (UCK) mit militärischen Mitteln zu zerschlagen ... Ich habe Gründe dafür anzunehmen, daß diese Entscheidung im Herbst des Jahres 1998 fiel, als er sah, daß die UCK sich den von General Clark und mir am 25. Oktober 1998 ausgehandelten serbischen Rückzug zunutze machte.

Der nächste Herr

1. Oktober, »Frankfurter Rundschau«, Interview mit Miodrag Vlahovic, Präsident der Bewegung für ein unabhängiges Montenegro:

Frage: Ja zur Unabhängigkeit auch um den Preis eines weiteren Krieges?

Antwort: Unter gewissen Umständen: ja, ja und nochmals ja.

Realpolitik

4. Oktober, dpa:

Die Alliierten wußten schon 1942, daß in den Gaskammern von Auschwitz Zehntausende Juden ermordet wurden. Das geht aus einem Geheimbericht des britischen Außenministeriums hervor, der die Ergebnisse eines Treffens zwischen US-Präsident Franklin D. Roosevelt und Vertretern der jüdischen Gemeinschaft in Amerika dokumentiert.

Einzelfälle

5.Oktober, dpa:

Der jüdische Friedhof in Berlin-Weißensee ist erneut geschändet worden. Die Täter warfen 103 Grabsteine um. Bereits in der Nacht zum Montag waren an einem Denkmal für die deportierten Berliner Juden in Berlin-Tiergarten Hakenkreuz-Schmierereien entdeckt worden. Gestern abend haben Unbekannte auch das Denkmal von Bertolt Brecht vor dem Berliner Theater am Schiffbauer Damm mit Hakenkreuzen beschmiert.

Pack schlägt sich

5. Oktober, »Neue Zürcher Zeitung«:

Über die Rolle des zu bildenden Schutzkorps für Kosovo ist es zu großen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Kfor und der UCK gekommen. Ein Sprecher der Kfor warf dem politischen Führer der UCK, Thaci, vor, die künftige Rolle der Truppe falsch dargestellt zu haben. Außerdem könnten Thacis Äußerungen als aufhetzerisch angesehen werden. Thaci hatte am Sonntag auf einer Kundgebung gesagt, das neue Korps werde 5.000 UCK-Kämpfer umfassen, wie eine Nationalgarde funktionieren, von früheren UCK-Kämpfern befehligt werden und eigene Ausbildungsstätten unterhalten.

Bitte sehr, bitte gleich

7. Oktober, »Bildzeitung«:

Der Aufsichtsratsvorsitzende (von DaimlerChrysler), Hilmar Kopper, hat Finanzminister Hans Eichel (SPD) telefonisch zugesichert, er plane nicht, den Firmensitz zu verlegen. Der Finanzminister erklärte gegenüber »Bild«: »Es gibt auch keinen Anlaß, das zu tun. Mit der geplanten Unternehmenssteuerreform werden die Steuersätze bei uns niedriger sein als in den USA.«

Würdige Milliarden

9. Oktober, »Hamburger Abendblatt«:

Bundeskanzler Schröder (SPD) hat das Angebot der Wirtschaft und des Bundes zur Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter in Höhe von sechs Milliarden Mark als »würdig« verteidigt.

Würdenträgers Pein

9. Oktober, Springer-Auslands-Dienst (SAD):

Der scheidende deutsche Botschafter in London, Gebhardt von Moltke, kehrt mit gewisser Wehmut heim. Dem Ziel, das deutsche Image in seinem Gastland aufzupolieren, ist er in seinen zwei Amtsjahren kaum näher gekommen. Nach wie vor vergeht kaum ein Tag ohne Anspielungen auf die Kriegsjahre in den britischen Medien. »Manchmal hat man den Eindruck, in diesem Land höre der Geschichtsunterricht mit dem Jahr 1945 auf.«

Die PDS ist gut beraten, wichtige sozialdemokratische Traditionen mitzudenken und mitzufühlen

---

Gregor Gysi

Konkret 11/99, S. 12

Oliver Tolmein

Ist das ein Volk!

10 Jahre »Demokratische Kultur« im Vierten Reich: Nazis dürfen wieder überall mitreden, Minderheiten werden staatlich diskriminiert, und eine Opposition findet nicht statt

Das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg machte seinem Namen alle Ehre. Zum Jahrestag der deutschen Einheit trafen sich auf seiner großen Bühne die Nationalrevolutionäre Horst Mahler (vormals RAF) und Reinhold Oberlercher (vormals SDS) mit dem Mystiker Rainer Langhans (vormals Kommune I), um mit dem Gastgeber Christoph Schlingensief im Rahmen seiner »Deutschlandsuche 99« ein bißchen »der braune Dreck muß raus« zu spielen. Das Spektakel, bei dem mit Spritzpistole und Mehlsäckchen gegen Neonazis vorgegangen werden sollte, geriet zur Botschaft: Die neuen Nazis sind bühnen- und salonfähig, gehören dazu. Wer über Deutschlands Befindlichkeiten reden will, muß sich auch mit ihnen zusammensetzen.

Die Einladung wurde nicht zum Skandal. Wie sollte sie auch? So viele Foren haben sich in den letzten Jahren den DVU-Kandidaten und Republikaner-Politikern, den schwarz uniformierten Schlägern, ihren schneidigen PR-Agenten und den graumelierten Auschwitz-Leugnern geöffnet, daß ihr Dabeisein längst als beruhigendes Zeichen von »Normalisierung« gewertet wird, zumal sich immer wieder zur allgemeinen Zufriedenheit zeigt, daß die neuen und älteren Rechten ja keineswegs gleich mit dem Baseballschläger zuschlagen, sondern auch den einen oder anderen Satz formulieren können. Und so konnte nach diesem deutschen Abend im Deutschen Schauspielhaus die alternative »Taz« ihrer Leserschaft melden, daß auf der Bühne eine »tatsächliche Konfrontation mit der neuen Rechten« stattgefunden habe und der Abend überaus gelungen gewesen sei, »weil das Publikum endlich ins Gespräch kommt«.

So ist er, der westdeutsche *mainstream* im Jahre 10 nach dem Mauerfall. Wer in ihm schwimmt, muß und will nicht zur Kenntnis nehmen, daß die »tatsächliche Konfrontation mit den neuen Rechten« keiner theatralischen Inszenierung bedarf. Für viel zu viele Menschen, die in Deutschland leben, prägt seit der Wiedervereinigung die Konfrontation auf offener Straße ihren Alltag: Sie müssen ausweichen, den Weg freigeben, sie riskieren, wenn sie am falschen Ort den richtigen Eindruck erwecken, daß sie nicht dazugehören, ihre Gesundheit.

Als Schlingensief mit Mahler, Oberlercher, Langhans und dem (von einem Schauspieler gegebenen) Grabschänder Meir Mendelsohn nur einen etwas anderen Theaterabend gestaltete, lösten auch einige andere, bislang noch unbekannte Praktiker des Tatsächlichen keinen Skandal aus, als sie am gleichen Wochenende ihre etwas andere Leidenschaft in Szene setzten und mehr als hundert Gräber auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin Weißensee zerstörten. In der gleichen Nacht wurden Hakenkreuze an das Denkmal für die deportierten Berliner Juden in Berlin-Tiergarten gesprüht – eine Nachricht, die im überregionalen Teil der »Taz« nicht zu lesen war und die auch ansonsten nicht für nennenswerte Unruhe sorgte, sondern trotz der offensichtlichen Zielgenauigkeit und vorausgegangenen Planung als »blindwütiger Akt des Vandalismus« (Berlins Innensenator Werthebach) abgetan werden konnte.

Schlingensiefs deutschlandsuchender Talk war dennoch nicht einfach ein anachronistischer Zug eines erfolgreichen weißen Deutschen aus der Mittelschicht, der sich und dem Publikum klarmachen wollte, was sowieso längst nicht mehr zu übersehen ist. Schlingensief ist mit seinem »Wagner-Projekt«, mit der »Deutschlandsuche 99« und seinen zahlreichen Schauspiel-Veranstaltungen, in denen mal die linken Heroen, mal Adolf Hitler und Michael Kühnen das Personal stellen, vielmehr voll auf der Höhe seiner Zeit – einer Zeit, in der der spielerische Umgang mit Versatzstücken und Mythen des Nationalsozialismus auch in Kreisen, die dem neuen Deutschland nicht affirmativ verhaftet sind, als souverän gilt und die Klage über die Antifa, die mit ihrem bitteren Ernst den gerade erst gewonnenen Spaß verderben könnte, dazugehört.

Daß Schlingensief mit seinem »Kettensägenmassaker« 1990 als Schonwiedervereinigungskritiker angetreten war und mit seinem für die Deutsche Bank konzipierten Projekt »Rettet den Kapitalismus, schmeißt das Geld weg!« oder den »7 Tagen Notruf für Deutschland – Eine Bahnhofsmission« auch dezidierte Kritik an den herrschenden Verhältnissen inszenierte, steht dazu nicht in Widerspruch: Die Geschäftigkeit, die systematische Vieldeutigkeit machen seinen Tabubruch gerade erst interessant und verleihen ihm zusätzliches Flair. »Die Zeit der pädagogischen Hitlerbeschwörung ist vorbei. Hitler wohnt gleich nebenan und zeigt die große Geste und den Abgrund und das Lachen, wenn alles gut gegangen ist.Das größte Geheimnis der Menschheit, hier wird es zum Ereignis: wir selbst!« lobte die »FAZ«, die heute Schlingensiefs Tagebuch der »Deutschlandsuche«-Tournee druckt, hellsichtig schon 1989 sein »100 Jahre Adolf Hitler«-Video.

Mit seinem Spaß am Tabubruch durch die Inszenierung von Versatzstücken des Nationalsozialismus steht Schlingensief nicht allein. Während der Regisseur dem Trio Mahler, Langhans, Oberlercher das Wort zum Deutschen Gruß erteilt, erläutert der Philosoph Peter Sloterdijk im Feuilleton seinen Vorstoß gegen Humanismus und für Heidegger und Eugenik. Nach Martin Walser tritt ein weiterer renommierter Intellektueller aus dem Schatten der deutschen Geschichte – und wie Walser wird auch Sloterdijk dafür mehr mit »herzlichen Grüßen« in kritisch-wohlwollenden offenen Briefen bedacht als

einfach von der Bühne gepfiffen. Das überaus wortreiche Geraune des Philosophen, das helfen soll, den »Anthropotechniken« eine Schneise zu schlagen, löst eine ernsthaft geführte Generaldebatte über die geistigen Grundlagen der Republik aus, in der ein eigentümliches Konglomerat aus deutscher Mystik, Seinsphilosophie und Übermenschen-Wahn der Kritischen Theorie den Garaus machen soll.

Wie in diesen Wochen mit Oswald Spengler und Antje Vollmer der linke Geist ausgetrieben wird, ohne dem effizienten Wissenschafts-Positivismus der anglo-amerikanischen Welt einen Durchbruch zu verschaffen, liefert einen Vorgeschmack darauf, wie sich Deutschland in weiteren zehn Jahren ideologisch entwickelt haben wird. Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer, konfrontiert mit der bemerkenswerten Präsenz von Sloterdijk und Horst Mahler, unter rot-grüner Bundesregierung und mit einem veritablen Sprachenstreit für mehr Deutsch in der EU, nach einem ersten gewonnenen Krieg und angesichts einer Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen von kaum mehr als 60 Prozent stellt sich tatsächlich die Frage, wie das, was allgemein als »demokratische Kultur in Deutschland« bezeichnet wird, denn beschaffen ist – wobei manche bereits bezweifeln würden, daß sich angesichts der tiefgreifenden Differenzen von Ost und West von *einer* Kultur noch sinnvoll reden läßt.

Tatsächlich zeigt sich bei allerlei Anlässen, daß im Osten, der auch ökonomisch weniger prosperiert, manches anders ist: Die Zustimmung in der Bevölkerung zum Kosovo-Krieg fiel spürbar geringer aus, die Zahl der gewalttätigen Angriffe auf Personen, die nicht weiß genug, nicht nichtbehindert sind oder sonstwie aus dem engen deutschen Rahmen des Anerkannten fallen, ist hier deutlich höher; die PDS überrundet auf dem ehemals zur DDR zählenden Gebiet die SPD, aber auch CDU und DVU kassieren hier mehr Stimmen als in den meisten anderen Landesteilen. Diese Tendenzen prägen zwar eine eigene, etwas niedergeschlagenere, unzufriedenere Stimmung, entwickeln sich aber nicht zu einer eigenen Kultur. Und selbst ein Blatt der Opposition wie das »Neue Deutschland« zeigt sich eng ans einige Vaterland angepaßt, wenn es beispielsweise Kontroversen darüber organisiert, wieviel Nähe zur Nation die Linke braucht. Der Osten mag in vielerlei Hinsicht anders sein, aber er ist nicht weniger deutsch-demokratisch formiert als der Westen in seinen verschiedenen Ausprägungen – eher wirkt er wie eine Variation.

Die *»no-go«-areas* für Menschen, die dem deutschen Volksempfinden als störend erscheinen könnten, werden, um ein Beispiel zu nennen, im deregulierten Osten vorzugsweise von jungen männlichen Schlägern eingegrenzt und verwaltet, eine Aufgabe, die, weniger roh und gewalttätig, auch mit größerem Differenzierungsvermögen und pragmatischer, im Ergebnis aber keineswegs weniger effizient, in den westdeutschen Regionen vorzugsweise private Sicherheitsdienste und die Polizei selbst wahrnehmen. Nun sind, wie schon der Name sagt, *»no-go«-areas* nichts spezifisch Deutsches, und auch Polizeigewalt gegen Migranten ist in den hochentwickelten Zivilgesellschaften des Westens keineswegs ungewöhnlich. Charakteristisch gerade für die Verhältnisse im allmählich zu sich selbst findenden Deutschland ist aber zum einen, daß kaum sonstwo Polizei, Sicherheitsdienste und Nazigruppen ohne Absprache so harmonisch zusammenwirken, und zum andern, daß es keine nennenswerte öffentliche Kontrolle dessen gibt, was in den Polizeirevieren geschieht. Hinzu kommt die konsequente Weigerung, das Handeln privater und staatlicher Sicherheitsdienste auf den Begriff zu bringen: rassistisch.

Die Reaktionen nach dem brutalen Übergriff von vier Beamten des Los Angeles Police Department auf den Schwarzen Rodney King oder auf die fehlgeschlagenen Ermittlungen der Metropolitan Police London nach dem Mord an dem schwarzen Jugendlichen Stephen Lawrence sind sowohl auf institutioneller Ebene als auch in der Öffentlichkeit deutlich anders ausgefallen als die nach der Vorlage eines Berichtes von amnesty international über 70 Fälle von Mißhandlungen in Deutschland lebender Ausländer durch die Polizei. Während in den USA und Großbritannien grundlegende Debatten über institutionellen Rassismus begannen, die Medien über Wochen und Monate den Rassismus der Polizei und der Justiz diskutierten und, in Teilbereichen, auch politische Konsequenzen gezogen wurden, ließ sich die deutsche Öffentlichkeit den Tenor ihrer Reaktionen von der Gewerkschaft der Polizei vorgeben: Vorwürfe gegen nicht rechtskräftig verurteilte Beamte stellten einen Verstoß gegen – darunter ging es nicht – internationales Recht und die Menschenwürde der Betroffenen dar. Im übrigen handele es sich um Einzeltäter. Einzeltäter sind junge Männer, die seit Anfang der neunziger Jahre in kleinen oder größeren Gruppen Wohnheime anzünden, Zeltlager überfallen und Hatz auf Menschen machen, deren Aussehen ihnen nicht paßt.

Dabei gibt es wohl kaum eine westliche Industriegesellschaft, in der »Einzeltäter« besser in die Gesellschaft eingefügt wären als im wiedervereinigten Deutschland. Die bundesdeutsche Gesellschaft ist in weitaus höherem Maße homogenisiert und formiert als die anderer vergleichbarer Industrienationen. Während dort jeweils große Minderheiten im politischen Alltag eine eigenständige Rolle spielen, weil sie über eine gefestigte rechtliche Stellung verfügen, so daß sie selbst ihre Interessen wahrnehmen und damit den Druck der Dominanzkultur spürbar abschwächen können, hat die Bundesrepublik es geschafft, trotz ihrer nach Millionen zählenden »Gastarbeiter« eine im Kern homogene weiße deutsche Gesellschaft zu bleiben.

Diversity und *multiethnicity* haben zu keinem Zeitpunkt die politischen Verhältnisse geprägt, und selbst in der kurzen Aufbruchphase Anfang der siebziger Jahre hätte eine Bürgerrechts- oder Emanzipationspolitik mit dem Ziel, die Rechte

nichtdeutscher Gruppen zu erweitern, keine gesellschaftliche Basis gefunden. Und seit der Wiedervereinigung ist der politische Diskurs noch viel stärker national zentriert worden. Die in großem Umfang durchgeführten Ausweisungen und Abschiebungen der Vertragsarbeiter, die in der DDR gelebt hatten, haben die ehemalige DDR zur nahezu vollständig »ausländerfreien Zone« und damit zu einem Laboratorium für ein »Deutschland der Deutschen« entwickelt.

Bisweilen sind die Einzeltäter tatsächlich Vereinzelte, in ihrer überwiegenden Mehrheit sind sie, wie kriminologische Studien ergeben haben, jedenfalls nicht in festgefügten rechtsextremen Gruppen organisiert. Das ist jedoch, anders als die veröffentlichte Meinung glauben machen will, kein Anlaß zur Beruhigung. Wer sich die richtigen Opfer wählt, kann sich der Zustimmung und Unterstützung seines Umfelds so sicher sein, daß eine verbindliche, feste Organisierung gänzlich unnötig erscheint. Mittäter und schweigende Zeugen finden sich spontan und zuverlässig, Klandestinität ist nicht erforderlich und selbst für den Fall, daß man erwischt wird, ist Stigmatisierung und soziale Ausgrenzung nicht zu befürchten, zumal die privaten Sturmtrupps ja wissen, daß ihre Opfer auch auf der staatlichen Liste unerwünschter Personen ganz oben stehen.

Die Aggression des angetrunkenen Mobs, die Aufmerksamkeit der zivilen Greiftrupps und die Wachsamkeit des Grenzschutzes richten sich auf Gruppen mit identischen Merkmalen – Gruppen übrigens, die nach der festen Überzeugung der jeweiligen Einzeltäter gerade nicht aus unverwechselbaren Individuen bestehen, sondern die als ethnisch festgefügte, kriminell motivierte Kollektive beschrieben werden. Weil sie gefährlich sind, ist gegen sie auch jedes Mittel recht – von der körperlichen Mißhandlung bis zum Schußwaffengebrauch an der Grenze.

Den Migranten werden die in den demokratischen Gesellschaften als selbstverständlich garantierten bürgerlichen Freiheiten vorenthalten – der Zugang zur Staatsangehörigkeit ist, auch nach der zögerlichen Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes durch die rot-grüne Koalition nur bei erheblicher Anpassungsbereitschaft und auch dann nur für eine vergleichsweise kleine Gruppe realistisch. Verstärkt wird das Vorenthalten politischer Rechte durch das Fehlen jeglicher Anti-Diskriminierungs-Vorschriften, die einen gewissen Schutz wenigstens gegen offensichtliche Willkür bieten und als Ansatzpunkt zur Aufhebung des Status weitgehender Rechtlosigkeit dienen könnten.

Die Benachteiligungs- und Ungleichbehandlungsverbote in Artikel 3 Grundgesetz, die im Zuge der Wiedervereinigung sogar um ein Benachteiligungsverbot für Behinderte erweitert worden sind, füllen diese Lücke nicht, weil sie keine individuellen Rechte und Ansprüche sichern können und einer rassistisch oder sonstwie motivierten Gruppendiskriminierung, anders als beispielsweise entsprechende Vorschriften der US-Verfassung, nicht entgegenwirken sollen. Am Beispiel des Benachteiligungsverbotes für Behinderte hat das Bundesverfassungsgericht in den neunziger Jahren die Wirkungslosigkeit dieser Verfassungsbestimmung anschaulich gemacht.

Die zwangsweise Einschulung einer Rollstuhlfahrerin in einer Sonder- statt in einer Regelschule wurde nicht als »Benachteiligung« qualifiziert, eine Verfassungsbeschwerde gegen ein Urteil des OLG Köln, das Behinderten einer Wohngruppe untersagt hat, zu bestimmten Zeiten ihren Garten zu nutzen, weil ihre Kommunikation den Nachbarn »lästig« sei, wurde nicht angenommen.

Die rot-grüne Koalition hat zwar zugesagt, weitergehende Anti-Diskriminierungs-Bestimmungen zu erlassen und damit für den Anschluß Deutschlands an den Rest der westlichen Welt zu sorgen – konkretisiert worden ist dieses Projekt bislang nicht. Das Fehlen von Antidiskriminierungs-Regelungen, die rechtliche Ausgrenzung nicht-deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger – das sind keine neuen Erscheinungen im wiedervereinigten Deutschland, sie haben sich aber hier durch das wachsende Ressentiment gegen Minderheiten und durch das rauher werdende soziale Klima verschärft. Maßnahmen der Sozial- und Gesundheitspolitik, die ausschließlich auf Absenkung der Kosten zielen, haben einen menschenrechtlichen Substandard geschaffen, der bei Flüchtlingen dazu führt, daß sie keinen Anspruch auf eine notwendige medizinische Behandlung haben, was in mehreren Fällen den Tod von Patienten zur Folge hatte, weil sich die Sozialämter weigerten, die Kosten für eine sinnvolle, gebotene und mögliche Behandlung zu übernehmen.

Illegalisierte Flüchtlinge, und das sind angesichts der verschärften Asylgesetze immer mehr, haben überhaupt keinen Anspruch auf Behandlung – und das Zusammenwirken von medizinischem Versorgungssystem mit den staatlichen Agenturen führt dazu, daß auch die wie immer organisierte und finanzierte Behandlung mit dem erheblichen Risiko behaftet ist, die Aufdeckung des illegalen Status nach sich zu ziehen. Von einem effektiven Datenschutz in diesem Bereich kann keine Rede sein. Alle Flüchtlinge betrifft die nach der Wiedervereinigung vorgenommene Absenkung der Sozialhilfe in den ersten Monaten auf einen Satz, der unter dem Regelsatz liegt – da der Regelsatz ein Existenzminimum sichert, ist damit ein Leben unterhalb des Existenzminimums für eine bestimmte Gruppe von Menschen zur politisch gewollten Realität geworden.

Auch Behinderte haben, aufgrund zahlreicher Änderungen im Sozialgesetzbuch und im Pflegerecht, keinen Anspruch mehr auf die Unterstützung, die notwendig ist, um ihnen die Führung eines selbständigen Lebens zu ermöglichen: Die Pflegesätze sind zu niedrig, um die erforderliche Pflege zu sichern, viele Eingliederungsmaßnahmen wie

Kommunikationshilfen, Begleitung und Transport werden von den Sozialämtern aus Kostengründen nicht mehr oder nur noch in geringem Umfang unternommen.

An den Folgen dieses staatlich geschaffenenen dauerhaften Ausnahmezustandes für Minderheiten ist die Öffentlichkeit vollständig uninteressiert. Zwar wird der eine oder andere Fall von gravierender Diskriminierung – eine unterlassene lebensrettende Herzoperation bei einem Flüchtling in Bremen oder das vom OLG Köln ausgesprochene »Gartenverbot« für Behinderte – in den Medien verhandelt, doch längst schiebt sich dabei das angeblich real existierende Problem vor die Wahrnehmung der Ereignisse als Skandal. Und weder der Zusammenhang einzelner Vorfälle, noch deren gezielt geschaffene Grundlagen werden in der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Diese Ausblendung eines relevanten Aspektes der deutschen Verhältnisse korrespondiert mit einem allgemeinen Desinteresse an den politischen Entwicklungen, das in sinkender Beteiligung an den Wahlen meßbar und in nahezu allen Bereichen sichtbar wird. Dieses Phänomen ist keineswegs, wie es in der gelegentlich aufflackernden Diskussion geschieht, mit Parteiverdrossenheit zu erklären: Auch die außerparlamentarischen Bewegungen – Anti-AKW-Gruppen, die Friedensbewegung, Behinderteninitiativen oder die Frauenbewegung – haben sich nahezu vollständig aufgelöst, die Gewerkschaften haben dramatisch an Einfluß verloren, und selbst die rechtsextremen Organisationen und Gruppierungen erleben keineswegs den Zulauf von Aktivisten, den ihre wachsende Beliebtheit erwarten ließe.

Diese Entwicklung, in der die Gesellschaft selbst ihre geringen Einflußmöglichkeiten preisgibt und sich passiv in das Geschehen einordnet, in der Ereignisse unzufrieden kommentiert werden, aber nicht mehr mit dem Willen zur Veränderung Einfluß auf sie genommen wird, ist um so bemerkenswerter, als zur gleichen Zeit das wiedervereinigte Deutschland international an Bedeutung gewinnt, sich Handlungsräume sichert und danach strebt, die Position als europäische Hegemonialmacht auszubauen. Dabei werden in allen Bereichen, die in den 70er und 80er Jahren im Mittelpunkt der politischen Konfrontation gestanden haben, Weichen für die Zukunft gestellt: Vor allem die Entwicklung Deutschlands zur Militärmacht, die Krieg als Mittel ihrer Außenpolitik wieder einsetzen können und so mit Großbritannien, Frankreich, Rußland und den USA gleichziehen will, wird in dem Land, dessen Friedensbewegung in den 80er Jahren eine partei- und strömungsübergreifende Kraft darstellte, weitgehend teilnahmslos zur Kenntnis genommen und akzeptiert.

Die »demokratische Kultur« in Deutschland wird ihrer selbst müde. Das große Ziel der bundesdeutschen Nachkriegspolitik war, so läßt sich im Rückblick konstatieren, eben doch nicht die Sicherung des Friedens und die Abschaffung der Atomkraftwerke, sondern die Wiedervereinigung. Mit dem Erreichten weiß die Gesellschaft derzeit aber wenig anzufangen, das allgemeine Glücksgefühl ist schnell verflogen. Ein neuer Orientierungspunkt ist vorerst nicht ausgemacht. Also richtet sich, wer es sich leisten kann, und das ist die überwiegende Mehrheit des Staatsvolkes, mehr oder weniger zufrieden in der deutschen Normalität ein und läßt »die da oben« so lange weitermachen, wie es geht.

So lange bedarf es auch keiner grundlegenden Entscheidungen: Die Westbindung kann aufrechterhalten bleiben, weil sie keinen nennenswerten Nachteil bringt, die demokratischen Verhältnisse bedürfen keiner autoritären Strukturierung, weil sich alle potentiellen Störfaktoren selbst erledigt haben. Die Einrichtung in den neuen deutschen Verhältnissen erfolgt unter der Voraussetzung, daß auch weiterhin »die anderen« die Kosten für den Ausbau von politischer, ökonomischer und militärischer deutscher Macht zahlen. Der Pakt zwischen deutschem Volk und deutschem Staat kann lange halten – ewig währen wird er nicht. Was dann kommt, hängt davon ab, wie weit die Herausbildung der neuen deutsch-nationalen Identität, dieses Konglomerats aus Sloterdijk, Walser und Nolte, bis dahin gediehen sein wird.

Konkret 11/99, S. 15

Karl Heinz Roth

Appeasement ‘90

Eine wenig ruhmreiche Geschichte:Wie die Westmächte den DDR-Anschluß nach Maßgabe der Kohl-Regierung zuließen

»Aber er hat mir nichts gesagt! Nichts gesagt! Das werde ich nie vergessen! Gorbatschow wird wütend sein, er wird das nicht zulassen, das ist unmöglich!« Mit diesem Wutausbruch reagierte Frankreichs Präsident François Mitterrand am 28. November 1989 auf die Nachricht, daß Bundeskanzler Kohl ohne Absprache mit ihm und den anderen Bündnispartnern im Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm für den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik verkündet hatte. Die Szene, die Mitterrands Berater Jacques Attali in seinem politischen Tagebuch festhielt,1 ist symptomatisch für viele andere. Ein ganzes Jahr lang versetzte die Besessenheit, mit der die um Helmut Kohl gescharte Akteursgruppe das »strategische Fenster« der osteuropäischen Transformationskrise zur Einverleibung der DDR ausnutzte, die politischen Eliten von Ost- und Westeuropa in Angst und Schrecken.

Das aggressive Insistieren der Westdeutschen und ihrer alsbald gewonnenen ostdeutschen Claque auf ihr »Selbstbestimmungsrecht« schien den ohnehin schon dramatischen Wandel in den realsozialistischen Ländern vollends unkontrollierbar zu machen. Die westdeutschen Führungsschichten agierten dabei so, als ob ihre im Verlauf von vierzig Jahren gewachsenen ausländischen Bündnis- und Dialogbeziehungen nicht mehr existent wären. Als sie das Tempo und die Ziele des Mehrstufenplans zum Sofort-Anschluß beschleunigten und radikalisierten, machte sich in einigen Ländern zeitweilig sogar Panik breit. Italienische Spitzenpolitiker aller Parteien warnten angesichts des chauvinistischen Doppelspiels zwischen DDR-Mob und Kanzleramt vor dem Pangermanismus, der sein Haupt nun wieder erhoben habe. Ähnliche Äußerungen waren in den Hauptstädten der an die BRD angrenzenden kleineren Nachbarländer im Umlauf, insbesondere in Dänemark und den Niederlanden. Israels Ministerpräsident Shamir erklärte sogar, in einem derart wiedervereinigten Deutschland könne sich der Holocaust durchaus wiederholen. Und in Polen drängten die wenige Monate zuvor an die Macht gelangten Solidarnosc-Führer ihren bisherigen Intimfeind, den noch amtierenden Präsidenten Jaruzelski, zu entschiedenen außenpolitischen Schritten, weil die Bonner Planungsstäbe wie in den schlimmsten Zeiten des Kalten Kriegs die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze wieder in Frage stellten.

Etwa vierzig der damals involvierten ausländischen Politiker – Regierungschefs, Außenminister, Spitzenbeamte und Berater – haben inzwischen ihre Erinnerungen an die außenpolitischen Verwicklungen der deutschen »Wiedervereinigung« zu Papier gebracht und teilweise auch dokumentarisch belegt. Dabei haben nicht wenige Autoren erheblich geglättet und beschönigt. Aber ihnen allen ist das Staunen darüber anzumerken, wie harmlos und scheinbar zwangsläufig sich die Prozeduren des Anschluß-Prozesses im Rückblick ausnehmen. Unter Kohls Regie haben die westdeutschen Politikstäbe außerordentlich hoch gepokert, Ungeheuerliches riskiert und Ängste geschürt. Wie gefährlich und folgenreich ihr Va-Banque-Spiel damals war, soll im folgenden an der Wahrnehmung ihres Vorgehens durch die ehemaligen westalliierten Siegermächte USA, Frankreich und Großbritannien rekonstruiert werden. Zugleich möchte ich der Frage nachgehen, warum die Planungs- und Entscheidungsgremien von Washington, Paris und London trotz ihrer teilweise verheerenden Diagnosen das Bonner Aktionszentrum gewähren ließen und sich zuletzt auf eine ausgeprägte Politik der Beschwichtigung, nämlich die ausschließliche Gestaltung der internationalen Rahmenbedingungen des Anschluß-Prozesses, beschränkten.

Beginnen wir mit den USA. Für das State Department, das Weiße Haus und den National Security Council kamen die Ende August 1989 einsetzenden westdeutschen Maßnahmen zur Beschleunigung des sich im Ergebnis der über Ungarn eingeleiteten Massenfluchten abzeichnenden Destabilisierungsprozesses der DDR2 zunächst nicht ungelegen. Durch eine geschickte Unterstützung der westdeutschen Wiedervereinigungsbestrebungen konnte nämlich der Versuch Gorbatschows, an die Stelle der obsolet gewordenen Breschnew-Doktrin eine europäische Sicherheitskonstruktion mit den sich nach und nach konföderierenden beiden deutschen Staaten als politischem Kern und Wirtschaftsmotor der Perestroika zu setzen, wirkungsvoll vereitelt werden. Die Gelassenheit verflog jedoch rasch, als der Anschluß-Prozeß in Gang kam und mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 seinen ersten Höhepunkt erreichte. Vier Tage später beriet sich Präsident George Bush mit Henry Kissinger im Weißen Haus. Sie kamen zum Schluß, daß die »Wiedervereinigung unausweichlich« geworden sei, und standen dieser Perspektive genauso wie die übrigen Berater mit durchaus unguten Gefühlen gegenüber. Dennoch riet Kissinger, auf den fahrenden Zug zu springen, denn wenn sich die USA verweigerten, hätte Gorbatschow eine einmalige Handhabe, sich auf die Seite Kohls zu schlagen und ihn um den Preis der »Wiedervereinigung« für seine Vision des »europäischen Hauses« zu gewinnen. Es gelte alles in allem, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, denn »wenn die Deutschen das Gefühl bekommen, daß wir ihre Bestrebungen unterlaufen, werden wir später dafür bezahlen müssen«.3

Zwei Wochen nach dieser strategischen Festlegung kam die entscheidende Herausforderung durch die Deutschen: Kohls Proklamation des Anschluß-Konzepts, über die er auch das Weiße Haus nicht vorinformiert hatte. Präsident Bush und Außenminister James Baker nahmen sie zähneknirschend zur Kenntnis, denn nun waren sie zum Handeln gezwungen. Meinungsverschiedenheiten über den jetzt einzuschlagenden Weg konnten da nicht ausbleiben. Bei den Beratern des

Weißen Hauses und den Experten des National Security Council setzte sich die Konzeption durch, die Deutschen ihr nun einmal in Schwung gebrachtes Anschluß-Geschäft auf eigene Faust betreiben zu lassen, die sich daraus für die Sowjetunion ergebenden Destabilisierungseffekte auszunutzen und ansonsten darauf zu achten, daß die »Wiedervereinigung« innerhalb des westlichen Bündnissystems stattfand. Die Experten des State Department waren nicht dieser Meinung. Auch sie sonnten sich in der Zuversicht, daß das zur Weltmacht aufgestiegene Deutschland auch nach der Ära Kohl sich seinem wichtigsten Geburtshelfer gegenüber dankbar erweisen würde; aber wenn den Deutschen bei der »Wiedervereinigung« der gesamte internationale Kontext zur gewissermaßen freien Verfügung überlassen bliebe, dann wäre eine Katastrophe unvermeidlich. Gorbatschow und nicht zuletzt Frankreich und England müßten statt dessen in eine von den USA zu schaffende internationale Kooperation eingebunden werden, die den Deutschen klare politische Vorgaben machte, schlußfolgerte Außenminister Baker und gewann schließlich die Unterstützung des US-Präsidenten.

Kohls Équipe protestierte heftig und ausdauernd, aber trotz ihrer Unterstützung durch die Vordenker im Weißen Haus und im National Security Council vergeblich. James Baker begegnete schon einen Tag nach dem ominösen 28. November 1989 Kohls Zehn-Punkte-Programm mit einem Forderungskatalog, der erstens alle denkbaren Varianten des Wegs zur »deutschen Selbstbestimmung« an die weitere Nato- und EG-Mitgliedschaft band, sie zweitens von der Beachtung der Rechte der Alliierten abhängig machte, sie drittens als evolutionären Mehrstufenprozeß definierte und viertens auf die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen festlegte. Dieser Forderungskatalog diente in der Folgezeit als Agenda für die Auseinandersetzungen mit den Sowjets und bildete zugleich die Grundlage der späteren Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Erst als Gorbatschow am 10. Februar 1990 Kohl gegenüber die »deutsche Frage« dem »Selbstbestimmungsrecht der Deutschen« preisgab, legte das State Department nach und arrangierte sich mit den Befürwortern eines so rasch wie möglich zu bewerkstelligenden inneren Anschluß-Prozesses, um die Sowjets und die von ihnen inspirierte Übergangsregierung Modrow ein für allemal aus dem Rennen zu werfen.

Kohl wurde somit nachdrücklich durch Washington gestützt. Die USA definierten und konstituierten die Rahmenbedingungen seines Handelns und sicherten ihm damit die entscheidende Erfolgschance, weil sie mit dem Maximalziel des Weißen Hauses: der Inszenierung des möglichst geräuschlosen und friedlich verlaufenden Untergangs des sowjetischen Imperiums, strategisch verbunden war. Trotzdem war Kohl den amerikanischen Planungsstäben als Repräsentant der heraufziehenden neuen Weltmacht unheimlich, denn er fügte sich keineswegs widerspruchslos in den internationalen Kontext des Anschluß-Prozesses ein. Als Bush und Baker von ihm während eines Privatbesuchs in den USA Anfang Februar 1990 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Vorleistung verlangten, wehrte er sich vehement: »Wenn Ihr mich in diese Lage bringt, dann werde ich sie anerkennen, aber zurücktreten. ... Dann ist es anders gelaufen, aber das war ziemlich schwierig.«4 Derartige Zusammenstöße veranlaßten selbst die entschiedensten amerikanischen Anhänger des deutschen Anschluß-Projekts, darauf zu achten, daß Kohl und seine Equipe nicht aus dem Ruder liefen. Kohl wurde von einem »westlichen Kokon« umsponnen, dessen Funktionsweise der NSC-Direktor Robert B. Blackwill folgendermaßen umschrieb: »Immer wenn er vor der Wahl steht, die Nato zu verlassen oder einen Bruch mit den Russen zu riskieren, werden die westlichen Nationen einen Ring um ihn bilden. Wie ein einmütiger Chor wird der Westen hinter ihm stehen und ihm einflüstern: ›Wir stehen zu dir.‹«5

Aber dieser Kokon wurde letztlich von den USA allein gesponnen. Die übrigen westlichen Mitspieler Frankreich und England haben ihn schließlich widerwillig lediglich weiter abgedichtet. Während Washington die Chance nutzte, um aus dem Zusammengehen mit den ungeliebten Deutschen den größtmöglichen geostrategischen Vorteil zu ziehen, hatten die europäischen Nato- und EG-Partner weitaus ernsthaftere Probleme mit Kohls Va-Banque-Kurs. Mitterrand und die von ihm repräsentierte politische Klasse Frankreichs waren entsetzt über die Entwicklungen jenseits des Rheins und brauchten lange, um mit ihren überraschend bescheidenen Handlungsmöglichkeiten auf sie einzuwirken. Dabei schwankten sie zwischen Verzweiflung, historisch begründeten schlimmen Vorahnungen und ans Schizophrene grenzenden Verhaltensweisen. Vor allem Mitterrand selbst verhielt sich widersprüchlich, aber dies war durch und durch Ausdruck seines politischen Denkens. Langfristig setzte er auf die Perspektive, daß die BRD im Ergebnis des europäischen Einigungsprozesses die DDR wie ein Schwamm aufsaugen und zugleich den Untergang des sowjetischen Imperiums besiegeln würde, aber im Ergebnis einer friedlichen Evolution, die »20 Jahre Geduld und sehr viel Geschick« verlangte.6 Alle anderen Varianten verwarf er als unverantwortlich und mit dem Risiko eines europäischen Krieges behaftet. Am 20. Mai 1989 bekräftigte er Bush gegenüber, daß die deutsche Wiedervereinigung frühestens in zehn Jahren zu haben wäre, denn es gebe nach wie vor nur zwei mögliche Kriegsgründe in Europa: erstens, wenn sich die BRD Atomwaffen verschaffe, und zweitens, wenn eine »Volksbewegung (mouvement populaire) die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten vorantreibe«.7

Zwischen diesen beiden Polen lavierte Mitterrand ständig hin und her. Am 18. Oktober 1989 äußerte er auf einer Ministerratssitzung, die Destabilisierung der DDR treibe zweifellos auf eine Wiedervereinigung zu, aber man könne nicht zu einer gaullistischen Abgrenzungspolitik zurückkehren oder gegen die BRD Krieg führen, um die Wiedervereinigung zu verhindern. Am 3. November äußerte er vor der Presse, die Wiedervereinigung sei legitim, wenn die Deutschen sie wollten, um danach seinem Berater Attali vertraulich zu erklären, daß sie auf keinen Fall in der nächsten Zeit kommen dürfe.

Entsprechend äußerte er einen Tag nach dem Fall der Berliner Mauer, die Deutschen spielten mit dem Weltkrieg, ohne sich dessen bewußt zu sein. Im Verlauf des November wuchs darüber hinaus seine Sorge, daß die Deutschen neben der DDR noch viel mehr an sich reißen wollten, nämlich die ehemals deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, und er bestürmte Kohl vergeblich mit dem Verlangen, sich in dieser Hinsicht unzweideutig zu erklären.

Schließlich wuchsen die Frustrationen und Ängste von Woche zu Woche. Am 28. November fühlte sich Mitterrand von Kohl verladen, denn am Vortag hatte der in einem ausführlichen Schreiben über die Perspektiven einer europäischen Währungsunion kein Wort über das am nächsten Tag proklamierte Zehn-Punkte-Anschlußprogramm verloren. Als Gorbatschow Mitterrand am 6. Dezember 1989 bei einem Besuch in Kiew um Mithilfe bei der Verhinderung der »Wiedervereinigung« bat, um seinen Sturz durch die Militärs und einen möglichen Krieg abzuwenden, war die französische politische Klasse endgültig alarmiert. Sie sah sich zunehmend in einer historischen Situation gefangen, die mit der Logik des Münchener Abkommens von 1938 korrespondierte, und sie spielte sogar kurzfristig mit dem Gedanken einer Wiederauflage des Dreibunds zwischen Frankreich, England und Rußland aus dem Jahr 1913. Aber sie blieb letztlich handlungsunfähig, obwohl sie genau bemerkte, daß Kohls Anschluß-Mannschaft arbeitsteilig operierte, indem sie zum einen die Destabilisierung der DDR mit allen ihr zur Verfügung stehenden nichtmilitärischen Mitteln forcierte, zum andern aber den Eindruck erweckte, als ob sie nichts damit zu tun hätte, um mit Hilfe des so erzeugten »Sachzwangs« den beabsichtigten Anschluß zu beschleunigen.

Ein Bruch der deutsch-französischen Beziehungen als dem Zentrum des europäischen Einigungsprozesses wurde nicht ernsthaft erwogen, obwohl allein schon die öffentliche Drohung mit einem solchen Schritt die wechselseitige Forcierung des inneren und des internationalen Anschluß-Prozesses wirkungsvoll durcheinandergebracht hätte. Statt dessen gaben sich Mitterrand und seine Berater, aber auch die meisten Spitzenpolitiker der Sozialistischen Partei, der Hoffnung hin, den deutschen Moloch durch die Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses zähmen zu können. Die Deutschen sparten denn auch nicht mit entsprechenden Zusicherungen und gemeinsamen Beschlüssen, und damit gab sich die politische Klasse Frankreichs schließlich zufrieden. Zusätzlich engagierte sie sich in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, die in der zweiten Februarwoche 1990 in Ottawa am Rand einer Abrüstungskonferenz der Außenminister der Nato und der Warschauer Paktstaaten vereinbart wurden. Der französischen Initiative ist es immerhin zu verdanken, daß die beiden deutschen Signatarstaaten als Gegenleistung für die völkerrechtliche Festschreibung des DDR-Anschlusses durch die vier alliierten Mächte über die Vorgaben der Amerikaner und die Zusatzvereinbarungen des Kohl-Gorbatschow-Abkommens vom 16. Juli 1990 hinausgingen, aktuellen wie künftigen Grenzrevisionsansprüchen abschworen, einen entsprechenden Grenzvertrag mit Polen in Aussicht stellten und grundsätzlich auf Massenvernichtungswaffen verzichteten.

Am entschiedensten opponierte die britische Regierung gegen die deutsche Anschluß-Dynamik. Margaret Thatcher hielt Kohl für einen Repräsentanten der chauvinistischen deutschen Provinz, dessen Ansehen allein auf der Stärke der D-Mark beruhe,8 und nutzte mehrfach die Gelegenheit, um ihn auf Gipfeltreffen wegen seiner Weigerung zur Vorab-Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu brüskieren. Für sie war der von der Kohl-Equipe initiierte und immer rabiater vorangetriebene Einigungsprozeß inakzeptabel, weil er das europäische Gleichgewicht irreversibel verschob und den von Gorbatschow betriebenen Transformationsprozeß der Sowjetunion extrem gefährdete. Sie trat deshalb entschieden für die Aufrechterhaltung der beiden militärischen Paktsysteme ein und machte eine deutsch-deutsche Konföderation vom Erfolg eines etwa zehnjährigen Demokratisierungsprozesses in der DDR abhängig. Infolgedessen schreckte sie auch nicht vor dem Versuch zurück, gegen das sich formierende deutsch-amerikanische Anschluß-Projekt ein westeuropäisches Gegengewicht zu etablieren. Am 8. Dezember 1989 schlug sie Mitterrand am Rand einer Sitzung des Europa-Rats vor, ein englisch-französisches Bündnis als Gegengewicht gegen die »wahnsinnig« gewordenen Deutschen zu zimmern, die nun in der gleichen Art und Weise die Macht über Osteuropa ergriffen, wie Japan es im Pazifik getan habe, und Mitterrand konzedierte ihr, es müsse gehandelt werden, »damit man sich nicht in der Situation von München wiederfinde«.9

Aber es gelang Thatcher in den nachfolgenden Geheimgesprächen nicht, Mitterrand zum Verzicht auf die besondere Gewichtung der deutsch-französischen Beziehungen und für ein gegen den Einigungsprozeß gerichtetes britisch-französisches Ad-hoc-Bündnis zu gewinnen, »auch wenn wir noch nicht herausgefunden hatten, wie wir den deutschen Moloch in die Schranken weisen konnten ...«.10 Die britische Regierung wurde vielmehr durch die doppelbödige Politik Mitterrands, der den Deutschen öffentlich applaudierte und sie gleichzeitig über diplomatische Kanäle zu moderieren suchte, zunehmend desavouiert. Nach dem Rückzieher Gorbatschows Anfang Februar 1990 blieb Thatcher und ihrem Außenminister Douglas Hurd schließlich nichts anderes übrig, als sich mit dem Verweis auf die alliierten Rechte in die Rahmenverhandlungen der vier Siegermächte einzuschalten. Allerdings ist auch der britischen Regierung die Umkehrung der Prioritäten von der deutschen Prärogative (Zwei plus Vier) zu den vier Mächten (Vier plus Zwei) nicht mehr geglückt.

Alles in allem zeigen die geschilderten Vorgänge drei sehr unterschiedliche Varianten der von den Westmächten praktizierten Beschwichtigungspolitik. Sie machten es ihnen letztlich unmöglich, geschlossen gegen Bonn Front zu machen und die Anschluß-Besessenheit der Führungsspitze der westdeutschen politischen Klasse zu bremsen. Die Amerikaner entschieden sich nach einer Schrecksekunde zu einer langfristig durchdachten Doppelstrategie: Sie gaben einerseits der Kohl-Equipe freie Hand bei der inneren Ausgestaltung des DDR-Anschlusses, andererseits bezogen sie die übrigen

Siegermächte des zweiten Weltkriegs in einen flankierenden Verhandlungsprozeß mit ein und erzwangen als Gegenleistung für das westdeutsche Anschluß-Diktat völkerrechtlich verbriefte internationale Sicherheitsgarantien seitens der sich formierenden Weltmacht. Im politischen Establishment Frankreichs dauerte der Schreck erheblich länger, aber es war letztlich unfähig, die positive Gewichtung der deutsch-französischen Beziehungen als dem Kern des europäischen Einigungsprozesses zu revidieren und sich unter Einbeziehung der Überlebensinteressen Gorbatschows an einem britisch-französischen Gegenbündnis zu versuchen. Statt dessen setzte es alles daran, das zur Weltmacht aufgestiegene Deutschland in einen beschleunigten und irreversibel gemachten europäischen Integrationsprozeß einzubinden. Angesichts derartiger Illusionen hatte auch die einem Appeasement am meisten opponierende britische Regierung keine Chance und mußte sich auf eine Taktik bescheidener Verzögerungen beschränken. Die von Mitterrand einen Tag nach dem Inkrafttreten des deutschen Einigungsvertrags ausgegebene Parole, Deutschland noch vor dem Ende der Ära Kohl in der Politischen Union Europas »aufzulösen«, damit »die deutsche Arroganz nicht von neuem den Frieden in Europa bedrohen wird«,11 sollte sich als illusorisch erweisen. Um dies ein für allemal unter Beweis zu stellen, genügte der Schröder-Fischer-Regierung das erste Jahr ihrer Amtszeit.

Anmerkungen

1 Jacques Attali: *Verbatim. Tome 3*, Paris 1995, Eintragung vom 28.11.1989, S. 350

2 Die bis jetzt erste nachweisbare westdeutsche Intervention war das Geheimtreffen Kohls und Genschers mit der ungarischen Regierungsspitze am 24. August 1989 auf Schloß Gymnich bei Bonn, wo die Ungarn sich als Gegenleistung für einen 500-Millionen-Kredit bereit erklärten, ihre Grenze zu Österreich für DDR-Flüchtlinge zu öffnen und durch diesen Hinterausgang das DDR-Grenzregime zu kippen

3 Zitiert nach Michael E. Beschloss/Strobe Talbott: *Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989-1991*, Düsseldorf 1994, S. 181

4 Kohl in einem Interview mit dem Deutschland Radio Berlin, zit. nach: »Kohl drohte mit Rücktritt«, in: »Hamburger Abendblatt«, 23.8.1999

5 Zitiert nach Michael E. Beschloss/Strobe Talbott, *Auf höchster Ebene*, S. 249

6 Vertraulicher Vermerk über das erste Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 21. Oktober 1982, 23.10.1982. Zitiert nach: Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann (Bearb.): *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, München 1998, S. 28

7 Jacques Attali: *Verbatim, Tome 3*, Eintragung vom 20.5.1989, S. 241

8 Vgl. George R. Urban: *Diplomacy and Disillusion at the Court of Margaret Thatcher. An Insider's View*, London/New York 1996, S. 131

9 Jacques Attali: *Verbatim, Tome 3*, Eintragung vom 8.12.1989, S. 368 f.

10 Margaret Thatcher: *Downing Street No. 10. Die Erinnerungen*, Düsseldorf u. a. 1993, S. 1103

11 Jacques Attali: *Verbatim, Tome 3*, Eintragung vom 4. Oktober 1990, S. 606

Konkret 11/99, S. 17

Peter Hacks

Jetztzeit

Zehn Gerechte

Einige Menschen, Frauen oder Männer,
Ziehn, unter uns sich mischend, ihre Bahn,
Der Wissenschaft unbeugsame Bekenner,
Des Ruhms Verächter, abhold jedem Wahn.
Sie dienen streng. Sie wirken ernst und leise
Am edlen Werk, jeder auf seine Weise.

Und jeder, hingegeben nur dem Ziele,
Wie er dem Volk zum alten Glanz verhelf,
Tut, was zu tun ist. Ihrer sind nicht viele.
Ich zähle zehn. Ich käme nicht auf elf.
Hoffe auch du, Land. Zehn Gerechte hätten,
Lesen wir, hingelangt, Sodom zu retten.

Konkret 11/99, S. 22

Georg Fülberth

Cash, pränumerando

Der vor zehn Jahren eingeleitete Anschluß der DDR an die Bundesrepublik war vor allem ökonomisch indiziert: Nichtausgebeutetes drängte danach, ausgebeutet zu werden

»Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.«
Karl Marx und Friedrich Engels, 1848

»Aber ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen. Dann wird man auf der einen Seite Deutschland die Furcht nehmen müssen, die es hat. Dann wird man auch Sowjetrußland klarmachen müssen, daß es so nicht geht, daß es unmöglich halb Europa in Sklaverei halten kann, und daß im Wege einer Auseinandersetzung, nicht einer kriegerischen Auseinandersetzung, sondern im Wege einer friedlichen Auseinandersetzung die Verhältnisse in Osteuropa neu geklärt werden müssen. Ich bin auch der Auffassung, daß Sowjetrußland zu solchen Verhandlungen alsdann bereit sein wird, denn, glauben Sie mir, auch Sowjetrußland hat schwere innere Probleme, sogar außerordentlich schwere innere Probleme, nämlich das Nahrungsmittelproblem.«
Konrad Adenauer, 1952

»Der Kanzlerkandidat der Union, Kohl, hat den Westen aufgefordert, den Rüstungswettlauf mitzumachen, ›welches Tempo er auch immer erfordern wird‹. Der Preis einer militärischen Überlegenheit müsse so hochgedrückt werden, daß er für die Sowjetunion nicht mehr erschwinglich sei.«
»FAZ«, 5. Juli 1976

»Was die Sowjets jetzt sagten, gehöre zum Verhandlungspoker. Am Ende werde die Frage nach Bargeld stehen.«
Helmut Kohl, Februar 1990

»Der Bundeskanzler habe große Taschen.«
George Bush, Februar 1990

Früh übt sich

In seinem Buch *Wo Deutschland liegt* schrieb der frühere Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, Günter Gaus, 1983: »Geld als ein politisches Mittel, die DDR an den Verhandlungstisch zu fesseln, auf dem fast ausschließlich Themen lagen, die halfen, West-Berlin halbwegs lebensfähig zu erhalten: das war für die erste Phase der sozialliberalen Deutschlandpolitik eine hoch nützliche Eröffnung weiterer, künftiger Möglichkeiten. Vorleistungen wurden damals nicht erbracht. Die Ratenzahlungen für die einzelnen Projekte, für die Festpreise ausgehandelt waren, begannen erst nach dem jeweiligen Vertragsabschluß. Als Vorschuß, wenn man so will als Kasse gegen Hoffnung, gab es nur den sogenannten Swing, den Überziehungskredit der DDR im deutsch-deutschen Handel, wovon auch viele westdeutsche Firmen, wie im Geschäftsleben üblich, profitierten. Das ist nun, unter Kohl und Strauß, alles anders geworden. Die neuen Deutschlandpolitiker zahlen pränumerando.«

Gaus erklärte sich diesen Wechsel so, daß der Kanzler und der bayerische Ministerpräsident auf diese Weise ihre aggressive Rhetorik gegen die DDR finanzierten. An die Stelle der antagonistischen Kooperation der beiden deutschen Staaten in konkreten Punkten sei nun die Zahlung getreten, wollte man nicht eine Schädigung der deutsch-deutschen Beziehungen hinnehmen, welche die Union in Schwierigkeiten gebracht hätte. Das Zitat zeigt die Hellsichtigkeit des Beobachters, seine Interpretation schöpft das aus, was man damals wissen konnte. Heute würde er wahrscheinlich mehrere Ergänzungen vornehmen.

Hierzu gehört eine ausführlichere Betrachtung über die Vermittlung von insgesamt zwei Milliarden D-Mark Kredit an die DDR durch Strauß 1983 und 1984. Vordergründig könnte man dies durch seine Ambitionen als Möchtegern-Kanzler

erklären, der dadurch tatsächlich mehr erreichte als Kohl: eine Modifikation des Grenzregimes und verbesserte Reisemöglichkeiten. Zugleich konnte er sich als ein Mann der Wirtschaft profilieren: Er brachte das Bankenkonsortium für den Kredit zusammen und verschaffte überdies seinen Spezis hübsche Aufträge, die von der DDR mit dem gepumpten Geld bezahlt wurden. Alles richtig. Und doch könnte im Lichte dessen, was sechs Jahre später geschah, auch eine strategische Absicht vermutet werden: der Versuch, den zweiten deutschen Staat vom ersten wirtschaftlich abhängig zu machen.

Mag sein, daß Strauß hier mehr Weitsicht unterstellt wird, als er besaß, und daß er nur im Reflex auf Signale reagierte, die von der anderen Seite gegeben wurden. Am 2. Januar 1991 erzählte Alexander Schalck-Golodkowski im Ersten Deutschen Fernsehen, bereits 1982/83 hätten Leute aus dem Staatsapparat, welche für die Außenhandelspolitik der DDR zuständig waren, eine Lage-Einschätzung entwickelt, wonach eine engere Zusammenarbeit mit der BRD – bis hin zu einer Konföderation – schwer zu umgehen sei. Er habe sich über die Offenheit gewundert, mit der diese Pläne erörtert wurden. Da, wie sich später herausstellte, die Gespräche abgehört worden seien, müsse auch Erich Mielke davon gewußt haben. Dies war die Zeit, als Schalck-Golodkowski sich häufig auf dem Sofa von Franz Josef Strauß aufhielt. Drei Jahre später hatten sich solche Gedankengänge auch schon bis in die Staatliche Plankommission durchgesprochen. So entnehmen wir es einem Interview mit Siegfried Wenzel in diesem Blatt (»Die DDR war nicht bankrott«, KONKRET 10/99).

Die Volksmassen waren noch schneller. Seit langem war die D-Mark die zweite – zwar inoffizielle, aber geduldete und beliebtere – Währung in der DDR. Bereits in den siebziger Jahren konnte man zehnjährige Jungen sehen, die in die Sonderläden mit Westwaren gingen, zehn Bundespfennige auf die Theke legten und einen Kaugummi orderten.

Gegenwärtig ist die Staatsverschuldung in der Bundesrepublik ja ein großes Thema. Schlagen wir nach, wann sie denn bis zu dem jetzigen Umfang zu steigen begonnen hat, kommen wir zu einem für manche vielleicht überraschenden Ergebnis: Diese Entwicklung fing in der BRD fast zum gleichen Zeitpunkt an wie in der DDR. Dort war man intern schon 1973 alarmiert, im Westen ging es nach der sogenannten ersten Erdölkrise am Ende desselben Jahres los und hörte nicht mehr auf. Schon im Bundestagswahlkampf 1980 agitierten CDU und CSU gegen die Staatsverschuldung. (Es handelt sich also nicht in erster Linie um Folgekosten der Wiedervereinigung.) Allerdings gab es einen Unterschied zwischen BRD und DDR: Der ostdeutsche Staat stand beim Ausland in der Kreide, der westdeutsche pumpte auf dem einheimischen Finanzmarkt, zum Beispiel bei den Käuferinnen und Käufern von Bundesschatzbriefen. Mit der Massenarbeitslosigkeit stiegen in der Bundesrepublik die Transferleistungen der Öffentlichen Hände, die Entkoppelung der D-Mark vom Dollar 1973 machte sie zu einem beliebten Spekulationsobjekt, das viel zu wertvoll war, um es in der Produktion zu investieren. Den Kapitalüberhang, der so entstand, nahmen staatliche Schuldner im Osten, im Westen und in den Entwicklungsländern gern auf. Die leitenden Politiker der DDR sahen es vielleicht einige Jahre sogar als einen ihrer Erfolge im Friedenskampf an, daß ihnen das kapitalistische Ausland nicht länger Kredite vorenthielt. So wuchs etwas zusammen.

Diese Basis hatte ihren Überbau. Im Jahr des ersten Strauß-Kredits war die – allerdings schon sehr lange vorbereitete – Lutherfeier auf der Wartburg und wurde der Widerstand des 20. Juli 1944 auch von der DDR gewürdigt. Irgendwann in dieser Zeit fand das Reiterstandbild Friedrichs II. von Preußen wieder Aufstellung Unter den Linden.

Jede dieser Maßnahmen kann, wer will, aus einem anderen als einem in erster Linie deutschlandpolitischen Blickwinkel betrachten: als pflegliche Behandlung der »Kirche im Sozialismus« sowie Gründung einer »Verantwortungsgemeinschaft« beider deutscher Staaten gegen das Wettrüsten mit Mittelstreckenraketen, Tourismusförderung durch Verpreußung des Berliner Stadtbildes. Aber sie paßten eben auch zu einer ökonomischen Hinneigung der DDR zur BRD, welche früher oder später die bisherige Politik zum Einrutschen bringen konnte.

Nun kann geltend gemacht werden, daß die Deutsche Demokratische Republik auch damals noch im Vergleich zu den anderen RGW-Staaten wirtschaftlich robust war, eine gute Schuldnerin (siehe auch hierzu das Interview mit Siegfried Wenzel). Aber erstens beruhte ihre ökonomische Sonderstellung teilweise ebenfalls auf ihren Extrabeziehungen zur BRD und zur EG (als deren Teil sie bei der Zollbegünstigung stillschweigend behandelt wurde – und sie ließ sich dies gern gefallen), und zweitens half ihr dies in dem Augenblick nichts mehr, als ihre maroden Bruderstaaten fanden, was sie könne, das könnten sie schon lange.

Damit kommen wir zu Ungarn, das – anders als die DDR – in den achtziger Jahren tatsächlich bankrott war.

Zwei Parteitage

Am 25. August 1989 besuchte eine Regierungsdelegation aus Budapest unter Leitung des Ministerpräsidenten Németh Bonn. Der Inhalt der Gespräche ist jetzt in einer Aktenpublikation des Bundeskanzleramtes dokumentiert, und Kohl hat in einem von ihm autorisierten Band über sie berichtet. Die Ungarn machten Kohl und Genscher zwei Mitteilungen: Erstens: Sie könnten ihre Kredite nicht zurückzahlen. Zweitens: Sie brauchten neue.

Der Kanzler versprach, er wolle sehen, was sich machen lasse. Alfred Herrhausen, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, werde nach Budapest kommen. Beim Mittagessen vertrieb man sich die Zeit mit allerlei Schwank, zum Beispiel mit

einem Ranking der Parteiführer der Warschauer Vertragsstaaten. Jaruzelski sei in Ordnung, Honecker mies, Ceaucescu das Letzte, und Außenminister Horn wußte von den CSSR-Politikern Jakes und Lenárt zu berichten, sie seien nach 1968 schlimme Finger bei den Säuberungen gewesen. (Sagen wir mal: so wie er ab 1956.)

Natürlich war bei den offiziellen und den inoffiziellen Gesprächen auch von der Tatsache die Rede, daß Ungarn seit Mai seine Grenzbefestigungen zu Österreich niedergelegt hatte und daß sich in der laufenden Urlaubssaison viele DDR-Bürger im Land befanden, die gern weitergereist wären, dies aber nicht konnten. Die Gäste in Bonn signalisierten Gewissensqualen: Einerseits hätten sie Bündnispflichten gegenüber der DDR, andererseits seien sie doch auch in der Uno und müßten die Menschenrechte, darunter das auf Freizügigkeit, respektieren. Schließlich teilte Németh mit, Ungarn werde demnächst seine Grenzen für DDR-Bürger öffnen. Kohl fragte, was das koste, und sein Gegenüber antwortete: Nichts. Sein Land handele nicht mit Menschen.

Im weiteren Verlauf wurden die beiden Themen: Grenzöffnung und Geld, säuberlich getrennt. Man redete mal über das eine, mal über das andere, aber nie in Kombination. In der Finanzfrage wiesen die Gäste auf ein für sie heikles Datum hin: Am 6. Oktober habe ihre Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP) ihren Parteitag. Es drohe die Gefahr, daß die kommunistischen Hardliner dort die Mehrheit erhielten, und dann sei es natürlich Essig mit der bisherigen Annäherung. Németh und seine Leute »brauchten Erfolge vor ihrem Parteitag am 6.10., damit sie ihren Kurs in der Partei fortsetzen könnten. Vor allem sei wichtig, daß die USA auf eine größere Flexibilität des IWF hinwirkten.«

Spätestens beim Wort »Parteitag« muß Kohl die Ohren gespitzt haben. Ihm stand nämlich ein ähnliches Ereignis mit ungewissem Ausgang bevor: Am 11. September sollte der Bundesparteitag der CDU in Bremen beginnen. In der Union hatte sich eine Fronde – Süßmuth, Geißler, Späth – zusammengefunden. Die Umfragewerte für den Kanzler waren schlecht, Lafontaine sah wie der sichere Sieger der nächsten Bundestagswahl – 1990 – aus. Es wurde gemunkelt, Kohl solle durch Lothar Späth ersetzt werden.

In der Nacht vom 10. auf den 11. September 1989 öffnete Ungarn seine Grenze für Ausreisewillige aus der DDR. Die Journalisten, die zum CDU-Parteitag angereist waren, um ein Schlachtfest zu erleben, trafen einen sehr zufriedenen Kohl. Geißler wurde als Generalsekretär abgelöst, Späth nicht mehr in das Präsidium gewählt.

Scheinverhandlungen und Bettelbriefe

Kohl hat seinem Erinnerungsbuch den Titel *Ich wollte Deutschlands Einheit* gegeben. Die wollte er wohl wirklich – so wie der Christ das ewige Leben. Dafür erschien ihm ein fester Glaube wichtiger als Hektik. Nach dem Mauerfall warfen Opposition und Presse ihm vor, er habe kein Konzept. Er antwortete mit seinem »Zehn-Punkte-Plan« vom 28. November 1989, und der war sehr langfristig angelegt. Bei Bush beschwerte sich Kohl darüber, Kissinger habe prophezeit, die Wiedervereinigung sei in zwei Jahren möglich. Er fürchtete, dadurch würden schlafende Hunde in Moskau, Paris, London und Warschau geweckt. Aussitzen schien ihm wohl der bessere Weg zur Wiedervereinigung.

Aber man ließ ihn nicht. Inzwischen hatte ausgerechnet die UdSSR die Angelegenheit beschleunigt. Am 21. November schon war Nikolai Portugalow, ein Mitarbeiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, im Auftrag Gorbatschows bei Kanzlerberater Teltschik aufgekreuzt und hatte sich erkundigt, wie es denn nun mit der Wiedervereinigung stehe. Der überraschte Ministerialdirektor schlug seinem Chef vor, wenn schon die Sowjets selbst mit dieser Sache anfingen, dann müsse allerdings auch die Gelegenheit ergriffen und ein Termin mit dem Generalsekretär ausgemacht werden.

Über die Gründe für die Portugalow-Mission kann nur spekuliert werden. Am wahrscheinlichsten ist, daß Gorbatschow zu dem Ergebnis gekommen war, die Wiedervereinigung lasse sich nicht mehr aufhalten und man könne allenfalls noch versuchen, um gut Wetter bei der neuen Großmacht zu bitten, Wirtschaftshilfe eingeschlossen. Bis über den Modrow-Plan »Deutschland, einig Vaterland« vom 1. Februar 1990 hinaus kann die Hoffnung eine Rolle gespielt haben, es ließen sich mit einem bündnisfreien neuen deutschen Nationalstaat Sonderbeziehungen aufbauen.

Bush hatte tatsächlich diese Befürchtung. Das mag erklären, weshalb er die deutsche Wiedervereinigung von Anfang an rückhaltlos unterstützte. Es kam darauf an, die besseren Beziehungen zu Bonn zu haben. Der Präsident machte den Verbleib Gesamtdeutschlands in der Nato (und damit die weitere Präsenz der USA in Europa) zur Bedingung, und Kohl ist von Anfang an einverstanden gewesen. Damit waren alle etwaigen Hoffnungen auf einen deutsch-sowjetischen Block unter Ausschaltung der Vereinigten Staaten erledigt.

Nachdem das klar war, hatte Gorbatschow noch nicht einmal mehr ein Verhandlungspfand. Seit der Jahreswende 1989/90 stellte Kohl einen weiteren Machtfaktor, welcher die Wiedervereinigung unausweichlich mache, groß heraus: die Dynamik der ostdeutschen Volksmassen. Sie drängten mit der gleichen Heftigkeit zur D-Mark wie der Generalsekretär, und der Plan des Bundeskanzlers für eine Wirtschafts- und Währungsunion vom 6. Februar 1990 wurde von ihm fast schon als Vollzug eines unwiderstehlichen Volonté général zelebriert.

Von da an hat Gorbatschow nur noch Scheinverhandlungen geführt. Öffentlich wandte er sich gegen die Nato-Mitgliedschaft Gesamtdeutschands, nicht-öffentlich schrieb er Bettelbriefe, welche Kohl gewissenhaft und positiv beantwortete. Die Gespräche zur Klärung der wirtschaftlichen Einzelheiten führte sein Teltschik im Mai 1990. Gorbatschow wollte weder die Wiedervereinigung noch die Nato-Mitgliedschaft der daraus hervorgehenden erweiterten BRD verhindern – und zwar deshalb nicht, weil er nicht konnte. Die Gespräche darüber waren reine Show-Veranstaltungen. Als sich der US-amerikanische Präsident mit dem Generalsekretär traf, gab ihm Kohl folgende Prognose mit auf den Weg: »Der Bundeskanzler sagt abschließend voraus, daß Präsident Bush bei seinen Gesprächen mit Gorbatschow merken werde, daß dieser, wenn er über die Nato rede, die Wirtschaft meine.«

Was die sowjetische Seite wirklich interessierte, war – neben Krediten – die Übernahme der offenen finanziellen Rechnungen und Lieferverpflichtungen, welche die DDR noch bei ihr stehen hatte, durch die BRD, außerdem wollte sie Kompensation für die Kosten, die durch den Rückzug der Roten Armee entstanden. Am Ende bekam jeder, was er vom anderen wollte. Der sogenannte Durchbruch im Kaukasus vom Juli 1990 war keiner. Es war schon vorher alles klar.

Wie die Bürgerrechtler/-innen der DDR hat Kohl offenbar auch heute noch ein Interesse daran, immer wieder eine Dramatik zu simulieren, die es nicht gab. Hierher gehört seine 1999 vorgetragene Erzählung, er habe mit Rücktritt gedroht, wenn man von ihm die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie verlange. Die Dokumente lassen auch dies als harmlos erscheinen: Es ging nicht um die Tatsache, sondern um den Zeitpunkt. Die polnische Regierung war ab November 1989 sehr beunruhigt, denn sie fürchtete, daß von einem vereinigten Deutschland die im Vertrag von Görlitz mit der DDR 1950 vereinbarte Grenze wieder in Frage gestellt werde. Dazu bestand insofern ein formaler Anlaß, als der Bundestag 1972 ja festgestellt hatte, die Ostverträge von 1970 habe die BRD nur »im eigenen Namen« geschlossen. Das hieß: Für einen neuen Staat, der aus einer künftigen Wiedervereinigung hervorgehen sollte, galten sie nicht. Der damalige CSU-Vorsitzende Waigel hatte dies auf dem Schlesier-Treffen im Juli 1889 noch einmal bekräftigt. So gesehen, war es ein Segen, daß am 3. Oktober 1990 nach Auffassung der Beteiligten kein neuer Staat entstanden ist, sondern die Bundesrepublik – wenngleich vergrößert – weiterbestand. Sie hat ja dann am 14. November 1990 in einem Vertrag mit Polen die Grenzen endgültig bestätigt. Bis zu diesem Zeitpunkt, vor allem aber bevor der Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes geregelt war, befand sich die Regierung in Warschau in Unsicherheit. Kohl wußte aber, daß sich an den Grenzen nichts ändern werde. Die USA hatten nicht 1945 den Kalten Krieg wegen Polen begonnen, um ihn ausgerechnet in diesem Punkt an Deutschland zu verlieren. (Ob sie nicht generell – also in anderen Fragen – den Kürzeren gezogen haben, erörtern wir heute nicht.) Doch Kohl hatte rechtlich gar keine Möglichkeit, eine Verpflichtung einzugehen, bevor feststand, wer der Gesetzgeber sein werde, der den endgültigen Verzicht auf die Ostgebiete aussprach. Das war der Kern der Auseinandersetzungen mit Polen. Es ist – egal, wie er selbst das heute darstellt – nicht ersichtlich, wer ihn auf der internationalen Bühne in eine Situation hätte hineindrängen können, in der er hätte zurücktreten müssen.

Viel Aufhebens wird auch von einem angeblichen Widerstand Mitterrands gegen die Wiedervereinigung gemacht. Hierzu findet sich in den bislang veröffentlichten Materialien ebenfalls nichts. Dem Staatsschauspieler in Paris standen zwei Masken zur Verfügung: de Gaulle und Pétain. Die erste Rolle probierte er noch ein bißchen aus, als er im Dezember 1989 Ostberlin besuchte. Sobald er merkte, daß Bush, Kohl und Gorbatschow vollendete Tatsachen schufen, kam er zu dem Ergebnis, Vichy sei doch auch ganz schön. Im Februar 1990 sagt er zu Kohl, »man könne von ihm nicht erwarten, daß er wie ein deutscher Patriot rede. Er rede wie ein französischer Patriot. Als französischer Patriot sei er nicht beunruhigt.« Es stimmt: Er drängte in der Folgezeit darauf, daß die BRD bei ihrer Einbindung in die Europäischen Gemeinschaften bleibe, und zusammen mit Andreotti forcierte er den Euro. In der Tradition de Gaulles stand das nicht. Aber Pétain hätte das verstanden. Wer Juniorpartner sein will, hat ein Interesse daran, daß eine gemeinsame Firma zustande kommt.

Wenn Bush und Kohl über die abwesende Margaret Thatcher sprachen, kam Herrenabend-Stimmung auf. Sie war tatsächlich gegen die Wiedervereinigung, aber ihr Protest kam von weit hinten jenseits des Kanals. Der Kontinent war sich von Paris über Bonn bis Moskau einig, und nachdem dieser britische Alptraum wahr geworden ist, war die Premierministerin zwar wortreich, aber ohnmächtig.

Ein Wimpernschlag des Kapitals

Zum Zehnjährigen der theatralischen Ereignisse von 1989 ist eine Fülle von Erinnerungs-, Darstellungs- und Dokumentarliteratur erschienen. Das sind alles interessante und informative Werke, Schwarzbücher sind diesmal, soweit ich sehe, nicht darunter. Wer nicht so viel Zeit hat, alles zu lesen, müßte auswählen. Da ist schwer zu raten. Ich habe vorstehend fast ausschließlich aus dem Dokumentenband *Deutsche Einheit* (Oldenbourg Verlag 1998) zitiert.

Es gibt aber einen noch besseren Weg: Karl Marx, *Das Kapital*, erster Band, 23. Kapitel: »Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation«. Dort ist unter anderem von der Konzentration des Kapitals die Rede. Gemeint ist damit nicht der Vorgang, wenn Daimler und Chrysler sich zusammentun: Das ist Zentralisation. Konzentration findet statt, wenn Menschen, Maschinen und Materialien, die bislang nicht zur Produktion von Mehrwert verwandt wurden, diesem Zweck zugeführt werden. Das kann ein gewaltsamer Vorgang sein – in den Kolonien etwa oder auch beim Bauernlegen in

England. Manchmal geht es auch ähnlich zivil zu wie dort, wo ein bislang selbständiger Schuhmacher seinen Laden dichtmacht und sich in das Franchising von Mister Minit begibt. Der Anschluß der DDR gehört eher zu dieser Sorte. Dabei wurde viel gesungen, geschunkelt, mit Kerzen geleuchtet und Sachbeschädigung an einer Mauer vorgenommen. Im Kern drängte Nichtausgebeutetes dazu, ausgebeutet zu werden, nach der Devise der britischen Ökonomin Joan Robinson, daß Ausbeutung zwar eine schlimme Sache sei, doch noch schlimmer gehe es dort zu, wo Ausbeutung sich nicht lohne. So gesehen, waren die Events, welche mit diesem elementaren Prozeß einer neuen Ausweitung des Akkumulations-Gebietes verbunden waren, letztlich nichts anderes als ein Wimpernschlag in der langen Geschichte des Kapitals.

Konkret 11/99, S. 27

Hans Modrow, Jürgen Elsässer, Martin Hantke

Gekauft? Erpreßt? Erschlichen?

Was geschah vor zehn Jahren in der DDR? Interview mit Hans Modrow, vom 13. November 1989 bis 12. April 1990 Ministerpräsident der DDR, heute Ehrenvorsitzender der PDS und Europaabgeordneter

KONKRET: Würden Sie im nachhinein der These zustimmen, daß Gorbatschow die DDR verkauft oder zumindest verraten hat?

Modrow: Verkauft sicher nicht, denn dafür war der Preis zu gering. Moskau hat 12 Milliarden Mark für den Abzug der Roten Armee bekommen – das hat nicht einmal die Kosten gedeckt. Verraten? Ich habe eher den Eindruck, und das macht die Tragik der Ereignisse aus, daß Gorbatschow weder seine Innenpolitik noch seine Außenpolitik beherrscht hat und daß ihm namentlich der Prozeß der Vereinigung beider deutscher Staaten entglitten ist.

Also Dilettantismus?

Genauso.

Haben Sie sich als Ministerpräsident der DDR zu lange auf die UdSSR verlassen? Oder anders gefragt: Wieso haben Sie nicht eher auf die Vereinigungsgegner im Westen gesetzt, also auf Thatcher und Mitterrand, statt auf Gorbatschow?

Den Versuch gab es durchaus. Bei meinem Moskau-Besuch am 30. Januar 1990 gingen wir und die Sowjets einvernehmlich davon aus, daß Thatcher und Mitterrand unsere Vorschläge zur Gestaltung des Vereinigungsprozesses, besonders in der Frage der Blockfreiheit Deutschlands, unterstützen würden.

Da ging es schon um das »Wie« der Wiedervereinigung. Hätten Sie Mitterrand vier Wochen vorher, bei seinem Staatsbesuch in der DDR, nicht noch als Bündnispartner für eine eigenständige DDR gewinnen können? Immerhin hat er doch damals aus seiner Pro-DDR-Haltung, zum Ärger Bonns, keinen Hehl gemacht.

Ich traf Mitterrand am 22. Dezember in Berlin. Damals liefen schon, das wird sich nach Öffnung der Archive zeigen, amerikanisch-sowjetische Sonderkontakte, um die Überlegungen Mitterrands und Thatchers zu durchkreuzen.

Aber der Sonderkontakt Modrow-Mitterrand hätte doch ausgereicht, um die Kreise des Sonderkontaktes Bush-Gorbatschow zu stören.

Mitterrands Angebot war: Wiedervereinigung nur im Rahmen eines vereinten konföderierten Europa. Bis dahin sollte es zwei deutsche Staaten geben.

Warum haben Sie Mitterrand nicht um einen Kredit gebeten? Dem Interview mit dem stellvertretenden Plankommissar Wenzel (vgl. KONKRET 10/99) konnte man entnehmen, daß schon mit zwei bis drei Milliarden Valutamark die ab 1991 drohenden Liquiditätsprobleme der DDR hätten behoben werden können.

Wir wollten die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen, vor allem mit Westeuropa, intensivieren. Uns war klar, daß von der UdSSR keine Hilfe mehr zu erwarten war. Sprach ich Gorbatschow darauf an, verwies er mich an Ryschkow, und Ryschkow beklagte dann die wachsenden Schwierigkeiten. Frankreich, Japan und Österreich hatten uns in der Vergangenheit mit hochwertiger Technologie unterstützt, aber das Niveau der Handelsbeziehungen lag weit unter dem Niveau des innerdeutschen Handels. Hätte etwa Frankreich hier aufholen können, wäre uns schon viel geholfen worden.

War es nicht ein Versäumnis, konkrete Forderungen nur gegenüber der BRD zu erheben, nicht aber gegenüber Frankreich?

Wir haben von der BRD 15 Milliarden Mark gefordert – das sollte keine Wirtschaftshilfe sein, sondern ein Ausgleich für die nur von uns und nicht von der BRD geleisteten Reparationszahlungen an die Sowjetunion, sowie für das nach der Maueröffnung entstandene Währungsgefälle: Bei einem Schwarzmarktkurs von 1:15 kauften die Westdeutschen und Westberliner unsere Geschäfte leer.

Natürlich war die Forderung berechtigt. Aber es war doch klar, daß die Hyänen aus Westdeutschland nicht daran dachten, sie zu erfüllen, da sie die DDR fressen und nicht füttern wollten. Mit Frankreich hätte man einen Kreditgeber gehabt, der an der Verteidigung der DDR interessiert war.

Ich weiß nicht, ob die BRD-Regierung schon zu jenem Zeitpunkt auf ein schnelles Ende der DDR spekulierte. Die Verfasser von Kohls Zehn-Punkte-Plan von Ende November, insbesondere Leute wie der Kanzlerberater Teltschik, gingen zum damaligen Zeitpunkt noch von einer Weiterexistenz der DDR wenigstens für vier oder fünf Jahre aus. Zur selben Zeit fanden allerdings auch schon verdeckte Beratungen zwischen Teltschik und Gorbatschows Deutschlandexpertem Nikolai Portugalow statt. Sie trafen sich ohne Wissen der sowjetischen Botschaft in Bonn.

*Das stützt die These von Eberhard Czichon und Heinz Marohn (*Das Geschenk. Die DDR im Perestroika-Ausverkauf, *Papyrossa-Verlag 1999), wonach eine Fraktion des KGB eine verdeckte Operation zur Liquidierung der DDR gestartet hatte, um dann die Konkursmasse zum eigenen Vorteil an die BRD verkaufen zu können.*

Den Autoren geht es um eine KGB-Sonderstruktur »Lutsch«. Nach meinem Kenntnisstand sind das alles Legenden. So behaupten Czichon und Marohn etwa, es habe am 18. Juni 1987 in Dresden ein Treffen zwischen dem sowjetischen KGB-Auslandschef Wladimir Krjutschkow, Manfred von Ardenne, Mischa Wolf und mir gegeben, wo ein Komplott zum Sturz Honeckers verabredet worden sei. Das ist eine Legende. Es gab dieses Vierertreffen nie. Krjutschkow hat sich mit mir separat getroffen, und vorher mit den anderen – aber ohne mich. Diese Verschwörungstheorie ist alles andere als plausibel, denn was hatten denn die vermeintlichen Verschwörer von ihrer verdeckten Operation? Das hat doch für die Sowjetunion nichts gebracht, sondern nur für die USA und Helmut Kohl.

Verschwörungstheorien sind in aller Regel zur Erklärung historischer Prozesse wenig hilfreich, doch in diesem speziellen Fall gibt es einfach zu viele Hinweise, daß da jemand dem Weltgeist ein bißchen reingefummelt hat. Selbst in Ihrem Buch Ich wollte ein neues Deutschland *(Dietz-Verlag 1998) heißt es über die überstürzte Flucht von Alexander Schalck-Golodkowski am 2. Dezember 1989: »Die gesamte Flucht erscheint mir bis heute wie ein nicht entschlüsselbares, aber böses Geheimdienst-Abenteuer.« Schalck fürchtete in der Wende-DDR um sein Leben, suchte aber, anders als für diesen Fall vorab vereinbart, Schutz nicht bei den sowjetischen Streitkräften in Wünsdorf, sondern beim Klassenfeind im Westen. Ein Hinweis, daß »Lutsch« den für die Zahlungsfähigkeit der DDR wichtigsten Mann ausschalten und so den Staat destabilisieren wollte?*

Vom Resultat her betrachtet kann das nicht stimmen. Denn mit der Flucht von Schalck-Golodkowski verschlechterte sich unsere Devisensituation nicht, sondern sie wurde besser. Nachdem Schalck im Westen war, stellte sich nämlich schnell heraus, daß der in seinem Bereich »Kommerzielle Koordinierung« angesammelte Devisenbestand wesentlich höher lag, als uns vorher bekannt war. Schalcks Weggang war nicht ökonomisch, wohl aber politisch ein schwerer Schlag für uns. Da er bisher die Verhandlungen mit der Bonner Regierung geführt hatte – zum Teil waren das Vier-Augen-Gespräche mit Kanzleramtschef Rudolf Seiters gewesen – , mußten wir nun eine völlig neue Verhandlungsdelegation bilden, die nicht auf die intimen Vorkenntnisse von Schalck zurückgreifen konnte. Legendenbildung findet sich leider auch in Egon Krenz' *Herbst '89* (Verlag Neues Leben 1999). Ich werde von ihm als unsicherer Kantonist hingestellt. Er übersieht anscheinend bis heute, daß er als Generalsekretär von der SED-Basis nicht angenommen worden ist. Die Demonstrationen in Berlin zu seiner Zeit gingen ja, anders als in Leipzig und Dresden, nicht von Bürgerrechtsgruppen aus, sondern von SED-Gliederungen.

Krenz zeigt sich irritiert, daß Sie beim Sturz Honeckers im Politbüro am 17. Oktober 1989 nicht mitgezogen, sondern unmittelbar vor der Sitzung – obwohl in den Abwahlantrag eingeweiht – sogar noch mit Honecker telefoniert hätten.

Diese Darstellung stimmt nicht. Ich war einer der wenigen, die schon bei der Aussprache Honeckers mit den Ersten Bezirkssekretären der SED am 12. Oktober kritisch Stellung genommen hatten. Nach dem Termin bat Krenz mich und einen weiteren Honecker-Kritiker, Lorenz aus Karl-Marx-Stadt, zu sich ins Büro. Jetzt stellt er es so dar, als ob ich nicht hätte mitziehen wollen, doch es war genau umgekehrt: Meine Haltung für eine Ablösung Erich Honeckers stand nicht in Zweifel, aber in den nächsten Tagen wurde ich dann nicht mehr angesprochen. Ich wurde also nicht eingeweiht. Für Krenz war ich nur vierte Wahl, vor mir standen drei andere Kandidaten: Er wollte am liebsten, daß Willi Stoph Ministerpräsident bliebe, auch Schalck-Golodkowski und Siegfried Lorenz wären ihm in dieser Funktion noch lieber gewesen als ich.

Mit Honecker telefonierte ich am 17. Oktober vor der Sitzung nur, um einen Termin mit ihm zu vereinbaren, um dort über notwendige personelle Veränderungen zu sprechen, die auch seinen Rücktritt umfassen sollten. Honecker hat den Anruf so ausgelegt, als ob ich zu Kreuze kriechen wollte. Das Gegenteil war der Fall. Manche stellen Krenz als Opfer eines Komplottes dar, dem vorher bereits Honecker zum Opfer gefallen sei. Es wird nicht gesehen, daß die Dynamik im gesellschaftlichen Umbruch lag und daß meine Regierung sich in dieser Krisensituation immerhin noch bis 18. März 1990 halten und wichtige Maßnahmen beschließen konnte. Die Modrow-Gesetze zur Erleichterung des Grundbesitzerwerbs für DDR-Bürger, die Verteidigung der Bodenreform und des Volkseigentums – all das hat bis heute juristische Wirkung. Es ist doch kein Wunder, daß manche Herren im Westen darüber sauer sind.

Wurde die »gesellschaftliche Dynamik« nicht von Ihnen verstärkt, als sie etwa Anfang Dezember 1989 die Auflösung des ZK unterstützt und damit ein institutionelles Zentrum der bewahrenden Kräfte beseitigt haben?

Das ZK war schon vorher vollkommen handlungsunfähig. Die Sitzung vom 18. Oktober brachte den Rücktritt Honeckers, aber keine Debatte über die Lage. Und auf der Novembersitzung war kaum mehr ein neues Politbüro zu wählen, und man hat dort die chaotische Grenzöffnung beschlossen.

Für die chaotische Grenzöffnung am 9. November war doch nicht das ZK verantwortlich, sondern Schabowski.

Der ZK-Beschluß, der die Grenzöffnung für den 10. November vorsah, war doch das eigentliche Problem. Wie kommt das ZK dazu, ein derartiges Gesetz zu verabschieden? Gesetze verabschiedet das Parlament, also die Volkskammer, und die

war nicht aufgelöst. Mit dieser Anmaßung der »führenden Rolle der Partei« konnte eine Regierung der großen Koalition, wie wir sie dann hatten, nicht arbeiten.

Statt der »führenden Rolle der Partei« sorgten Sie dann für eine pluralistische Wiederbelebung der »Nationalen Front«.

Es ging nicht anders. Der Druck von unten war zu stark. Ich habe versucht, damit konstruktiv umzugehen. Das bedeutete, man mußte die Kräfte, die auf Veränderung drängten, in die Regierung mit aufnehmen. Hätten wir das nicht getan, hätten wir die Legitimation verloren. Und eines war für mich absolut undenkbar: Gegen die Opposition militärisch vorzugehen. Von einigen Ultralinken wird mir das heute vorgeworfen: Ich hätte die DDR militärisch verteidigen sollen. Sie wissen nicht, was sie sagen: Warschauer Pakt und Nato standen sich damals waffenstarrend, mit einsatzbereiten Kernwaffen ausgerüstet, gegenüber.

Die »Ultralinken« spielen vermutlich darauf an, daß überall dort, wo sozialistische Staatsmänner sich im Fair play geübt haben, diese Leute mitsamt ihren sozialistischen Staaten untergegangen sind. Dagegen hat China, wo die Parteispitze 1989 militärisch eingegriffen hat, überlebt.

Wer auch nur im entferntesten solche Vergleiche anstellt, weiß nicht, daß China eben nicht an der Nahtstelle der Blockkonfrontation liegt und daß China auch nicht von einem anderen Staat beansprucht wird, wie damals die DDR von der BRD beansprucht wurde. So massiv, wie sich Bonn bei den Wahlen am 18. März 1990 eingemischt hat, kann man sich vorstellen, wie diese Einmischung im Falle einer bürgerkriegsähnlichen Zuspitzung in der DDR ausgesehen hätte. Ernst genug war die Situation.

Mit Hans Modrow sprachen Jürgen Elsässer und Martin Hantke

Konkret 11/99, S. 28

Matthäus Dreizehn

In diesem Sinne - Lyba Dyba

Hört mal her, Katholiken! Unseretwegen könnt ihr ja glauben, was ihr wollt: daß euer Vereinsgründer Wasser in Wein verwandelt hat, ungelogen, und eine Jungfrau zu einem Kind gekommen ist wie die Jungfrau zum Kind, ungefickt. Wir gönnen jedem Kind seinen Luftballon, jedem Trottel seine Quaste.

Was wir nicht mehr hören können, ist das endlose Geplärr, das ihr anschlagt, wenn der Vereinsvorstand die Einhaltung der Satzung verlangt, insonders des Gebots: Il Papa, il Papa, der hat immer recht, und also auch in dem jüngsten Fall, da der euch heilige Vater die Teilnehmer eines Kongresses von Gynäkologen darüber aufklären durfte, daß von ihm mißbilligte Weisen des Geschlechtsverkehrs zu Krebs führen, oder in dem ewigen anderen, der von der Abtreibung der Leibesfrucht als dem teuflischsten der Verbrechen handelt, weshalb euch jede Mitwirkung an diesem, und jenem ein für allemal verboten sei.

Was aber tut ihr? Gehorcht ihr eurem Vorsitzenden, wie ihr es gelobt habt? Macht ihr eure Beratungsbuden dicht? Oder, wenn ihr das nicht wollt, tretet ihr aus eurem Verein aus und schließt euch einem anderen an, dessen Satzung euch besser gefällt? Nichts davon. Lieber zetert, quakt und schwallt ihr alle Kanäle voll, daß jeder, der nicht eurem oder einem ähnlichen Aberglauben anhängt, euch alle zum Teufel wünscht.

Wahrlich, Katholiken, ich sage euch: So ihr, vertreten durch euren Herrn Lehmann und eure Frau Waschbüsch, darauf spekuliert, mit eurem Wehklagen bei zivilisierten Zeitgenossen Eindruck zu schinden, geht ihr in die Irre. Unsere Rede ist ja ja, nein nein. Nein zu euch und eurem heiligen Schein, ja zum Kirchenaustritt und ja zu Dyba. Denn also spricht der Herr: »Wenn schon, denn schon« (Jesus Shiraz 12,5).

Konkret 11/99, S. 28

Georg Fülberth

In diesem Sinne - Danke, Oskar

Man kennt das Prinzip des Stehaufmännchens: Es ist aus Plastik, und damit es nicht umfällt, bekommt es unten ein kleines Metallgewicht. Sicherheitshalber hatte sich Gerhard Schröder im Wahlkampf 1998 gleich zwei Insassen in seinen Bauch geholt: rechts Stollmann, links Lafontaine. Nachdem der SPD-Vorsitzende den Computer-Mann hinausgedrängt hatte, fiel die Figur zwar nicht um, bekam aber eine Schieflage.

Als Lafontaine ging, war Schröder einerseits erleichtert, andererseits ist so etwas für Plastikfiguren gefährlich. Alle wollten wissen, was denn nun in ihm drin sei. Im Kosovo-Krieg war es Blei, und die »FAZ« frohlockte, vielleicht reiche das ja auch für Stabilität in der Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Schröder hat sich darum bemüht, aber dabei verlor er die Wähler, die 1998 für Lafontaine gestimmt hatten. Die Plastikfigur geriet ins Wackeln.

Da kam Freund Oskar zur Rettung. Mag sein, daß er den Kanzler haßt, daß er Kohle machen und seine Eitelkeit befriedigen wollte. Da hat er wohl nicht mehr viel an Politik gedacht, denn heraus kam folgendes: Sein Buch Das Herz schlägt links *wird von Zeitungen des Axel-Springer-Imperiums vorab in Auszügen bekanntgemacht und erscheint in einem Verlag desselben Hauses. So wollte es – gewiß mit seiner Zustimmung – Lafontaines Marketing-Agentur. Das Werk enthält Ansichten, welche der »Welt am Sonntag« bekanntermaßen ein Greuel sind. Gegen diese Meinungen und den Stil ihres gegenwärtigen Propagandisten vereint sich die gesamte übrige bürgerliche Presse in Ablehnung. Sie schlägt sich auf die Seite des Kanzlers und zeigt ihm so, wo seine wahren Freunde sind.*

Hierin konkurriert sie mit der SPD. In der Partei weiß man, daß Teilhabe an der Regierungsmacht und den damit verbundenen Ämtern wichtiger ist als irgendwelche Meinungen eines Außenseiters, mögen diese auch einmal zwischendurch – wann eigentlich? – die eigenen gewesen sein. Bislang standen die SPD und ihr Kanzler einander fremd gegenüber. Jetzt werden sie eins. Schröder, seiner Implantate beraubt, stürzt nicht, denn mehr als je zuvor wird er von außen gestützt.

Wenn die SPD jetzt weiter die Wahlen verliert, steht er als fast schon tragische Gestalt da. Gehen nächstes Jahr besonders viele Alte in Rente – nach 1933 muß es ein paar geburtenstarke Jahrgänge gegeben haben – , sinken auch die Arbeitslosenzahlen wieder. Schröder wird dann eine schwere Krise überstanden haben – so ähnlich wie damals die Sache mit Gregor Strasser. Er wird ein großer Kanzler werden. Danke, Oskar.

Konkret 11/99, S. 28

Michael Schilling

In diesem Sinne - Scham mit Sch wie Schampus

Unter den vielen Verbrechen, die Deutschland wider die Menschheit verübt hat, wäre das der Arbeit, zu der Insassen von Konzentrationslagern und Verschleppte aus den überfallenen Nachbarstaaten unter Androhung von Folter und Mord gezwungen worden waren, am ehesten zu sühnen gewesen: Die Täter, der deutsche Staat und seine Unternehmer, hätten den überlebenden Zwangsarbeitern oder ihren Erben nur den vorenthaltenen Lohn, verzinst, auszuzahlen, die Kosten für die Behandlung dauernder Gesundheitsschäden zu übernehmen und ein Schmerzensgeld in der Höhe, die unter ihresgleichen für Beleidigungen zugemessen wird, anzuweisen brauchen.

Sie haben es, fünfzig Jahre lang, nicht getan, und, als sie nach vierzig Jahren anfingen, sich der Entsorgung ihrer Vergangenheit zu widmen, lieber an jedem Pissoir eine künstlerisch wertvolle Gedenktafel angebracht, als auch nur eine Mark freiwillig an die Geschundenen herauszurücken. Sie haben geduldig gewartet, bis neun der zehn Millionen Zwangsarbeiter tot waren, und hätten auch die letzte Million in Ruhe sterben lassen □ wäre ihnen nicht die Kapitulation des Kommunismus dazwischengekommen, die zur Folge hatte, daß die Rücksichten, welche die USA im Kampf der Systeme auf ihren deutschen Partner hatten nehmen müssen, entfielen, und die Anwälte der Kläger, mit denen deutsche Politik und Justiz bis dahin kürzesten Prozeß gemacht hatten, den Boykott deutscher Waren und die Enteignung deutschen Auslandskapitals androhen konnten. (In der »New York Times« erschienen zuletzt ganzseitige Inserate mit Schlagzeilen wie »Mercedes-Benz: Design. Performance. Slave Labor.« Eine deutsche Tageszeitung aus dem Bertelsmann-Konzern erwiderte mit Überschriften wie »Juden attackieren Daimler-Benz« und »Juden verklagen Deutsche Bank«.)

Während ihr Kulturminister erklärte, er wolle gern hundert Millionen Mark mehr für ein Mahnmal in Berlin ausgeben, boten die Deutschen, nachdem sie, dem Zeugnis ihres Unterhändlers Lambsdorff zufolge, eine »Anstrengung bis zum Äußersten« für ein »würdevolles und angemessenes Angebot« unternommen hatten, eine Summe an, die, gleichmäßig verteilt, jeden Zwangsarbeiter um 2.941 Mark reicher machen würde. Davon sollte ein Drittel der Staat, zwei Drittel die Industrie bezahlen, der das sozialdemokratische Finanzministerium sogleich versicherte, die Zahlung als Betriebskosten abschreiben und damit die Hälfte dem Fiskus in Rechnung stellen zu dürfen.

Ob Sie, lieber Leser, liebe Leserin, die handelnden Personen nach alledem gründlich zivilisiert oder moralisch verlumpt nennen wollen, ist Ihre Sache. Oder auch nicht. Denn wer für das erste votiert, ist dem zweiten zuzurechnen.

Konkret 11/99, S. 32

Heiner Flassbeck, Jürgen Elsässer

KONKRET-Gespräch
Lafontaines letzter Kampf

Er war der Mann, der Lafontaine die Ideen gab: Heiner Flassbeck, bis zum Rücktritt seines Chefs Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. KONKRET wollte von ihm wissen, ob Deutschland zum eigenen Vorteil den Weltmarkt ruiniert und warum Hans Eichel das besser kann als sein Vorgänger

KONKRET: Sie warnen seit langem vor einer weltweiten Deflation. Droht ein Crash wie nach dem Schwarzen Freitag 1929?

Flassbeck: Ich bin kein Prophet. Aber die Weltwirtschaft steht tatsächlich an einem Scheideweg. In Deutschland etwa beträgt die Inflation zur Zeit nur noch 0,7 Prozent – und das, obwohl sich der Ölpreis seit Jahresanfang verdoppelt hat. Das Gros der Güterpreise stagniert oder fällt. Gefährlich sind zudem die globalen Ungleichgewichte: In Asien und Europa herrscht Unterbeschäftigung bei hohen Leistungsbilanzüberschüssen, in den USA Überhitzung bei entsprechenden Defiziten.

Insbesondere der unter Druck geratene Dollar nährt auch bei anderen Experten die Ängste vor einem Absturz der Weltwirtschaft.

Die USA waren in den neunziger Jahren die Lokomotive der globalen Konjunktur. Sie saugen die Überschüsse des Weltmarktes auf und nehmen dafür ein ständig steigendes Leistungsbilanzdefizit – in diesem Jahr mit 300 Milliarden Dollar ein neuer Rekord – in Kauf. Das hat die wachstumsschwachen Länder mitgezogen und damit die Weltwirtschaft stabilisiert. Wenn nun aber der Dollar fällt und zudem, aufgrund der Überbewertung der US-Aktien, eine kräftige Kurskorrektur des Dow Jones in Gang kommt, muß der Rest der Welt seine Binnennachfrage ankurbeln, soll die Weltwirtschaft nicht in ein tiefes Loch fallen. Für Europa wäre das eine Katastrophe, weil hier in den neunziger Jahren die Arbeitslosigkeit hoch geblieben ist.

Im letzten Jahrzehnt hat sich eine dramatische Rochade vollzogen: Die USA, früher der größte Gläubiger des Globus, haben sich zum größten Schuldner entwickelt. Umgekehrt ist Deutschland zum Hauptgläubiger aufgestiegen. Welche Verantwortung trägt Deutschland für die Labilität der Weltwirtschaft?

Eine besonders große. Deutschland hat wie kein anderes großes Industrieland außer Japan seit langem nur auf den Export gesetzt und diese Strategie seit 1996 durch eine Senkung der Lohnstückkosten noch einmal verschärft. Dadurch entsteht aber ein ruinöser Dumpingwettbewerb mit anderen Volkswirtschaften.

Lafontaine sprach von »deutsch-nationaler Angebotspolitik«, die andere Nationalökonomien in den Bankrott treibt: Deutschland will nur verkaufen und exportieren – importieren und sich dafür verschulden sollen die anderen.

Man überträgt den Gedanken des Wettbewerbs der Unternehmen auf die Nationen. Das ist gefährlich. Ein Unternehmen kann ein anderes Unternehmen vom Markt verdrängen, das Ergebnis kann für die Gesellschaft positiv sein. Steuer- oder Lohnsenkungswettläufe zwischen Staaten aber führen nicht dazu, daß Staaten aus dem Wettbewerb ausscheiden. Staaten oder Volkswirtschaften verschwinden nicht von den Weltmärkten wie Unternehmen, die Konkurs gehen oder von größeren geschluckt werden. Sie müssen entweder (wie Ostdeutschland) von den »Siegern« alimentiert werden, oder sie wehren sich mit den gleichen Mitteln, werten ihre Währungen ab oder fallen zurück in die klassische merkantilistische Gegenmaßnahme, den Protektionismus.

Man könnte einwenden: Die Standortpolitik – Kosten drücken für die Konkurrenz auf dem Weltmarkt – sei keine deutsche Spezialität. Praktizieren das nicht alle Staaten?

Keineswegs. Die Wirtschaft der USA beispielsweise ist nicht vorwiegend auf den Weltmarkt ausgerichtet, sondern auf den Binnenmarkt. Die Nachfrage nach Konsumgütern ist überwiegend für den Boom der Clinton-Ära verantwortlich – während bei uns die Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung seit 1982 über hinter der Produktivität zurückbleibende Reallöhne immer stärker eingeschränkt wird, ohne daß wir im Gefolge der Umverteilung zugunsten der Unternehmen eine größere Investitionsdynamik hätten. Mit anderen Worten: Bei uns leben die Menschen »unter ihren Verhältnissen«, in den USA »über ihren Verhältnissen« – sie verschulden sich und kaufen deutsche (und japanische) Waren, die deren Binnenmarkt nicht absorbieren kann. Auch Frankreich und selbst Großbritannien fahren eine andere Wirtschaftspolitik als Deutschland. In den letzten Jahren steigen die Löhne im Vereinigten Königreich um fünf bis sechs Prozent jährlich – da würde man bei uns Zeter und Mordio schreien.

Das heißt, nicht Blair praktiziert den Blairismus, sondern nur Schröder?

Blair läßt die Wirtschaft laufen. Es gibt, anders als hier, keinen Druck auf die Gewerkschaften zur Lohnzurückhaltung. Labour hat zudem den Wirtschaftsaufschwung, der schon 1992 begann, von den Konservativen geerbt, ohne große eigene Initiativen beizusteuern.

Das Programm Lafontaines sah vor, den deutschen Binnenmarkt zu stützen und dadurch die Konjunktur zu beleben, also das US-amerikanische Modell zu kopieren. Deutschland hätte in der Folge mehr eigene Erzeugnisse im Inland abgesetzt und mehr ausländische Waren importiert, hätte also die USA von der Last, die einzige Weltmarktlokomotive zu sein, befreit und so dazu beigetragen, das desaströse Defizit in der US-Leistungsbilanz zu mindern. Warum stieß Lafontaine dennoch in den USA auf Ablehnung?

So kann man das nicht sagen. Bei Lafontaines US-Besuch gleich nach dem Regierungswechsel hat etwa der jetzige Treasury-Chef (Finanzminister) Larry Summer gemeint: Endlich einmal ein deutscher Politiker, der begriffen hat, worum es in der Weltwirtschaft geht: Es geht nicht darum, *ob* jemand sich verschuldet, sondern nur, *wer* sich verschuldet – solange es Ersparnisse und Investitionen gibt. Die Amerikaner haben kapiert, daß Geld ausgeben besser für die Investitionen ist als sparen. Die Leidenschaft für das Gürtel-enger-Schnallen ist nicht charakteristisch für den Kapitalismus allgemein, sondern ein deutsches Spezifikum.

Inwiefern?

In Deutschland gibt es eine irrationale Sparwut. Eichels Sparpaket hat weder eine theoretische noch eine praktische Fundierung, und schon gar keine sozialdemokratische. Das haben sich deutsche Beamtenhirne ausgedacht. Zum Kanon der deutschen Tugenden gehört offenbar das Sparen, das Quälen, das Leiden ... Nur ein Politiker, der den wirtschaftlichen Erfolg an schmerzhafte Einschnitte koppelt, kann auf gute Schlagzeilen hoffen. Dabei ist das volkswirtschaftlicher Blödsinn: Nur wenn es den Leuten gut geht, nur wenn sie sich nicht dauernd einschränken müssen, brummt die Wirtschaft.

Eichels Sparpaket erscheint mir durchaus fundiert, und zwar als eine verschärfte Variante des aggressiven deutsch-nationalen Merkantilismus: Man stranguliert die Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung, damit den Binnenmarkt und die Importe. So wird, selbst bei stagnierenden Ausfuhren, ein gewaltiger Exportüberschuß erzielt. Die Überschüsse werden vom Großkapital nicht reinvestiert, sondern gebunkert – und mit diesen Reptilienfonds wird dann Zug um Zug die Konkurrenz im Ausland aufgekauft. Die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland dümpelt vor sich hin – aber das deutsche Großkapital wird global immer mächtiger.

Das ist nicht ganz falsch. Die massiven Übernahmen, die deutsche Banken, Versicherungen und Unternehmen in den letzten Jahren getätigt haben, sind letztlich Folge der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse. Westdeutschland dürfte heute mit etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes den höchsten Leistungsbilanzüberschuß aller Länder dieser Welt aufweisen. Das Unglaubliche ist nun, daß die Industrie gerade daraus die Forderung an die Gewerkschaften ableitet, den Gürtel noch enger zu schnallen. Daß deutsches Kapital ins Ausland abfließe, so das Argument, beweise doch, daß der Standort immer noch unter zu hohen Lohnkosten leide. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Weil die Löhne in Deutschland über ein Jahrzehnt in Relation zur Produktivität viel schwächer gestiegen sind als im Ausland, konnten so gewaltige Überschüsse aufgehäuft werden, daß damit Unternehmen im Ausland aufgekauft werden konnten.

Vor diesem Hintergrund war es doch logisch, daß die deutsche Industrie gegen Lafontaine Sturm gelaufen ist. Nehmen wir einmal Lafontaines letzten Kampf: seinen Versuch im Februar 1999, die Rücklagenfonds der Wirtschaft in die Besteuerung einzubeziehen. Dabei ging es unter anderem um die riesigen Rücklagen der Versicherungen – eine Kriegskasse, die etwa die Allianz in den letzten Jahren zum Aufkaufen anderer europäischer Versicherungen genutzt hat.

Das eine sind die Interessen einzelner wirtschaftlicher Akteure, das andere sind die volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen. Mich macht die Tatsache ratlos, daß sich in Deutschland viel leichter als anderswo Interessenpolitik durchsetzen kann, ohne daß in der gesellschaftlichen Debatte Gegenstandpunkte Gehör finden. Das ist selbst in den USA anders. Selbstverständlich gibt es auch dort wirtschaftlich Mächtige mit ihren Partikularinteressen. Doch der Staat hat eine Entwicklung forciert, die der gesamten Volkswirtschaft nützt: Statt weltmarktorientierter Sparpolitik wurde über eine expansive Geldpolitik die Binnenkonjunktur angekurbelt. Als die Konjunktur anzog, stieg das Steueraufkommen, der Staatshaushalt kam aus den roten Zahlen heraus. Eichel macht das Gegenteil: Er spart ohne Rücksicht auf die Konjunktur. Was will er machen, wenn nächstes Jahr aufgrund einer Rezession in den USA oder eines sinkenden Dollar der deutsche Export wieder stagniert? Wird er dann umschalten auf Stimulierung des Binnenmarktes? Ich fürchte, eine solche Kehrtwende könnte er niemandem erklären. Er wird dann also noch mehr sparen.

Ein brüningsches Szenario, wie Anfang der dreißiger Jahre.

Im Prinzip ja. So könnte es kommen.

Ab wann war Ihnen klar, daß Sie und Lafontaine mit Ihrem neuen Kurs nicht durchkommen?

Wir wußten von vornherein, daß es schwierig wird. Wir haben allerdings gedacht, wenigstens im Kabinett hätten wir Rückendeckung. Daß dem nicht so war, zeigte sich beispielsweise bei der Erarbeitung des Jahreswirtschaftsberichts Ende Januar 1999: Man versuchte, den Bericht gegenüber der von uns vorbereiteten Fassung zu »modernisieren«. Das ist am Ende zwar nicht gelungen, aber es bedurfte eines Gewaltaktes, um es zu verhindern.

Haben Sie versucht, Lafontaine vom Rücktritt abzubringen?

Nein. Das hätte ich auch gar nicht gekonnt, denn er hat mich und andere Mitarbeiter, obwohl wir oft im kleinen Kreis diskutierten, nicht in seine Überlegungen eingeweiht. Natürlich habe ich seine Resignation gespürt. Am Abend vorher sagte ich zu meiner Frau: Ich glaube, der Oskar schmeißt hin. So kam’s dann auch.

Mit Heiner Flassbeck sprach Jürgen Elsässer

Konkret 11/99, S. 34

Kay Sokolowsky

King Liar

Rudolf Scharping hat im Krieg ein Tagebuch geführt, das nun gedruckt vorliegt. Zu besichtigen ist ein Amoklauf gegen Sprache, Logik und Wahrheit

Wir dürfen nicht wegsehen, plärrt der gefährlichste Mann des Landes, um zu begründen, warum er und andere Helden 78 Tage lang Krankenhäuser, Schulbusse und Studentenwohnheime zertrümmern ließen. Und damit wir auch was sehen, wenn wir schon nicht wegsehen dürfen, illuminierten die Jagdbomber der Nato den Himmel über Belgrad mit Laserblitzen, den Boden mit Explosionen. *Wir dürfen nicht wegsehen* heißt, das Credo eines chronisch Myopischen resümierend, die soeben veröffentlichte Luftkriegsapologie Rudolf Scharpings. Sie enthält die, angeblich, ›authentischen‹ Notizen des größten Verteidigungsministers aller Zeiten aus den Tagen des Überfalls auf Jugoslawien und die Reflexionen, die den Gemeinen Rat post Schlachtfest überfielen. Jene setzt der Ullstein-Verlag kursiv, diese, weil sie geraderücken sollen, was krumm war und ist wie ein Fleischerhaken, lotrecht.

Es lohnt nicht, diesem Text politisch beikommen zu wollen. Wo fortwährend verkündet und bekannt, Zeugnis abgelegt (wiewohl keine gerichtstaugliche Bezeugung) und dauernd die Herzensprobe (freilich nicht die Verstandesprüfung) bestanden wird, da gibt's nichts zu diskutieren. Wer dennoch z. B. einwendet, die Pulverisierung von serbischen Automobilfabriken sei zugleich eine der UN-Charta, der Nato-Präambeln und des BRD-Grundgesetzes gewesen und also ein mehrfach krimineller Akt, der kommt bei Scharping bloß so vor: »Gregor Gysi (wie ein Winkeladvokat)«. Allein in Klammern darf der Affe erscheinen und rabulieren, nicht wert, daß man ihm differenziert widerspreche, lästig halt und infantil – danach aber »erläuterte ich kurz«, kurz, knapp und bündig wie nur und nur je ein deutscher Minister, das, was nicht zu vermeiden war, weil Scharping und seinesgleichen es gar nicht vermeiden wollten. »Die Sitzung meiner Fraktion verließ ich mit dem guten Gefühl starken und ungeteilten Rückhalts« (S. 78). Es ist nämlich gut fürs »Gefühl« zu wissen, daß die Kumpel Schmiere stehen, wenn man grad plant, Wohnhäuser und Rundfunkstudios anzuzünden.

Eine Psychopathologie der Politiker, die die Befriedung des Balkan mit Schrapnellbomben zu befördern trachteten und sich angesichts der Menschenmassen, die ihr Krieg kreuz und quer durchs Kosovo trieb, vorkamen wie mindestens Mutter Teresa – eine solche Introspektion kann nun beginnen, mit Scharpings Journal als Präzedenzfall. Zu konstatieren ist eine maßlose Torheit und Trivialität, gemischt mit einem unermeßlichen Vertrauen in die moralische Überlegenheit, die opake Rationalität des eigenen Handelns: »Endlich«, notiert er einmal feierlich, »treten wir nicht, wie so oft vor 1945, als Aggressor auf, sondern verteidigen die Menschenrechte« (S. 114). Man möchte ihn das einmal auf dem Marktplatz von Nis sagen hören (er hätte vermutlich keine Bedenken). Der Autor von *Wir dürfen nicht wegsehen* kann nicht denken und darum nicht schreiben; er phraselt wie besessen, er vermeidet keine Plattheit, er eifert und krakeelt, er lügt wie gedruckt.

Offen manisch die Obsession Rudolf Scharpings für die Paarstellung von Worten: »Machtgewinn und Machterhalt ... ökonomische und demokratische Reformen ... isolierte und ruinierte« – drei Belege aus nur einem Absatz (S. 20); die fixe Idee des Ministers aber lautet: »Mord und Vertreibung«, »Vertreibung und Mord«, »Mord- und Vertreibungsaktionen« resp. »Vertreibungen und Mordaktionen«. Die Vertriebenen sind die Gemordeten sind die Vertriebenen – dies meint das automatisch repetierte Begriffspaar, so kam Scharping zu der Behauptung, die er während des Krieges unermüdlich herumschnarrte und wider das bessere Wissen, das mittlerweile zu haben ihm freilich egal ist, unverdrossen weiter verbreitet: »Im Kosovo wird Völkermord nicht nur vorbereitet, sondern ist eigentlich schon im Gange« (S. 84). Es kann diesem Mann, der sich nichts vorstellen kann, was jenseits seiner Aktensprache liegt, also fast alles, schon geglaubt werden, wenn er immer noch meint, die serbische Polizei habe die SS imitiert. Er weiß eben nicht, was diese war, doch weiß er ohne die Spur eines Beweises, was jene getan hat, weil seine kümmerliche Phantasie um nichts anderes kreist als um die Gerüchte, mit denen seine neuen Freunde von der »Taz« und auf der Hardthöhe ihn füttern.

Die Unterscheidung der ›authentischen‹ von den nachgetragenen Notizen durch Kursivierung nimmt Scharping die einzige Ausrede, die er evtl. hätte (wäre er nicht Herr eines Nachrichtendienstes und wären die Führungsstäbe der Nato ihm nicht rapportpflichtig), um die vielfachen, freundlich gesagt, Fehlinformationen seines Buchs zu rechtfertigen. Was er in Schräglage ramentert, wird im Normaldruck durchaus nicht korrigiert, gelegentlich sogar überboten. Er lügt, aber mit dem besten Gewissen eines Autisten. Die Propaganda, die er, um seinen Krieg zu bekommen, wohl brauchte, braucht er bis heute: In ihr, durch sie hat ein geborener Verlierer sich zum ersten Mal als Gewinner erfahren. »Der Krieg war die beste Zeit in seinem beruflichen Leben«, bemerkte Willi Winkler, »wie sollte er ihn etwa für die Wahrheit drangeben« (»Süddeutsche Zeitung«, 13.9.99). Ihn einen Lügner zu nennen, wird er beleidigend finden; ihn zum Mörder zu erklären, weil er, anders als der schlichte Totschläger, ein Motiv hatte, das freilich keinen Grund besaß, als er seinen Piloten serbische Radartechniker umzubringen befahl, dürfte ihn empören. Ein Kerl, der es gewagt hat, deutsche Soldaten in vollem Wichs durch die Baracken von Auschwitz zu führen und dem hernach nichts anderes einfällt denn: »Was mögen die Soldaten gedacht haben?« (vermutlich den gleichen klischierten Dreck wie er: »eine schwere Last, bedrückend«) – ein

solcher Ausbund an Schamlosigkeit und Selbstgerechtigkeit, dem die Denunziation des Feindes (Milosevic heißt durchgehend »Mörder«, die jugoslawischen Truppen sind »Mörderbanden«) wie automatisch aus dem Maule fällt, solch ein Mudjahedin der Menschenrechte fühlt sich schnell auf den Schlips getreten, mit dem er, besäße er bloß einen Rest von Einsicht, ein Quentchen der Moral, die er pausenlos reklamiert, spätestens nach dem ersten Massaker, das die UCK unter Kfor-Aufsicht an Serben verübte, das nächstbeste Fensterkreuz aufgesucht hätte.

Nun wäre es ziemlich gleichgültig, ob ein Politiker die Wahrheit spricht oder fälscht, ginge es nicht gerade um einen, der im Namen der, seiner, Wahrheit einige tausend Menschen in Stücke sprengen ließ und den, seinen, Wahn, für den er mobilmachte, weiterhin als unwiderlegliche Realität behauptet. Weil Rudolf Scharping Unsinn nicht nur redet und schreibt, sondern mit dem vollen Eifer eines Predigers glaubt, mußte Blut fließen; und weil er immer noch im Amt steckt, an Beliebtheit nur von seinem Freund »Joschka« übertroffen, die Welt hektisch nach neuen Objekten für seine missionarische Energie absucht (und soeben in Osttimor eines gefunden hat), muß er als der gefährlichste Mann des Landes gefürchtet werden. *Wir dürfen nicht wegsehen* bedeutet auch: Seht die Dinge gefälligst wie ich – andernfalls garantier ich für nix!

So aber schaut sie aus, the world according to Scharp: »Schon früher hatte Außenminister Joschka Fischer von den zynischen Sprüchen berichtet, die er sich hatte anhören müssen ... ›Der entscheidende Unterschied ist: Ich (Milosevic) kann über Leichen gehen, ihr (die westlichen Staaten) könnt das nicht‹« (S. 13). Freilich, das hatte Fischer (s. KONKRET 7/99) am 12.5.99 in der »Zeit« noch ganz anders erzählt (»Milosevic sei ihm vorgekommen wie einer, der ... schweigend mitteilt: ›Ich gehe über Leichen, und das kannst du nicht‹«), aber nachdem der Schriftsteller Peter Schneider – am 26.5. für die »FAZ« – die Mär einmal gedichtet hatte, adoptierte Scharping sie sofort und gibt sie nimmer her. Um so vehementer reagiert er, wenn »Fernsehmeldungen« statt immer nur den deutschen und albanischen, wie er, der Abwechslung halber auch mal serbischen Flunkerern aufsitzen: »Verdammt, wie kann man sich ausschließlich auf jugoslawische Quellen stützen?« Denn wer sich auf Wasser stützt, der, das weiß man, fällt rein; da baut ein ausgewogener Charakter wie Scharping doch lieber auf Sand. Am 27. Dezember 98 will er, ein echter Prophet, dies eingetragen haben: »... Vorgeschmack auf das, was an Propaganda auf die Nato und die internationale Staatengemeinschaft zukommen wird: Behauptungen über Umweltzerstörung, die angebliche Verwendung atomarer Munition usw.« (S. 44). Die angeblichen Treibstoffe, die einige Monate später aus angeblichen Raffinerien, zerstört von angeblichen Geschossen mit angeblichen Uranmänteln, in die angebliche Donau fließen werden, wollte er schon nicht wahrhaben, als der Luftkrieg noch sein Traum war und die jugoslawische Regierung nicht mal ahnte, daß weniger ihre Armee als Belgrader Benzinfabriken Ziel der Nato sein würden. Daß selbst Anrainerstaaten Jugoslawiens über Ruß und Gift aus den zerbombten Chemieanlagen klagten, daß die radioaktiven Minen keine Erfindung der Propaganda, sondern der US-Waffenindustrie sind, könnte man dem Minister hundert Mal beweisen, er tät's bestreiten und einen General aus seinem Stab, der's zugäbe, mit einem Disziplinarverfahren überziehen.

Der Bube, der seine Notizen nachträglich aufmotzt, ohne es kenntlich zu machen, ist auf dieser Buchseite unter vollem Dampf: »Schreckliche Nachrichten. In Racak hat vorgestern ein Massaker stattgefunden, bei dem 45 Albaner ermordet wurden.« Diese »Nachricht«, die den Überfall auf Jugoslawien legitimieren sollte, doch schon zuvor täglich zweifelhafter wurde und lange vor Erscheinen der Scharpingkladde bereits so suspekt war, daß man sich nicht mal in Den Haag noch daran erinnern mag, will der Kriegsherr auf keinen Fall aus seinem mythologischen Fundus räumen. Das »Massaker«, das die Pathologin Helena Ranta, von der EU mit der Untersuchung des Vorfalls beauftragt, so nicht nennen mochte (»Jungle World«, 18.8.99), »hat stattgefunden«, basta.

Kein Gerücht, kein Hörensagen, das Scharping nicht aufbewahrte und, wiewohl er die Chance dazu hatte, mit einer Korrektur versähe. In die Hermetik seines Wahns dringt jeder Scheiß mühelos ein, kommt jedoch nie wieder raus, außer ins Kriegstagebuch. Der Minister im Blutrausch: »... offenbar sind Menschen im Blutrausch zu fast jeder Bestialität fähig, spielen mit abgeschnittenen Köpfen Fußball ... schneiden getöteten Schwangeren den Fötus aus dem Leib« (S. 126). »... die Fliehenden ziehen buchstäblich an Bergen von Leichen vorbei« (S. 141). »Unsere Befragungsteams hatten erfahren, daß im Dorf Izbica bis zu 200 Personen ermordet ... worden sein sollten ... leider war alles wahr« (S. 182). Zum Glück war alles Quatsch – in der Topographie der nach dem Krieg *tatsächlich* entdeckten Massengräber taucht Izbica nicht einmal auf (s. KONKRET 8/99).

Mit den Zahlen nimmt Scharping es ohnedies nicht allzu genau – und blamiert sich an seinen eigenen Generälen. Zwei Wochen, bevor sein Tagebuch erschien, gab die Nato bekannt, welch ein Fiasko auch militärisch der Luftkrieg gewesen war: 93 serbische Panzer seien zerstört, (allerdings nur 26 Wracks im Kosovo gefunden), außerdem 12 Schützenpanzer und 8 Geschützbatterien bei den insgesamt 37.500 Einsätzen getroffen worden. Der Minister, dem die miserable Bilanz einige Tage früher als der Öffentlichkeit vorgelegen haben muß, hatte die Zeit, seinen Text zu redigieren; aber, ach ja, warum denn? Das klang doch zu schön, einst im Mai: »... Zahlen der Nato: Zerstört oder außer Gefecht gesetzt seien 314 Artilleriegeschütze, 120 Kampfpanzer, 203 Schützenpanzer, 268 größere Fahrzeuge verschiedener Art, 14 Hauptquartiere und Gefechtsstände« (S. 188). »Lügen über Lügen, wen soll das eigentlich noch beeindrucken?« (S. 179). Wahrscheinlich dieselben Preßgauner, die den Schwindler aus Passion schon zum neuen Kanzler pushen.

En passant – er merkt wirklich nichts, überhaupt nichts – gesteht Scharping die totale Nichtigkeit, den nutzlosen Terror der Luftangriffe sogar ein: »... verhindern konnten wir die Greueltaten nicht« (S. 217) – aber selber welche begehen, die er, da läuft das Textprogramm mit Makros, als »fatale Irrtümer« resp. »tragische Fehler« abfertigt. Tote Serben stören diesen Kerl zuletzt. Ihm sind ja schon die lebenden zuviel. »Auch dort (in Nis; K. S.) zivile Opfer. Das wird politisch ganz schwierig« (S. 154). Im übrigen solle man sich bitteschön nicht so haben: »Man kann keinen Krieg ohne Schaden für die Zivilbevölkerung führen« (S. 145). Dies aber zu wissen und weiter von einer »humanitären Intervention« zu rhabarbern, läßt auf ein Gemüt schließen, mit dem kein Fleischerhund durchs Leben gehen möchte.

Vom Verstand zu schweigen. In eine Schwarte, die der Autor *Wir dürfen nicht wegsehen* nennt, gelegentlich zu raunen: »Reicht die Kraft der Worte gegen die Macht der Bilder?« (S. 129), ist allerdings ein starkes Stück Idiotie. Sollen wir nun hingucken oder doch lieber der monotonen Parteibeamtenprosa dieses »Schreibtischquäkers« (Rayk Wieland), diesem enervierenden Beschwören von »Wut und Empörung«, »Empörung und Wut« lauschen? Er entscheidet sich, nur drei Seiten später, wieder fürs Gucken: »Beim Anschauen der Fotos: Übelkeit. Ist Entsetzen steigerbar?« Scharping sollte mal sein eigenes Buch lesen.

Rudolf Scharping: *Wir dürfen nicht wegsehen. Der Kosovo-Krieg und Europa.* Ullstein, Berlin 1999, 270 Seiten, 34 Mark

Konkret 11/99, S. 36

Peter Kratz, Lorenz Schrötter

An der schönen braunen Danubia I

Die rechtsextremen Einlassungen des ehemaligen Apo-Führers und heutigen Politik-Dozenten Bernd Rabehl vor einer Burschenschaft waren kein Ausrutscher. Sie haben eine Tradition, die über die Apo bis in die Zeiten des SA-Stabschefs Ernst Röhm reicht. Erster Teil eines Beitrags über das nationalrevolutionäre Treiben der neuen deutschen Linken

Am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, einst als linke Kaderschmiede verschrien, scheint die Welt Kopf zu stehen. Der dort tätige Dozent Bernd Rabehl, ein Weggefährte Rudi Dutschkes, hatte – rein privat – im Dezember 1998 vor der Burschenschaft Danubia einen wirren Vortrag über die Überfremdung der Deutschen, über die drohende Auflösung der nationalen Identität gehalten. Das Private wurde auf eine ganz andere Art, als es sich die 68er vorgestellt hatten, politisch, nachdem Antifaschisten den Inhalt des Vortrags und den Veranstalter publik gemacht hatten und die »Junge Freiheit«, die Rabehl als Exponenten einer Rechtswende der 68er präsentierte, ausführlich über die Veranstaltung berichtet hatte. Auch das nationalrevolutionäre Blatt »wir selbst« aus dem Kreis um den rechten Vordenker Henning Eichberg druckte Rabehls Rede. Studenten verteilten daraufhin Flugbätter gegen den früheren Studentenführer, blockierten sein Seminar und fordern inzwischen vom FU-Präsidenten ein Lehrverbot für ihn. Zwei Dozenten-Kollegen Rabehls, Hajo Funke und Richard Stöss, die sich seit Jahren mit dem Rechtsextremismus beschäftigen, analysierten den Vortrag in einem neunseitigen Papier und kamen zu einem eindeutigen Ergebnis: »Rabehls Auslassungen erfüllen in nachgerade klassischer Weise die Bedingungen für Rechtsextremismus«; die Danubia sei als rechtsextrem bekannt, ihre Verbindungen zur NPD und den »Republikanern« kenne man, sie arbeite auch mit dem rechtsextremen Gesamtdeutschen Studentenverband (GDS) zusammen. Rabehl verteidigte sich in einem Brief an seine Dienstvorgesetzten, sein Vortrag sei spontan gewesen, »intuitiv«, »Ausdruck eines inneren Unbehagens, das noch nicht die Sphäre der Reflexion gefunden hat«; die Danubia sei ihm unbekannt gewesen, er habe den Bildungsreferenten beim Parteivorstand der SPD, Tilman Fichter, einen alten Freund aus SDS-Zeiten, um Rat gefragt, der habe ihm einen Jungsozialisten genannt, der selbst Danube sei und die Burschenschaft vom Rechtsextremismus freigesprochen habe. Der Fachbereichsrat Politikwissenschaft war’s zufrieden, Funke und Stöss möchten sich nicht mehr äußern. Nur ein kurzes Sommertheater im letzten Wintersemester, einmal »Böser Bube!«, Punkt und Schluß?

Nun ist nicht nur der Juso-Danube Sascha Jung ein gemeinhin bekannter Exponent des »Hofgeismarer Kreises der Jungsozialisten«, der sich an dem Hitler opponierenden Faschisten und Kopf der Nationalrevolutionäre der 20er Jahre, Ernst Niekisch, orientiert, sich deshalb den Namen des Niekisch-nahen, völkisch-germanentümelnden »Hofgeismarkreises« von 1923 gab, sich selbst 1992/93 mit nationalistischen und ausländerfeindlichen Tiraden bekannt machte, von Tilman Fichter gleichwohl aber in der SPD gefördert wurde. Der Danube Uwe Sauermann, ein Niekisch-Kenner mit zahlreichen Veröffentlichungen in den Organen der Nationalrevolutionäre der 80er Jahre, war Vorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbundes der NPD, was Funke und Stöss als Argument gegen die Burschenschaft hervorheben, danach aber Funktionsträger der SPD, was Funke und Stöss verschweigen. Eine gründliche Analyse zahlreicher Veröffentlichungen Rabehls aus den letzten Jahren und seiner vergangenen und für das kommende Semester angekündigten Lehrveranstaltungen zeigt, daß er gemeinsam mit anderen an einem Paradigmenwechsel der Neuen Rechten zu arbeiten scheint, der darauf hinausläuft, das Feindbild einer Hegemonialmacht USA als dem Hauptgegner der Deutschen aufrechtzuerhalten, nachdem die frühere Zielsetzung des Kampfs gegen die deutsche Teilung als Kampf gegen den Einfluß der Sieger des Zweiten Weltkriegs obsolet geworden ist. Auch steht Rabehl keineswegs allein am OSI, sitzt vielmehr fest im Sattel dank der Solidarität einiger Professoren und eines nationalrevolutionären, SPD-nahen Zirkels, dessen Wirken von Antifaschisten seit Jahren beobachtet wird. Schon macht der Verdacht die Runde, die rot-grüne Führung der Weltmacht Deutschland/Europa solle an der FU mit Versatzstücken faschistischer Ideologie für den Kampf gegen den großen Gegner im Westen fit gemacht werden.

Was will Rabehl? Vieles klingt wirr und abstrus, soll vielleicht noch nicht klarer ausgesprochen werden, zeigt jedoch in der Zusammenschau seiner zahlreichen Äußerungen eine Kontur. Die erste »Überfremdung« der Deutschen sei als »re-education« mit den Siegern des Zweiten Weltkriegs gekommen, die Besatzungsmächte hätten ab 1944 die Auslöschung der kulturellen und politischen deutschen Traditionen geplant – hierzu kündigt Rabehl ein Seminar fürs kommende Semester an – und hätten dies dann jahrzehntelang als Hegemonialmächte durchzusetzen vermocht. Ergebnis dieser »Umwertung der Werte« sei heute ein »Volk ohne Kultur oder Identität«, das mangels eigenem innerem Halt nur noch einem amerikanisierten Kapitalismus fröne, die Deutschen seien »eine Mischung aus Masse, Konsument, Käufer, Clientel« für die Produkte des American Way of Life. Aus den nationalrevolutionären Schriften der letzten Jahrzehnte ist diese Argumentation wohlbekannt.

Neu ist Rabehls Erklärung einer zweiten »Überfremdung« der Deutschen durch die Immigranten als »eine untergründige ›zweite Besetzung‹ nach dem Abzug der alliierten Truppen und der Roten Armee«, in der er die alte nationalrevolutionäre

Kritik an der Vorherrschaft der USA, die nun allein weiter fortbestehe, zusammenführt mit der Ausländerfeindlichkeit des wiedervereinigten Neofaschismus. Die USA ringen um ihre »imperiale Machtposition« und können es nicht zulassen, »daß aus den Restgrößen der alten Weltmacht Sowjetunion neue Potenzen entstehen in Jugoslawien, Osteuropa, Rußland, Mittelasien, Fernost«. Nato und USA betrieben die staatliche Zersplitterung dieser Regionen. Die Zerstückelung und der nationale Streit, der dadurch entstehe, »erheben Nato und USA zur Entscheidungsmacht im Osten«. Die Immigration nach Europa aus diesen Gebieten sei der Reflex auf die von den USA inszenierten Kriege und Bürgerkriege dort und trage über die Immigranten aus den widerstreitenden Lagern auch die dortigen Kämpfe hierher: »Die Kriegskonstellation dort wird in Zentraleuropa reproduziert.« Nicht nur sei Deutschland, das die meisten Immigranten aufnehme, mit dem Zustrom, der inzwischen jeden Rahmen des Sozialstaats und des friedlichen Zusammenlebens sprenge, ökonomisch überfordert, hier würden auch von den Immigranten bereits Staaten im deutschen Staat errichtet, mit z. T. krimineller »eigener Steuer- und Militärhoheit, eigenen Gesetzen, Religionen, Justiz und ›Beamten‹«; dies träfe nicht nur auf die PKK zu, sondern auf alle Immigranten. Diese würden mit Hilfe der »Keimformen von fremder ›Staatlichkeit‹« ihre Kriege untereinander demnächst gleich auf deutschem Boden austragen; der Ausnahmezustand sei absehbar, »die grundlegende Zerstörung von Volk und Kultur« stehe an. Diese »zweite Besetzung« Deutschlands treffe zudem auf eine nach der »ersten Besetzung« bereits weitgehend aufgelöste nationale Identität – »das Volk besitzt keinerlei Kraft mehr, eigene Interessen zu formulieren«, verfalle der »Fiktion« des bunten Multikulturellen – , was es den USA erleichtere, diesen »offenen Raum« auch nach dem Ende des Besatzungszustands durch die Verträge zur Wiedervereinigung weiterhin zu prägen und die Deutschen an die Interessen der USA, zum Beispiel im Nahen und Mittleren Osten oder auf dem Balkan, zu binden, auch militärisch. Deutsche Interessen sieht Rabehl in Anlehnung an Niekisch besser durch ein Zusammengehen mit Rußland gegen den Westen gewahrt; der Kosovo-Krieg sei auch deshalb eine Katastrophe, weil er eigentlich gegen Rußland gerichtet gewesen sei und Rußland gegen Deutschland aufgebracht habe.

Rabehls Sicht auf die derzeitige Weltlage ist offensichtlich paranoid und verschwörungstheoretisch bestimmt: Der hinterlistige Fädenzieher USA zersetze überall die nationalen Identitäten, um die Konsumtion seines Lebensstils global einzuführen, zettele Kriege an, um Europa mit Ausländern zu überschwemmen, und rufe die gleich zweifach zersetzten Deutschen schließlich auch noch für seine Zwecke zu den Waffen. Zusätzlich würden die noch renitenten Deutschen – er meint wohl das rot-grüne Lager, da er sich darüber erregt, daß zwar »unsere Leute an der Macht« seien, sie aber trotzdem den USA folgten – durch den internationalen »Schuldpranger der deutschen Verbrechen im II. Weltkrieg« diszipliniert und in »alle kommenden Verbrechen« zugunsten des US-Imperiums hineingezwungen.

Auch der untergegangene zweite Sieger über Deutschland wirkt, Rabehl zufolge, weiter – in fünften Kolonnen. Denn die neue »deutsche Frage« öffentlich zu diskutieren, sei durch eine noch sowjetkommunistisch geprägte »Antifa-Linke« über »Denkverbote« tabuisiert worden, und zwar »bewußt in einem Bündnis mit bestimmten Medien im In- und Ausland«, denen wiederum die korrupte herrschende politische Elite hörig sei, weil sie den Ausgang der Wahlen bestimmten. An dieser Stelle läßt Rabehl die 68er-Studentenbewegung als eine gesamtdeutsch-national ausgerichtete Protestbewegung gegen die Besatzungsmächte des geteilten Deutschland und deren politisch-kulturelle Werte auftreten. Die 68er hätten »zu den nationalen Grundlagen von Sozialismus, Freiheit und Unabhängigkeit zurückzufinden« versucht und bereits den »Aufbau nationaler Befreiungsgruppen« begonnen. Er vereinnahmt den linken Antiimperialismus und Antikolonialismus komplett als Modell für die noch anstehende nationale Revolution, die eine »Rückbesinnung auf die deutschen Werte« bringen solle und die, 1967/68 als nationalrevolutionäre, gegen die hegemonialen Blöcke zielende gestartet, mit dem Attentat auf ihre »Führerpersönlichkeit« Dutschke gestoppt worden sei. Damals habe man die Bewegung noch stoppen können, doch heute sei die Bedrohung der Nation erheblich gewachsen und treibe – siehe oben – auf allerlei Kriege sowohl mit als auch gegen Deutschland zu. Daß Madonna trällernde, Big Macs verschlingende, »Star- Wars«-begeisterte, der nationalen Identität entfremdete Deutsche die Revolution nicht machen werden, weiß Rabehl. Daß eine politische Elite, die sich zwecks Machterhalts im Ausland den US-Interessen unterwirft und drinnen Ausländer wählen läßt, um ihre Stimmen einzusammeln, und die der »multikulturellen Gemeinschaft« huldigt, um das Ausländerwahlrecht gegen die eigene Bevölkerung durchzusetzen, stimmt ihn pessimistisch.

Neu sind Rabehls sozialpolitische Auslassungen. Mit dem »Recht auf Faulheit« – so ein Seminarthema des kommenden Semesters – sei vielleicht eine deutsche Alternative zu den amerikanisch orientierten Lösungsvorschlägen des Schröder-Blair-Papiers möglich. Rabehl klaubte aus Schriften französischer (!) Anarchisten die Bedingungen der Möglichkeit von legalisierter Faulheit zusammen und blieb bei der genossenschaftlichen Gemeinschaft als Gegenentwurf zum selbständigen High-Tech-Kleinunternehmer hängen. Faulheit hat ihren Preis, und es liegt der Verdacht nahe, daß in der Wirklichkeit des Kapitalismus von morgen aus dem utopischen Recht auf Faulheit des Individuums eine Pflicht zum Verzicht für Deutschland wird: weniger arbeiten, weniger konsumieren, dafür aber mehr deutsches Gedöns. Die »Umdefinition von Beruf, Tätigkeit, Arbeitsverlust, Arbeitsethik und Identität« will Rabehl als »positive Aufhebung von Arbeit« diskutieren, »jedoch von dem Wissen aus, daß Gesellschaftsform, der Stand der Arbeitsproduktivität weltweit und die Weltarmut eine Abschaffung von Arbeit in Westeuropa oder Nordamerika nicht zulassen würden«, so die Seminarankündigung. Die Idee der Nation war bisher eines der wirksamsten Betäubungsmittel in der Periode der Akkumulation von Elend. Ihre Absicht ist

es nicht, soziale Gerechtigkeit für alle zu erringen, sondern jeden auf das Seine zu verweisen – eine alte nationalrevolutionäre Maxime.

Das »Recht auf Faulheit« als Alternative zum Bündnis für Arbeit wollen »Futuristen« in der Berliner SPD, die bisher schon in Rabehls Seminaren saßen, im Januar an der Volksbühne diskutieren, u. a. mit »FU Berlin (Politologie)« (d. h. Rabehl), »Parteischule der SPD« (d. h. Tilman Fichter) und »glücklichen Arbeitslosen«. Der Touristik-Konzern TUI soll es bezahlen: »Das ganze wird professionell vorbereitet: Mittel davon werden von TUI eingeworben: Sie dürfen und sollen mit ›Schöne Ferien‹ werben, es könnte für sie eine zentrale Veranstaltung sein, die ihr ideologisches Image weiterbringt: Sie hilft, die Unzufriedenheit über Arbeitslosigkeit zu überwinden und Arbeitslosigkeit in ›Schöne Ferien‹ zu verwandeln.« Noch Fragen?

Noch eine Antwort: Im August 1999 durfte sich Rabehl in der SPD-Theoriezeitschrift »Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte« – ständiger Mitarbeiter der Redaktion: Tilman Fichter – verteidigen. Er präsentierte noch einmal seine Immigranten-feindlichen Ausfälle, die er jetzt auf »die Migration islamischer Völker« konzentrierte, und perhorreszierte »die Operationen dieser Partisanen in Westeuropa, ihre ›geheimen Staatsgründungen‹ und ›subtilen Besetzungen‹ von Stadtteilen«. Die Unterstützung der »Neuen Gesellschaft« erstaunt trotz Fichter, denn Gerhard Schröder ist mit seiner »Transformation der Demokratie« (vgl. Georg Fülberth, KONKRET 8/99) viel effektiver, als es ein Dezisionist je sein könnte.

Die nicht-studentischen Reaktionen auf Rabehls Thesen spiegeln den neuen deutschen Konsens. Das Berliner Szeneblatt »Zitty« hält Rabehl für bloß »konservativ«, der Friedensforscher Ekkehart Krippendorff bezeichnet ihn immer noch als »Linken«, schränkt lediglich ein, er sei »völlig isoliert« und deshalb »ein Fall für den Psychiater«. Sein Kollege Ulrich Albrecht tritt einmal mehr für das freie Wort der Nationalrevolutionäre ein, nun auch assistiert von Wolf-Dieter Narr – an der Freien Universität Berlin wechselt man den Bahnsteig, um den neuen deutschen Zug nicht zu verpassen. Und auch die Erklärung von Funke und Stöss vernebelt einige Zusammenhänge eher, als daß sie sie erhellt, obwohl zumindest Stöss es besser wissen müßte: Seine Forschungen hatten bereits in den 70er Jahren die braune Nische ausgeleuchtet, in die Rabehl jetzt – verspätet – tritt.

Reminiszenzen: »Dutschke war vor 68 und nach 68 Nationalrevolutionär, und ich kann mich auch dazuzählen«, erklärte Rabehl und hat recht, auch wenn Funke und Stöss die angeblich »manipulative und stillose Vereinnahmung von Rudi Dutschke« beklagen. Mehr als Rabehl, der 1973 in seinem Buch *Geschichte und Klassenkampf* gegen völkisch-mystische und nationalistische Tendenzen in der deutschen Linken seit Lassalle Stellung bezog, hatte Dutschke als Führer der emotional antiamerikanischen 68er immer schon zum neuen Großmachtdeutschland gehört, das er nicht mehr erleben konnte. Erst kürzlich forderten die wieder zahlreicher werdenden Dutschke-Fans von demselben »System«, das sie für den Tod ihres Idols verantwortlich machen, eine Ehrenerklärung und erhielten sie prompt: SPD, Grüne und PDS setzten durch, daß der Berliner Senat Dutschkes Grab zum »Ehrengrab« erklärte. Nun wird es auf Landeskosten gepflegt.

Die neue Ehrenleiche der alten Hauptstadt hatte sich zu Lebzeiten mehrfach selbst eindeutig verortet. Kurz vor dem Attentat hatte Dutschke 1968 Wolfgang Venohr ein Interview gegeben, einem Schüler Ernst Niekischs. Venohr engagierte sich seit den 60er Jahren auf der extremen Rechten, wo Alt- und Neonazis gemeinsam mit den vormals von der Hitler-Fraktion verfolgten Nationalrevolutionären für ein wiedervereinigtes, blockfreies, militärisch starkes Deutschland als europäische Hegemonialmacht kämpften. Ihr Hauptfeind waren die USA, die Kultur des Westens, der Liberalismus in Lebensstil, politischem System wie Ökonomie – ein alter Feind der deutschen Rechten schon zu Zeiten der völkischen Bewegung am Ende des 19. Jahrhunderts. Mit einer nationalbolschewistisch gewandelten und völkisch aufgeteilten Sowjetunion konnte man sich eventuell vorerst arrangieren, dabei Niekischs Ideen aus den 20er Jahren aufgreifend, der vom Zusammengehen des »germanischen Barbarismus« mit der »russischen Volksseele« geträumt, aber sein Hauptziel klar formuliert hatte: »das deutschgeführte Mitteleuropa«.

Das Interview wurde kurz nach dem Attentat auf Dutschke in der Zeitschrift »Neue Politik« (»NP«) abgedruckt, die von dem früheren Mitglied der Reichsleitung der Hitler-Jugend und Herausgeber des HJ-Schulungsbriefes »Wille und Macht«, Wolf Schenke, herausgegeben wurde. Schenke war nach der Röhm-Affäre und dem Zurückdrängen der Nationalrevolutionäre der Strasser-Gruppe innerhalb der NSDAP als Korrespondent des »Völkischen Beobachters« nach China gegangen. Von dort berichtete er »antiimperialistisch« – gegen Briten und US-Amerikaner, aber pro Japan – aus dem japanisch-chinesischen Krieg und kam erst nach 1945 nach Deutschland zurück. Das Konzept des faschistischen »Antiimperialismus« teilten die Nazis mit den Nationalrevolutionären; es bestimmte sowohl ihre Ost- und Südosteuropapolitik als auch ihre Nahost- und Mittelostpolitik und richtete sich gegen jede Großmacht, die nicht Deutschland hieß oder mit ihm verbündet war. Es prägte Schenkes Nachkriegspolitik.

Der agitierte nun als Exponent der Nationalneutralisten bis in die 80er Jahre in zahlreichen rechtsextremen Gruppen gegen die Nato-Bindung der Bundesrepublik und für die Wiedervereinigung Deutschlands, das als eigener Block von völkisch konzipierten Zwergstaaten umgeben sein sollte. Etappenziele sollten den Endsieg vorbereiten. Auch Schenke hoffte auf ein

Bündnis mit Rußland gegen die USA. Mit naiven Pazifisten, auch aus der Gesamtdeutschen Volkspartei Gustav Heinemanns und Johannes Raus, bekämpfte er in den 50er Jahren die zweigeteilte Wiederbewaffnung der Deutschen, weil durch sie ein »Bruderkrieg« drohe. 1960 gründete er u. a. aus dem nationalneutralistischen Flügel der Deutschen Reichspartei (DRP) – die als Auffangorganisation der als NSDAP-Nachfolger 1952 verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP) gedient hatte – die Vereinigung Deutsche Nationalversammlung (VDNV), die jeden gegen die Nato gerichteten Wiedervereinigungsvorschlag aus dem Ostblock freudig begrüßte und der in den 60ern auch der Nationalrevolutionär Henning Eichberg angehörte, ansonsten damals ein Schüler Otto Strassers, Ende der 70er dann ein Diskussionspartner Dutschkes.

1965 gründete Schenke gemeinsam mit August Hausleiter – dessen »Deutsche Gemeinschaft« ebenfalls SRP-Reste aufgenommen hatte – die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) und versuchte sogleich, die AUD mit dem neu gegründeten DRP-Nachfolger NPD zusammenzuführen. Ende der 70er Jahre ging die AUD in der neuen Partei Die Grünen auf. Nach Meinung Rabehls in seinem Danubia-Vortrag hatte Dutschke diese Verbindung noch mit vorbereitet, »um einen Ausgleich zu den links eingestimmten Exponenten einer grünen Partei zu schaffen«.

Obwohl Schenke in China für Nazi-Deutschlands Verbündeten Japan spioniert haben will, pflegte er mit seiner »Deutschen China-Gesellschaft« alte Verbindungen, weil er den chinesischen Kommunismus für tendenziell nationalrevolutionär und antiimperialistisch hielt – gerichtet gegen die beiden Machtblöcke, die sein Deutschland 1945 zerstört hatten. China sei aufgrund eigener Interessen der geborene Partner, der die Wiedervereinigung Deutschlands gegen die Sieger des Zweiten Weltkriegs befördern könne. Schließlich rief er nach einer »Nationalen Befreiungsfront Deutschlands«. In der antiamerikanisch-antiimperialistischen und zunehmend auch maoistischen Studentenbewegung, die nach Rabehl bereits »nationale Befreiungsgruppen« für Westeuropa aufbaute, sah Schenke einen Hoffnungsträger. Er präsentierte sich auf Vortragsreisen sogar selbst als Sprecher der Außerparlamentarischen Opposition und deklamierte 1968: »Ich bin für diese Jugend.« Folgerichtig veröffentlichte er das Dutschke-Interview. Nachdem Dutschke durch das Attentat als Partner »herausgeschossen« (Rabehl) war und die Apo mehrheitlich marxistische statt deutsch-nationale Wege ging, entfernte sich Schenke wieder von ihr, fand aber Ende der 70er Jahre wieder zu einigen der nationalen 68er zurück.

Die »NP« versuchte, das gesamte Spektrum des Rechtsextremismus als »Dritten Weg« zwischen US-amerikanischem Kapitalismus und sowjetischem Kommunismus zu verkaufen und dafür Verbündete zu finden. Hierzu wurde ausgiebig über ein Rätesystem als genuin deutsch-völkische Herrschaftsform und als Alternative zur »amerikanischen« Demokratie diskutiert. Niekischs Funktion in der Münchner Räterepublik 1918 diente ebenso zur Orientierung wie Räte-Pläne aus dem nationalrevolutionären Widerstand einiger Militärs der 40er Jahre – die der wissenschaftliche Spezialist für Rätesysteme Rabehl im kommenden Semester wohl als »theoretische Demokratiekonzeptionen für ein Nachkiegsdeutschland« und als Alternative aus dem »deutschen Widerstand« zu den Deutschland-Plänen der Alliierten diskutieren wird, wie es die Seminarankündigung andeutet. Schenke selbst warf sich mächtig für die Räte ins Zeug.

Die »NP«-Debatte 1967/68 war explizit auf die rätedemokratischen Forderungen aus der Studentenbewegung gerichtet, an die Rabehl im Sommer 1998 in der Ostberliner Zeitschrift »Sklaven-Aufstand« (nicht »im Sklaven«, wie der »Spiegel« jetzt fälschlich schrieb; der Name ist schließlich Programm) erinnerte; das Blatt gibt den Nationalrevolutionären der Prenzlauer-Berg-Szene ein Forum. Rabehl berichtete hier, am 17. Juni 1967 habe Dutschke auf einer SDS-Veranstaltung ein politisches Aktionskonzept gegen die Okkupation Deutschlands durch die USA und die UdSSR und für die Wiedervereinigung vorgelegt, das Nationalismus als antiimperialistischen Hebel einschloß. Den Nationalismus habe Dutschke zwar »über die Inhalte der Tradition der Radikal- und Rätedemokratie neu gewichtet«, jedoch »der Funke sprang nicht über. Die marxistischen Traditionalisten im SDS blockten ab«, so Rabehl 1998.

Die »NP« hatte heftig gegen die Kriegsverbrecherprozesse gewettert und brachte in den 60er Jahren auch Artikel gegen die Auschwitz-Prozesse. Eine »Generalamnestie« wurde gefordert, denn die »KZ-Prozesse ohne Ende« würden nur »die Millionen heranwachsender Junger im Namen eines Volkes belasten«, während die Taten der Alliierten gegen Deutsche ungesühnt blieben. Rabehl hat diese Topoi der extremen Rechten in seinem Danubia-Vortrag wieder aufgenommen, als er vom »Schuldpranger der deutschen Verbrechen« sprach, dessen Funktion es heute sei, die Deutschen in Abhängigkeit zu halten und als Mittäter in die neuen Verbrechen der USA hineinzuzwingen, siehe Persischer Golf und Jugoslawien.

In der »NP« schrieben auch die nationalrevolutionären Vordenker Niekisch und Otto Strasser – der Erfinder eines »Deutschen Sozialismus« – selbst; alte Streitigkeiten aus der Zeit der 20er und frühen 30er Jahre spielten angesichts der »deutschen Daseinsverfehlung« (Niekisch, Schenke) nach 1945 keine Rolle mehr, denn jetzt knüpfte man gemeinsam an die »Elemente freiheitlich-völkischer Natur« an, die es »im deutschen Nationalsozialismus zu Anfang wenigstens noch« gegeben habe, so Schenke. Venohr stellte in der »NP« »die slowakische Frage« und hoffte, der Prager Frühling 1968 werde zum Auseinanderbrechen der Tschechoslowakei und in der Folge zu einer völkischen Neugliederung Osteuropas in Deutschland-abhängige Kleinstaaten führen, die es unter der Nazi-Besatzung schon einmal gegeben hatte. Auch die »mazedonische Frage« wurde 1968 in der »NP« gestellt – in der Hoffnung auf einen völkischen Zerfall Jugoslawiens.

Schenke und die »NP« fürchteten keine Berührung mit früheren Hitler-Gefolgsleuten. Auf der Seite, die dem Dutschke-Interview folgte, wurde ein Mitstreiter als »unbeugsamer Charakter« geehrt: der von Griechenland wegen Kriegsverbrechen zu viermal lebenslangem Zuchthaus verurteilte Wehrmachtsgeneral Alexander Andrae, der als Besatzungskommandant auf Kreta gewütet hatte, nach seiner Begnadigung Vorstandsmitglied der DRP wurde, dann die rechtsextremistische »Gesellschaft für freie Publizistik« und Schenkes VDNV mitbegründete: »dem guten Deutschen, dem guten Europäer und – dem guten Menschen«, so die »NP« 1968 zu Andraes 80. Geburtstag.

Fortsetzung im nächsten Heft

Auf einer Veranstaltung referieren am 3. November um 19 Uhr im Berliner Mehringhof (Gneisenaustr. 2) Lars Rensmann, Alfred Schobert und Andreas Speit über die »nationalrevolutionäre neue Rechte am Beispiel von Bernd Rabehl«.

Peter Kratz schrieb in KONKRET 8/98 über völkische Sekten in Deutschland. Lorenz Schrötter ist Student am OSI der FUBerlin

Konkret 11/99, S. 40

Gaby Hommel

»Nicht so dramatisch«

Ein Mann tot, drei gezüchtigt, neun verschwunden – eine typische Kosequenz der deutschen Abschiebepraxis

Am 30. Juni 99 transportierte eine Sondermaschine dreizehn abgewiesene guineische Flüchtlinge von Düsseldorf nach Conakry. Zwei Monate lang warteten Angehörige und Freunde vergeblich auf ein Lebenszeichen der Betroffenen. Dann machte sich eine Delegation aus Deutschland auf den Weg, das Schicksal der Verschwundenen vor Ort zu recherchieren.

Mehrfach mußten Ursula Reimer, Mitarbeiterin der »Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte« und Peter Vogel von der »Medienagentur für Menschenrechte« den geplanten Flug verschieben. Die guineische Botschaft weigerte sich, ihnen Einreisevisa zu erteilen. Am 1. September schließlich landeten sie doch noch in Conakry – ohne die normalerweise notwendigen Papiere und Stempel. Dafür aber in Absprache mit dem Auswärtigen Amt der Bundesregierung sowie dem guineischen Sicherheitsminister Koureichy Condé. Dieser war es auch, der die deutschen Gäste empfing und zu einem feudalen Abendessen in seine Villa am Meer lud. Mit an der Tafel speiste der deutsche Botschafter in Guinea, Pius A. Fischer, seit kurzem auch in Sierra Leone akkreditiert. Befürchtungen, die Männer könnten Folter und Mißhandlungen unterzogen worden sein, wie laut aktuellem Jahresbericht von amnesty international in Guinea »nach wie vor weit verbreitet«, beschied der Kenner mit einem Achselzucken. Zwar gebe es noch immer die »Züchtigung mit dem Stock«, aber – so der lang gediente Diplomat – »das muß man nicht so dramatisch sehen«.

Eine Sichtweise, die von Minister Condé selbstverständlich geteilt wird. »Wie können Sie nur annehmen, daß wir unsere jungen Leute ausgerechnet nach der Abschiebung aus Deutschland in Haft nehmen oder gar foltern?« hielt er den beiden Menschenrechtsaktivisten vor. Angaben über den Aufenthalt der Vermißten wollte der Sicherheitschef allerdings genauso wenig machen wie – zunächst jedenfalls – die Adressen ihrer Familien mitteilen. Statt dessen stellte er »Madame Reiner« und »Monsieur Vogel« während ihrer achttägigen Recherchen in seinem Land eine ständige »Begleitung« zur Verfügung. Sie trafen dennoch Dr. Thierno Sow, den Präsidenten der guineischen Menschenrechtsorganisation OHCD, sowie Ibrahim Sory Barry, Redakteur der regimekritischen Wochenzeitung »Lynx«. Letzterer beschrieb noch einmal, was er Wochen zuvor bereits telefonisch nach Deutschland über die Landung der mit der Chartergesellschaft air holland abgeschobenen dreizehn »Scheinasylanten« berichtet hatte. »Ich habe gesehen, wie sie zu Polizeifahrzeugen geleitet und dann weggebracht wurden. Danach verlor ich ihre Spur.« Dr. Sow bestätigte, daß auch seine Organisation bis dato vergeblich nach dem Verbleib der betreffenden Personen forscht, und gab eine implizite Erklärung in Gestalt von Aussagen und Fotos u. a. solcher Personen, die – wie es in Diplomaten-Jargon heißt – »landesübliche Züchtigungen« nicht überlebt hatten.

Was Condé persönlich oder andere, nicht in Erscheinung getretene Entscheidungsträger zu dem nun Folgenden bewog, mag dahin gestellt bleiben. Fest steht aber, daß der Sicherheitsminister den beiden Aktivisten aus Deutschland am dritten Tag ihrer Recherchen die zuvor rigoros verweigerten Anschriften der Familien der Gesuchten übermittelte. Gleichzeitig tauchten drei der bis dato Verschollenen wie auf Bestellung aus der Versenkung auf. Doch mochten Amando Giallo, Seko Touré und Kaba Camara weder angeben, wo sie sich nach ihrer Abschiebung aufgehalten, noch warum sie bislang kein Lebenszeichen von sich gegeben hatten. »Sie wurden offenbar kurzfristig auf freien Fuß gesetzt und hatten schreckliche Angst, mit uns zu reden«, beurteilt Frau Reimer das merkwürdige Verhalten der ihr aus der Zeit ihrer Inhaftierung im Abschiebeknast von Büren persönlich bekannten jungen Männer.

Das dabei entstandene Vertrauensverhältnis zu der Guinea-Expertin war es dann auch, daß einen der Eingeschüchterten schließlich doch zum Reden veranlaßte. Nicht über sein eigenes Schicksal, wohl aber über das seines ehemaligen Zellengenossen Ousmane Sou. Danach hatte dieser – mehr noch als die anderen Betroffenen – entschiedenen Widerstand gegen seinen Abtransport aus Deutschland geleistet, zur Ruhigstellung eine intravenöse Injektion erhalten und bereits im Abschiebeflugzeug mehrfach gestöhnt: »Sie haben mich vergiftet.« In den Tagen darauf klagte er über zunehmende Übelkeit, konnte keine Nahrung mehr bei sich behalten, bekam gelbe Haut und Augen und wurde am 19. Juli ins Krankenhaus »Ignace Deen« in Conakry gebracht. Von wem, wollte der Zeuge ebenso wenig preisgeben wie Ort und Gelegenheit seiner Beobachtungen nach der Landung in Guinea. Nachgeprüfte Tatsache jedoch ist, daß Ousmane Sou am genannten Tag eine halbe Stunde nach seiner Einlieferung starb. Die offizielle Diagnose lautet »Leberkoma«. Eine genauere Untersuchung der Todesursache oder gar eine Obduktion des Leichnams wurde nicht vorgenommen.

Soweit zur nach Einschätzung von Botschafter Fischer »glaubhaften Versicherung« durch Sicherheitsminister Condé, sämtliche gesuchten Personen seien seit ihrer Rückkehr in Freiheit und wohlauf. Nachzutragen bleibt, daß von neun der insgesamt dreizehn gegen ihren erbitterten Widerstand abgeschobenen Flüchtlinge nach wie vor jede Information fehlt. Und ebenfalls nicht vergessen werden sollte die Chronik ihrer gewaltsamen Abschiebung, die – so Frank Gockel von der Bürener Initiative »Hilfe für Menschen in Abschiebehaft« – »von Anfang an Schlimmes« befürchten ließ. Ihren Beginn nahm sie bereits am 17. März 1999, als die guineischen Asylbewerber ebenfalls per Sondermaschine und von Düsseldorf

aus ein erstes Mal in ihr Herkunftsland abtransportiert werden sollten. Mit an Bord befanden sich über 30 BGS-Beamte sowie einige Mitarbeiter der Ausländerbehörde. Nach eigenen Angaben blieben die Flüchtlinge während des gesamten Fluges an Händen und Füßen gefesselt, wurden von ihren Bewachern zur Toilette getragen und, während sie ihre Notdurft verrichteten, beleidigt und verhöhnt. Mehrere gaben später übereinstimmend zu Protokoll, getreten und geschlagen worden zu sein. »Ihr Nigger, haut doch ab aus Deutschland«, sei ihnen gesagt worden.

Dieser erste Abschiebeversuch scheiterte, weil sich die Behörden in Guinea damals weigerten, die Flüchtlinge einreisen zu lassen. Angeblich wurde den Deutschen auf Befehl des alleinherrschenden Generals und Präsidenten Lansana Conté höchstpersönlich die »rote Karte« gezeigt. Als Quittung für die schleppende Behandlung von Einreiseanträgen guineischer Staatsbürger in die Bundesrepublik. Eine weitere »Panne« geschah, als am 28. Mai der Sudanese Aamir Ageeb beim Versuch seiner Abschiebung starb und Bundesinnenminister Schily sich genötigt sah, den Abtransport widerständiger Asylbewerber für eine Schamfrist auszusetzen. Aufgehoben wurde sie genau vier Wochen später; und danach dauerte es gerade noch zwei Tage, bis die zwischenzeitlich wieder in Abschiebehaft genommenen dreizehn Flüchtlinge aus Guinea ein zweites Mal ausgeflogen wurden. Wie man sich denken kann, unter vergleichbar skandalösen Umständen wie zuvor; nun aber mit dem beschriebenen Erfolg nach ihrer Ausladung in Conakry. Dazu hatte nicht zuletzt der Besuch von Guineas Polizeichef Mamadou Camara in Deutschland beigetragen, wo ihm die Ausländerbehörden die Gelegenheit gaben, jeden der betroffenen Flüchtlinge einzeln und ausführlich zu verhören. »Es lief darauf hinaus, die Männer zu verdächtigen, Anhänger der guineischen Oppositionsbewegung RPG zu sein«, faßt Frank Gockel zusammen und berichtet, daß außerdem ihre gesamten Asylakten weitergereicht wurden. Darin dokumentiert: Die Teilnahme der angeblich politisch nicht Verfolgten an Studentendemonstrationen sowie an Protesten gegen die vom Regime in Conakry veranlaßte, gewaltsame Zerstörung des dortigen Stadtviertels Kaporo Rails, bei der damals 120.000 Menschen über Nacht ihr Dach über dem Kopf verloren und elf bei Straßenkämpfen ums Leben kamen.

Konkret 11/99, S. 41

Horst Pankow

Einmal Timor zweiter Klasse

Alles wie gehabt: Erst werden die Bösen und die Guten erfunden, dann Horrostories verbreitet, schließlich spielt man Krieg. Neu an dem Osttimor-Abenteuer ist: Nun will auch die PDS dabeisein

»Wenn demnächst deutsche Sanitäter im fernen Osttimor verletzten UN-Soldaten helfen, dann ist dies das Werk des grünen Außenministers.« Das Lob des »Tagesspiegel« (6.10.) für die Inkarnation des deutschen Weltgewissens wurde diesmal nicht so einhellig geteilt, wie zu Beginn des neuen Osttimor-Konflikts zu erwarten war. Im Gegenteil: Fischers »Plädoyer für eine Art humanitäres Kriegsvölkerrecht«, fährt der »Tagesspiegel« fort, »löste bei SPD und Grünen Abwehrreflexe aus.« Schlimmer noch: »Aus Kosovo darf kein Folgezwang kommen«, zitiert der Möchtegern-Generalanzeiger der Reichshauptstadt einen »führenden Außenpolitiker der Koalition«.

Na sowas, sollte der Rausch über den Sieg des Menschenrechts auf dem Amselfeld so schnell dem Katzenjammer gewichen sein? Und dies in einer Zeit, in der Fischers von der »Frankfurter Rundschau« zwei Tage später reportierte Erfahrung, »daß wirklich ernst international nur genommen wird, wer militärisch voll dabei ist – und daß im Ernstfall das Parlament zu Hause kein politischer Faktor mehr ist« (8.10.), von der Nation nahezu einverständig geteilt wird.

Doch offenbar konnte man militärisch nicht so »voll dabei« sein, daß man sich des uneingeschränkten Respekts der »internationalen Gemeinschaft« wirklich hätte sicher sein können. Als der Bundestag den Osttimor-Einsatz absegnete, erläuterte der »Tagesspiegel« (7.10.) »nur fürs Protokoll« stichwortartig, aber zustimmend die wichtigsten Gründe für das überraschende Zaudern: »Erstens: Der Einsatz findet in Australien statt, wo die deutschen Soldaten darauf warten müssen, daß etwas in Osttimor passiert, was ihr Eingreifen erfordert.« Will heißen: Der Gefahr eines akuten Unterforderungssyndroms sollte sich die Truppe nach dem im Kosovo empfangenen Selbstbewußtseinsschub nicht unbedingt aussetzen. »Zweitens sind es nicht 80 Sanitäter, die mit zwei Maschinen dorthin fliegen, weil auch Flugzeugtechniker für die Wartung ... benötigt werden«. Das heißt, die Truppenstärke ist nicht mal für eine zugkräftige symbolische Repräsentanz ausreichend. »Drittens sollen sich die Sanitäter laut Auftrag um australische Soldaten kümmern, die möglicherweise bei *ihrem* (Hervorhebung im Original; H. P.) Einsatz in Osttimor verletzt wurden.« Untergeordnete Hilfsdienste für eine fremde Truppe leisten zu müssen, stellt wohl die schlimmste Demütigung für deutsche Kämpfer dar. Schließlich würde das deutsche Ansehen so fast auf das Niveau von Singapur gedrückt, denn auch der südostasiatische Zwergstaat schickt 21 Sanitätssoldaten. »Viertens müssen sich die Bundeswehr-Piloten zu Anfang erst mit der Region vertraut machen.« Und das, wo ihnen auf dem Balkan die in zwei Weltkriegen gesammelten Erfahrungen zur Verfügung standen.

Der entscheidende Grund, daß in diesem »Ernstfall« das Parlament doch noch zumindest ein akzidentieller politischer Faktor sein wollte – neben der PDS-Fraktion stimmten auch einzelne Abgeordnete der Regierungskoalition und der CDU/CSU gegen den deutschen Einsatz in Übersee – , mußte den Kreuzrittern des »Weltbürgerrechts« empörend profan vorkommen. Er hat nämlich, wie nicht nur die »Frankfurter Rundschau« schreibt, »durchaus mit Geld zu tun: 5,1 Millionen Mark kosten die Transall-Maschinen samt Sanitätseinheit für Osttimor monatlich. Das fällt im Vergleich zum Verteidigungsetat nicht wirklich ins Gewicht, aber eine andere Relation ist interessanter: 5,1 Millionen Mark monatlich sind mehr, als der gesamte Etattitel des Auswärtigen Amtes für humanitäre nicht-militärische Hilfe nächstes Jahr auf den Monat umgerechnet hergibt« (8.10.).

Wer hätte gedacht, daß nach den Erfolgen der letzten Zeit nun eine deutsche Menschenrechtsmission am Maßstab ihrer Bezahlbarkeit sich messen muß? Denn schließlich hatte alles so schön angefangen. Als nach dem am 30. August unter Uno-Patronat durchgeführten Referendum über die Unabhängigkeit Osttimors Anhänger des indonesischen Staates die osttimoresischen Unabhängigkeitsbefürworter mit blutigem Terror zu überziehen begannen, wußte man hierzulande vor lauter Empörung kaum ein noch aus. Dabei war vor den – von allen Beteiligten vorausgesagten – Folgen der Abstimmung international gewarnt worden. So oder so würde eine brutale Abrechnung folgen. Unklar war nur, wer damit beginnen würde. Das zwischen der Uno, der indonesischen Regierung und dem sogenannten »Widerstandsrat« Osttimors geschlossene Abkommen über das Referendum sah vor, daß abstimmungsberechtigt nur Personen sein würden, die – inzwischen volljährig – in Osttimor geboren sind oder Eltern, Großeltern oder Ehepartner haben, die solch ein Geburtsprivileg in Anspruch nehmen können. Mehr als 20 Prozent der etwa 900.000 Einwohner sind aber in den letzten Jahren aus anderen Teilen Indonesiens zugewandert. In den Wochen vor dem Referendum verließen Tausende von ihnen die Insel aus Angst vor ethnisch motivierter Abrechnung.

Denn nur eine solche war zu erwarten, seit die Fretilin, die wichtigste Kraft in der Unabhängigkeitsbewegung seit Mitte der 80er Jahre, auf ihre vormals sozialistische Orientierung verzichtete und ausschließlich Ethnopolitik und Marktwirtschaft auf ihre Fahnen schrieb. Letztere hatten die indonesischen Migranten schon in ihren Heimatregionen kennengelernt, die Flucht vor ihren verheerenden Folgen hatte sie in das 1975 annektierte Osttimor verschlagen. Diskriminierende

Ethnopolitik, die sich in der Auslese der Abstimmungsberechtigten schon ankündigte, kannten sie in dieser unmittelbaren Form bislang nicht. Zwar wird auch aus anderen Teilen Indonesiens ein die Grenzen des Rassismus gelegentlich überschreitender Chauvinismus – namentlich auf den ökonomisch bedeutsamen Inseln Java und Bali – berichtet, doch gesetzlich kodifizierte Form – wie durch das Timor-Referendum begründet – erlangte er bislang nicht.

Das mag sich nun nach dem von proindonesischen Milizen begonnenen Blutbad ändern. Für die gleichen Weltmächte, die über die Uno der ethnischen Aufteilung der Inselbevölkerung eine gesetzlich garantierte Form verliehen, ist dies nun Anlaß zur Intervention. Das ethnische Gemetzel, das man selbst tatkräftig vorbereiten half, soll, wie in Jugoslawien, dazu dienen, die Gründe des völkischen Hasses zu konservieren. Wie im Falle Jugoslawiens kommen auch hier Parteinahme und brachiale Stigmatisierung der »Bösen« zum Einsatz. Nur ist, anders als im Fall der serbisch-jugoslawischen Seite im Balkan-Konflikt, bei den Anhängern Indonesiens in der Tat nicht einmal ein Rest traditioneller bürgerlicher (Staats-)Vernunft zu entdecken.

In der aktuellen Timor-Auseinandersetzung sind tatsächlich die Motive und Ziele beider Seiten ebenso grund- wie perspektivlos. Ein unabhängiger Staat Osttimor könnte nur als brutale Armutsdiktatur existieren, daher die ethnische Aussonderung als Gründungsakt. Aber auch ein einheitliches Indonesien hätte angesichts der Unmöglichkeit, die Folgen der letzten Wirtschaftkrise zu überwinden, nichts anderes zu bieten. Insofern sind die Greuel der letzten Wochen durchaus programmatisch für die Zukunft.

Die famose »internationale Gemeinschaft« hat sich entschieden: Zuungunsten der indonesischen Henker und zugunsten der osttimoresischen. Nun kann die sadistische Phantasie der Kriegsberichterstatter und ihres begierigen Publikums frei ins Kraut schießen. Eine publizistische Kriegserklärung bedeutet hierzulande auch immer die Emanzipation vom sonst so hoch geschätzten Faktischen und die Inflation der frei flottierenden Opferbilanzen. »Zwischen 600 und 7.000 Tote gehen nach Schätzungen unterschiedlicher Quellen«, die der »Tagesspiegel« (13.9.) unterschiedslos summiert, denn was bedeutet es schon, ob 6.400 Überflüssige leben oder nicht, »auf das Konto der unvorstellbaren Orgie der Gewalt, mit der proindonesische Milizen und die indonesische Armee das kleine Osttimor überzogen haben.« Nur drei Tage später waren demselben Blatt zufolge nur noch »mehrere hundert Menschen ermordet« worden (16.9.). »Schätzungen« der »Taz« zufolge, die bekanntlich nicht kleckert, wenn es gegen einmal identifizierte Feinde zu klotzen gilt, »fielen über (!) 7.000 Menschen der Gewalt der Milizen zum Opfer« (18./19.9.). Ebenso verhält es sich mit den Angaben über von Indonesiern vertriebene Timoresen. Meist wird die pauschale Höchstzahl von 300.000 gehandelt. Oft wird diese Angabe aber auch ohne Begründung erheblich unterschritten. Mal sind es »Zehntausende« (»Tagesspiegel«, 13.9.), mal 130.000 (»Süddeutsche Zeitung«, 29.9.), dann wieder »mehr als 150.000« (»Spiegel« 38/99).

Kaum ins Gewicht fallen dürften die schon aus dem Kosovo-Krieg bekannten Propaganda-Enten, denen zufolge ein oder mehrere Vertreter der »Guten« erst als heimtückisch ermordet gemeldet werden, um dann alsbald, als wäre nichts geschehen, wohlbehalten wieder aufzutauchen. Was im Kosovo am Beispiel von »gemäßigten Albaner-Führern« durchexerziert wurde, erfuhr diesmal eine Neuauflage mit dem Vater des »Timoresen-Führers« Gusmao. Kaum war seine Ermordung durch die Medien gegangen, war er auch schon wieder da. Doch das war noch gar nichts gegen die Geschichte mit den abgeschlagenen und aufgespießten Köpfen. Die »Nichtregierungsorganisation« Watch Indonesia muß wohl von Rudolf Scharpings *serbian tales* über abgeschnittene Albanerköpfe und gegrillte Föten so beeindruckt gewesen sein, daß sie zu einer Neuauflage sich gedrängt fühlte. In einem »Appell an die Bundesregierung« vom 9.9. verlautete die Organisation folgendes: »Agenturberichte schildern detailliert, wie die Milizen die Köpfe ihrer enthaupteten Opfer entlang der Straßen auf Stangen gespießt präsentieren.« In deutschen Fernsehberichten war dann eine Zeitlang von »hunderten« aufgespießter Köpfe die Rede, bis die »Nachricht« dann sang- und klanglos verschwand. Die Grundlage dieses eines Erich Rathfelder würdigen Gerüchts war die folgende Reuters-Meldung aus dem nordaustralischen Darwin vom 6.9.: »Joao Carrascalao, höchster Vertreter der osttimoresischen Widerstandsbewegung in Australien (!) sagte: ›Eine Person (!), die von Dili nach Atambua gefahren ist, hat berichtet, entlang der Straße wären hunderte von Köpfen aufgespießt und Körper würden überall herumliegen.‹«

Überhaupt spielten sogenannte »Nichtregierungsorganisationen« auch diesmal wieder ihren Part bei der öffentlichen Stimmungsmache. Amnesty international forderte schon Mitte September den sofortigen Einmarsch von Uno-Truppen. Während in Deutschland das traditionell an der Staatsmacht partizipierende Lager zu diesem Zeitpunkt seine Erregung schon etwas dämpfen mußte, ergriff das Menschenrechts-Interventionsfieber von anderen um so heftiger Besitz. Das linke Lifestyle-Wochenblatt »Jungle World«, dem es noch im Kosovo-Krieg weitgehend gelungen war, sich einer eindeutigen Parteinahme zu enthalten, veröffentlichte am 15. September eine ausgewogene Pro-und-Contra-Diskussion. Während die Contra-Position, formuliert von der Gruppe »Welt in Umwälzung« darauf verwies, daß »alle, die militärisches Eingreifen verlangt haben«, auch »die Möglichkeit eines Krieges in Kauf« nahmen und damit »UN, Nato & Co. das Recht zusprechen, die Welt nach den Bedürfnissen von Arbeitszwang und Ausbeutung zu ordnen«, wurde die Pro-Kriegsposition, wie hätte es auch anders sein können, durch einen der Kopfabschneider-Phantasten von Watch Indonesia vorgetragen. »Polizeischutz für Wähler« fordert der Para-Außenpolitiker und hält ein seinem Beruf entsprechendes Angebot bereit:

»Auch wer die ›humanitäre Aktion‹ im Kosovo nicht befürwortete, sollte sich fragen, ob nicht mit zweierlei Maß gemessen wird, wenn man Osttimor anderen oder gar sich selbst überläßt.«

Soviel zu den Debatten, die Zeitgenossen veranstalten, die sich noch immer und mit zunehmendem Widerwillen an der zugewiesenen Rolle von am linken Rande stehenden Politikern und Meinungsmachern im Wartestand abarbeiten müssen. Andere sind da schon weiter. Zum Beispiel die PDS. Der Mainstream der veröffentlichten Meinung geht inzwischen davon aus, das Timor-Spektakel sei zwar für die außenpolitischen Interventionspläne der BRD wenig fruchtbar gewesen, immerhin aber habe es zur allgemeinen Wehrertüchtigung beigetragen. Außer der PDS bezweifle heute niemand mehr die Notwendigkeit »humanitärer« Interventionen. Das stimmt nicht ganz. Zwar verweigerte sich die PDS-Fraktion im Bundestag der Zustimmung zum Timor-Abenteuer, doch läßt man keinerlei Unsicherheit über die prinzipielle Berechtigung des Anliegens aufkommen. Wolfgang Gehrke, seines Zeichens »Vize-Fraktionschef« der PDS im Bundestag, machte in einer Presseerklärung vom 10. September deutlich, die Uno dürfe »keine Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie die Osttimoresen nicht schutzlos läßt«. Und selbstverständlich hat Deutschland dabei mal wieder »eine besondere Verantwortung«. Carsten Hübner, ein Mann mit der verantwortungsvollen Position eines »menschenrechtspolitischen Sprechers« der PDS, bringt die Verwendung des Technischen Hilfswerkes im Pazifik ins Spiel. Das dürfte nicht allzuweit von dem beschlossenen Einsatz eines Sanitätstrupps entfernt sein.

Realismus ist ja bekanntlich eine selbsternannte Stärke der Ost-Integrations-Partei mit westdeutschen Ambitionen. So kommt ihr denn auch die Rolle zu, gegenüber dem Fischerschen Übereifer eine strategisch orientierte nationale Gesamtperspektive zu entwickeln. Ein Kommentar im »Neuen Deutschland« (5.10.) bringt die aktuelle Debatte innerhalb der PDS auf den Punkt: »Beim Thema Bundeswehreinsätze wird es schwer für demokratische Sozialisten. ... Sag mir, wie Du zu Militäreinsätzen stehst, und ich sage Dir ... Ja, was eigentlich? Daß Pazifismus ein Idealziel ist? Daß man Kompromisse schließen muß, wenn es um Einsätze der Bundeswehr im Ausland geht?« Den Ausweg weise »ehrlicher Streit, der etwas mehr an Klarheit bringt«. Denn eine klare Ablehnung deutscher Weltmachtambitionen ist von dieser Partei schon wegen der »besonderen Verantwortung Deutschlands« nicht zu erwarten. Insofern dürfte sich die im Kommentar »angedachte« Perspektive für die Partei des besseren Deutschland als fruchtbar erweisen: »Nein sagen zur Unterstützung jeglicher US-Weltmachtgier ist eine Sache. Tragfähige Alternativen wider Völkermord und Menschenrechtsverletzungen zu entwickeln eine andere.«

Immerhin, die Zuständigkeit Deutschlands für die verantwortungsvolle Ausfüllung weltpolizeilicher Funktionen wird nicht nur nicht bestritten, sondern ausdrücklich gefordert. Jedoch in eindeutiger Abgrenzung von der Nichtabgrenzung der Fischer-Linie gegenüber dem atlantischen Noch-Bündnispartner. Denn diese hat zwar in der Tat den militärischen Durchbruch in der deutschen Außenpolitik vollbracht, leidet aber nach übereinstimmender Auffassung aller Konkurrenten der Regierungskoalition – also nicht nur der PDS – derzeit an mangelnder Akzentuierung weitergehender Interessen gegenüber den anderen Weltmächten. Dennoch wird auch eine solcherart national formulierte Außenpolitik, sollte sie denn je Chancen auf Verwirklichung bekommen, in Indonesien wie anderswo in der Welt nicht nur mit der »Weltmachtgier« der verhaßten Yankees konfrontiert sein, sondern auch ganz wesentlich mit heimischen Interessen. In Indonesien beispielsweise werden deutsche Menschenrechtskämpfer, ob nun aus Technischem Hilfswerk, Sanitäts- oder Elitetruppen bestehend, auch mit den Ergebnissen der seit den frühen 70er Jahren florierenden deutsch-indonesischen Rüstungspartnerschaft Bekanntschaft machen. Nicht zuletzt mit 39 Kriegsschiffen aus der Erbmasse der DDR-Volksmarine, ein Mitbringsel Helmut Kohls für seinen »Männerfreund« Suharto. Ein Mitbringsel, das zu überreichen erst der Untergang der DDR und die deutsche »Wiedervereinigung« ermöglichten. Beides Ereignisse, die, einem Grundbekenntnis der PDS zufolge, »demokratischem Sozialismus« in Deutschland erst wieder die verdiente Chance gaben.

Konkret 11/99, S. 44

Gerhard Scheit

Friß die Hand

Unaufhaltsam verhaidert Österreich:Statt bekämpft soll die FPÖ »integriert« werden

Israels Staatspräsident Weizman hat Österreichs Juden geraten, angesichts des jüngsten Wahlerfolgs von Jörg Haider das Land zu verlassen und nach Israel zu emigrieren. Die größte israelische Tageszeitung »Yedioth Ahronoth« erschien mit der Schlagzeile: »Jeder vierte Österreicher hat einen Neonazi gewählt«. In den Medien Israels wurde an die verschiedenen Äußerungen Haiders erinnert, in denen er etwa die »Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs« positiv hervorgehoben, der Waffen-SS Anständigkeit bescheinigt und die Vernichtungslager als Straflager definiert hatte.

Bayerns Ministerpräsident Stoiber hat der ÖVP, Österreichs Christlich-Sozialen, geraten, angesichts des Haiderschen Wahlerfolgs mit dessen Partei zu koalieren. Die politisch einflußreichste deutsche Tageszeitung, die »Frankfurter Allgemeine«, brachte einen Leitartikel, in dem den österreichischen Sozialdemokraten empfohlen wurde, »die Freiheitlichen einzubinden«, obwohl Haider »einige Böcke« geschossen habe – womit vermutlich Äußerungen wie das Lob der »Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs« gemeint sind – , erinnerte aber vor allem daran, daß der »primitive Antifaschismus« unter dem früheren Bundeskanzler Vranitzky es Haider ermöglicht habe, »im ›proletarischen‹ Wählerrevier« so erfolgreich zu wildern.

Die Stellungnahmen aus Israel und aus Deutschland bezeichnen die beiden Koordinaten, die erfassen muß, wer die Bedeutung des aufhaltsamen Aufstieg des Jörg Haider ermessen will: das untrügliche Gespür für die nahende Gefahr – der Machtinstinkt für nahegerückte Ziele.

Dabei droht womöglich auch in Israel ein Verlust jenes Gespürs: Die Journalistin, die Haider fürs israelische Fernsehen interviewte, meinte danach, er habe einen positiven Eindruck gemacht; der Journalist Gad Schimron beteuerte, man werde von Haider »niemals ein böses Wort über Juden hören«. Das Problem besteht allerdings darin, daß Haider gerade deshalb so gefährlich ist, weil er ein solches Wort öffentlich nicht ausspricht, sogar einen Journalisten jüdischer Herkunft als Vertreter im Ausland anstellt – und zugleich alle antisemitischen Tendenzen im eigenen Land und unter seiner stets wachsenden Anhängerschar fördert. Seit Mitte der achtziger Jahre eilt er von einem Erfolg zum andern, indem er gegen die »Überfremdung« und »Umvolkung« mobilisiert. Nur scheinbar richtet sich dieser Rassismus ausschließlich gegen »Wirtschaftsflüchtlinge«, gegen jene also, die weiter ›unten‹ sind und am höheren Produktivitätsniveau partizipieren möchten. Er ist in diesem Nachfolgestaat des Dritten Reichs stets mit einer Orientierung verbunden, die einen Angriff ›von oben‹ phantasiert – und in der Rede von ›Heimat‹ oder ›Identität‹, die Haider und seine Parteigenossen pflegen, ist beides auf den Punkt gebracht. Die permanenten Attacken auf »die Politiker« und »die Bürokratie«, die Reduktion aller ökonomischen Probleme einschließlich der Arbeitslosigkeit auf die Steuerlast, die von der »arbeitenden Bevölkerung« getragen werde, entspricht präzise einer antisemitischen Projektion, die im Inneren der Partei und im Bewußtsein ihrer Anhänger lauert: Die Steuern sind nur der Ausdruck der hohen Zinsen, und die Politiker nur die Handlanger der Spekulanten auf den Finanzmärkten.

Anders als im Falle des ›gewöhnlichen‹ Rassismus gegen »Ausländer« wird hier allerdings kaum ausgesprochen, wer konkret gemeint ist. Manchmal wird von »Freimaurern« geraunt. So beschuldigte Haider mehrfach Vranitzky, »außerösterreichische Aufträge« zu erfüllen: »Vranitzky ist ein Bilderberger – ich weiß, daß die Freimaurer da vieles anschaffen« (»Kurier«, 21.6.95). Bezeichnungen wie »Finanzjudentum« fehlen bisher im offiziellen Diskurs der Freiheitlichen. Nur in extremen Situationen kommt etwas vom inneren Diskurs dieser Bewegung zutage: nicht zufällig bei jenem Innsbrucker Parteitag von 1986, bei dem Haider die Macht ergriff. Der gestürzte Repräsentant des Liberalismus – Norbert Steger – wurde vom jubelnden Parteimob als »Jud'« bezeichnet und mit »Erschießen« und »Vergasen« bedroht.

Dieser Gegensatz von öffentlicher Correctness und privatem Antisemitismus kennzeichnet freilich die österreichische Gesellschaft als ganze, und reproduziert sich auf allen ihren Ebenen, auch innerhalb der Öffentlichkeit: so etwa zwischen dem korrekten staatlichen Fernsehen und der rassistisch-antisemitischen »Kronen-Zeitung«. Haider aber ist der erste, dem es gelang, ihn zu handhaben und politisch funktional zu machen. An der Oberfläche spielt er geradezu in postmoderner Manier mit den Elementen von Philo- und Antisemitismus: Einmal bezeichnet er seine »Bewegung« als die »PLO von Österreich«, ein anderes Mal sieht er sich und seine Parteigenossen »als die Juden von heute« – je nach dem, in welchem Licht er sich gerade erscheinen lassen will. Denen aber, die ihn wählen, weiß er stets – wie mit einem Augenzwinkern – zu vermitteln, welches rassistische Wesen dem Spiel der beliebigen Erscheinungen zugrunde liegt (vgl. meine Artikel in »Jungle World« Nr. 16/98, 12/99, 23/99 und »krisis« Nr. 23/99). Man muß schon genau hinhören, um das Ungeheuerliche wahrzunehmen: Wenn Haider etwa im Interview des israelischen Fernsehens sagt, aus der Vergangenheit lernen heiße, in Frieden mit seinen Nachbarn zu leben, und anfügt, in Israel gebe es da Probleme, nicht aber in Österreich und Kärnten – dann haben die Seinen schon verstanden: Die Juden haben nichts gelernt aus der Massenvernichtung der Juden.

Da es in der österreichischen Öffentlichkeit nicht mehr gelingt, die Proteste aus Israel net amol zu ignorieren – neben Weizman meldeten sich auch Premier Barak, Außenminister Levy, Ex-Premier Perez u. a. mit weitsichtigen Bemerkungen zu Wort – , formiert sich rascher noch als in der Waldheim-Affäre eine Heimatfront, die das Land verteidigt gegen – wie es heißt – »ungebührliche Äußerungen«, »Einmischung in österreichische Angelegenheiten«. Diesmal aber stehen an vorderster Front und damit in einer Reihe mit Haider nicht nur ÖVP-Politiker, sondern der sozialdemokratische Bundeskanzler selbst und der Chef der Grünen Van der Bellen. Dieser kündigte sofort eine »Image-Tour« im Ausland an; jener »verwehrt« (sic!) sich dagegen, »Österreich als rechtsextremes Land darzustellen«. Beide sind sich einig, daß die Haider-Wähler keine Nazis seien, sondern »Protestwähler«. Und wirklich sind es ja alle Protestwähler: Sie protestieren für mehr staatlichen Rassismus.

Mit charakteristischer Drohgebärde »verwehrte« sich der sozialdemokratische Bundeskanzler auch dagegen, daß der Außenminister Israels ankündigt, die diplomatischen Beziehungen zu Österreich zu überprüfen. Hier spricht mit schwerer Zunge ein neues nationales Selbstvertrauen. Kein Wunder, denn anders als in der Waldheim-Affäre gibt es nun offenen Zuspruch aus Deutschland. In beiden NS-Nachfolgestaaten weiß man: Ohne jenen Zusatz an Rassismus und Antisemitismus, für den Haider steht, kann in der Krise nicht mehr Politik gemacht werden. Und jemand wie Stoiber verkörpert bereits jenen Typus, der Haider und den Rest der Demokratie in sich versöhnt hat. Die »Süddeutsche« (5.10.99) rät ganz im Geiste Stoibers, Haider »in die Regierungsverantwortung einzubinden, um ihn so der Mythen zu entkleiden, aus denen er seine Kraft schöpft, ohne sie je beweisen zu müssen«. Aber die schwach gewordenen Partner hoffen doch gerade aus seinen Mythen neue Kraft zu schöpfen. Der Leitartikler der »FAZ« ist da ehrlicher, aber auch raffinierter: »Wie nirgendwo sonst trifft im Goethe-Jahr das Wort des auch am Wiener Ring verewigten Dichterfürsten auf das Parteiengefüge und die Lage Österreichs insgesamt zu, wonach das Fremdartige nicht abzusondern, sondern füglich zu verschlingen sei.« Mit dem Fremdartigen ist in dieser üblen Verdrehung Haiders Politik gemeint, die Fremden auszusondern. In diesem »Fremdartigen« wird die Demokratie in Deutschland und Österreich ihr Eigenstes wiedererkennen.

Konkret 11/99, S. 45

Jürgen Roth

Buch des Monats: Das granitharte Ungefähre

»Ein unvorstellbarer Schwachsinn kurbelt an unserer Staatsmaschine.«
Thomas Bernhard

»Wenn man in Deutschland gezwungen ist, einen öffentlichen Abort aufzusuchen, ist man allen Übeln ausgeliefert.«
Jörg Uwe Sauer

Aristophanes parodierte Euripides, Cervantes den Ritterroman, Fischart, Shakespeare, Swift, der fabelhafte Henry Fielding und die noch viel bessere Jane Austen nutzten weidlich die Travestie, dito Joyce, Eliot, Keller, Nestroy und jeder, dem zu trauen war und ist. Die Aufklärung (Wieland, Lichtenberg) kannte das Hinundher der parodistischen Pamphlete. Daß Goethe und Schiller via *Xenien* gegen die angeblich flachen Albernheiten einschritten, sagt einiges; wenn nicht alles.

Jörg Uwe Sauers Roman *Uniklinik* greift nicht in einen wie immer gearteten Kampf um den heute adäquaten epischen Stil ein. Sein Opfer, Thomas Bernhard, ist tot, das hiesige Hauptfeuilleton seit zirka 1961 mit sich selbst und den Forderungen ausgelastet, bittschön endlich wirklichkeitsnahe Gegenwartsromane vorzulegen.

Realität war Bernhard ein irrelevanter Bezugsrahmen. Er konstruierte klinische, rhetorisch hypertrophe Szenerien. Die Eliminierung außerliterarischer Referenzen zugunsten gigantischer Satzketten, manischer Wortwiederholungen und retardierender Beschimpfungen mag ein Reflex auf die »Entfremdung« des Alltags, der Politik und der Kultur gewesen sein. Sie könnte indes genauso gut Strategie der Erzeugung einer unterschätzten Textsorte genannt werden – des komischen Romans, der Erzähltraditionen für nicht bindend erklärt und ein herrlich heilloses Durcheinander anrichtet, narrative Techniken destruiert, Figuren ihre Lebensfülle und Konsistenz entzieht und einen Sound erzeugt, der heterogen, bisweilen abstrakt ist.

Im Beurteilermilieu hat sich der Terminus »Rollenprosa« kaum etabliert. Nicht umsonst erkannte Eckhard Henscheid, Virtuose der Rollenprosa, bereits 1973 den »Krypto-Komiker« und »mächtigsten Spaßmacher« Thomas Bernhard (»Pardon« 7/73; nachzulesen in: *Meine Jahre mit Sepp Herberger – Neue Feuilletons*, Berlin 1999), dessen »Katastrophen-Komik«, ja »hoffnungslos komische Prosa«. »Komisch daran«, konstatierte er, »ist das haarscharfe Auseinanderklaffen von spontaner Überzeugungskraft und totaler Unausgewiesenheit solcher Sprüche: ihrer querulantischen, verallgemeinernden und meist superlativischen Abstraktion und Übertreibung.«

»An jedem Morgen«, spricht der Erzähler Franz-Josef Murau in Bernhards voluminöser *Auslöschung* (1986), »in den wir hinein aufwachen, müßten wir uns für dieses heutige Österreich zutode schämen ... In Rom und wo immer in der Welt, Gambetti, dachte ich jetzt, habe ich zu Gambetti gesagt, geht uns dieses Österreich nichts mehr an. Wohin wir in diesem heutigen Österreich gehen, wir gehen in die Lüge hinein, wohin wir in diesem heutigen Österreich schauen, wir schauen nur in Verlogenes, gleich mit wem Sie in diesem heutigen Österreich reden, Sie reden mit einem Lügner, Gambetti, habe ich zu Gambetti gesagt, dachte ich jetzt an der offenen Gruft.« Murau wuchs zu Wolfsegg auf und floh erst nach Oxford, seine Existenz zu retten, denn das österreichisch Katholisch-Nationalsozialistische münde unweigerlich in die »Katastrophe«, weshalb er Rom schließlich erwählt und (schreibend) versucht, die brutale Wolfsegg-Vergangenheit »auszulöschen«.

Dabei bedient er sich der Übertreibung, er, »der größte Übertreibungskünstler, der mir bekannt ist« (Murau). Sauers Ich-Erzähler verließ Wien und die ebenda wirkenden Muraus, Bernhards, Peymanns, und er übertreibt seinen Bericht, spricht aber nicht; verweigert Kommunikation, die omnipräsente indirekte Rede, weil jene kann er, der zu notieren beginnt, was – nun – an der Universität Essen vorfällt, umschiffen – als durch irgendein Wiener Ereignis der Artikulation beraubter Chronist.

Dieses Essen geht ihn nichts an, doch es geht ihn an. Er steckt sozusagen volle Malaise drin – mit dem Assistenten, dem Stimmen- und besonders Reich-Ranicki-Imitator (kennt Sauer Henscheids diesbezügliche frühere Auftritte?), dem Kulterer und der kettenrauchenden Mathilde täglich in der Cafeteria der Universität Essens. Von hier nimmt das Geschehen seinen Gang, hier kehren sie ein, wenn sie nicht Bernhardsches Holzfällen praktizieren – zwecks Geistgymnastik und Erträglichmachung der gesammelt-verrammelten Geistvernichtungsnichtvorfälle.

Denn wenig passiert. Jeder repetiert für und für das Fatum des ohnehinnigen Seins des Daseins (Heidegger-Parodien, eine Kernerfahrung früher Semester, fehlen ebensowenig wie leitmotivische Lacan-, Hegel-, Wittgenstein-, Freud- und Sonstwas-Pastichen). Niemand kann als Herr seiner selbst gelten, lediglich Knecht der erdrückenden Begebenheiten und »Zuhandenheiten« (Heidegger-Sauer) der allzeit vorgängigen Geistverstörung, -verbiegung und konsequent immer schon -

zerstörung. »Das Kranksein«, meißelt Sauer auf Seite eins in die Säulen der *Uniklinik*, »ist diesem sogenannten Denkort *a priori* inhärent«, genau, a priori kursiviert und inhärent.

Sauer verfügt über erhebliche Quanten an Bernhard-Kenntnis und Takt. Sein monströses Pasticcio gewinnt Feinheit, wo klassische Pasticheoperationen, etwa Raymond Queneaus berühmte *Stilübungen*, zur läppischen Karikatur geraten. Er weiß mit den prima Wörtern »dies/diese/dieser« und »praktisch« zu hantieren und eine Konfusion und zusehends totaler werdende Verwuselung zu erzeugen, welche die Unwirklichkeit des Geschilderten als immanente und praktisch inhärente Wirrheit aus- und darstellt – und dergestalt, pausenlos in sich kreisend, Unbestimmtheit produziert, die – Pardon – Spitzenliteratur wesenseigen ist. »Aufgabe des Dichters ist«, kündet Sauers Aristoteles-Motto hinterfotzig und wahr, »mitzuteilen ..., was geschehen könnte, d. h. das nach den Regeln der Wahrscheinlichkeit oder Notwendigkeit Mögliche.«

Möglich ist viel, und das Mögliche ist das Notwendige, und das Notwendige ist das unters Joch des Allgemeinen gezwungene Besondere – der Nukleus der Sauerschen Poetik, Bernhard verstehend und verbessernd. Seite eins, das reine granitharte Ungefähre und Chimärische und konstitutiv Desaströse jener Erfahrung vorbauenden und alle Erfahrung vernichtenden Essener Universitätsprozedur: »Diese Ansammlung von abgrundtiefer Dummheit und geistiger Unfähigkeit, wie sie sich in dieser Cafeteria manifestierten, diese praktisch schon geradezu professionelle Debilität zeigte mir mit aller Deutlichkeit die Begrenztheit des menschlichen Geistes auf, ja in gewisser Weise sogar in aller Offenheit eine wirklich allumfassende Geisteskatastrophe menschlicher Existenz, so dachte ich auf meinem Stuhl in dieser Cafeteria.«

In aller Deutlichkeit in gewisser Weise sogar in aller Offenheit eine wirklich ... – »etwas« (Sauer) läuft grundschief und verkehrt und nach den Maßgaben der Welt; und »praktisch gewissermaßen in deren Endphase«; und zwar in der Welt dieses Literaturmeisterstücks. Und jetzt könnten wir zitieren, zitieren, zitieren. Selten bot ein Buch sich an, das derart konsequent zu preisen wäre qua schlichter Wiedergabe; verlockend, die Klugscheißereien der Akteure zu dechiffrieren; verlockend, das Netz der Bezüge, Reprisen, Doppelungen, Fragmente, Hegelherrschaftsprobleme, Hölderlinhalodrineien zu entzurren. Soll der Leser selber machen. Sauer sitzt auf seinem Stuhl wie der cafeteriadenkende Erzähler (Achtung! Identisch mit, siehe Bernhard, dem Autor!) und kurvt über die »Klaviatur« (Sauer; welch hinterhältiger, indes paßgenauer Begriff) gleich Bernhards Schopenhauer und Sauers Bernhard: Wir hören *Watten* und konstatieren: Metaliteratur! Peymanns Regietheatertorheiten; *Holzfällen*; *Auslöschung*; und zwischen nichts bewegendem und keine Erkenntnis beförderndem Gelaber, zwischen der Auszehrung des Sinns und seriell-artistischen Umständlichkeiten und Invektiven gegenüber Schiller, Goethe, dem deutschen Essen, dem deutschen Geisteszustand und jedem Beteiligten, ballen sich, durch keinen Absatz, keine Bedeutungszäsur – siehe *Auslöschung* – gebremst, die horrendesten Verwicklungen, beispielsweise die Klage betr. Droste-Hülshoffs fatalster Wirkung auf Mathilde, die (bald) obskure, schizophrene, mehrfach benamste Liebhaberin des Erzählers – nämlich der *Judenbuche*, die, analog zur Buchenakademikerwaldzerstörung, das Bewußtsein lichtet, nichtet und »naturgemäß« zerhackt: »Mit einem Mal habe sie sich an die sicherlich dümmste, langweiligste und abgeschmackteste Novelle des gesamten deutschen Sprachraums, vielleicht sogar aller Sprachräume, erinnern müssen: an Annette von Droste-Hülshoffs *Die Judenbuche*. *Die Judenbuche* sei eine jeden gesunden Geist bis zur absoluten Entwicklungsunmöglichkeit zernichtende Lektüre. Hoffnungsfrohe, junge und kerngesunde Geister seien durch Annette von Droste-Hülshoffs *Die Judenbuche* gleich reihenweise ausgelöscht worden ... Sie selbst, also Mathilde, sei der Lektüre von Annette von Droste-Hülshoffs *Die Judenbuche* als Vierzehnjährige in ihrer Schulzeit wochenlang völlig schutzlos ausgeliefert worden. Annette von Droste-Hülshoffs *Die Judenbuche* habe bei ihr einen nachhaltigen geistigen Schaden hinterlassen, sie habe nach der Lektüre dieses jeden Geist zerrüttenden Werkes monatelang nicht mehr gesprochen« usf.

Das grundverstörte, ermattete Personal, insonderheit der nächtens Freuds Traum »Irmas Injektion« abspulende Erzähler, salbadert mit vielerlei Zungen, sozusagen fremdgesprochen, stets dasselbe – ohne »Farbe«, ohne »Sinnlichkeit« (R.-Ranicki). Nein, das erstarrte, monolithische Geeier, Kontrapunkt zur realistischen Doktrin der Verknappung, führt die Selbstidiotisierung des Geistes vor und zeitigt den schönen Effekt, den Begriff des Geistes schlechthin zu desavouieren.

Man müßte sich umbringen, darauf kommt’s heraus. Es ist verrannt, verfickt. Alles rumpelt dem Ruin entgegen. Der Professor bleibt unter einer holzgefällten Buche stehen, landet im Krankenhaus und wird verrückt – wahrscheinlich, weil er über Bernhard, indirekt geredet, urteilte: »diese substantielle Bösartigkeit, diese permanenten Wiederholungen, diese gigantischen Übertreibungen, diese massenhaft vorkommenden Selbstmorde, die Abschweifungen, der fast unlesbare Stil und die viel zu häufige indirekte Rede in seinen Prosawerken seien die auch für den dümmsten Literaturwissenschaftler noch eruierbaren Zeichen totaler geistiger Verrottung«. Allerdings, der »nicht aufzuhaltende allgemeine Marsch des Zeitgenössischen in die Debilität zeitigt plötzlich Schmelz, eine fast lyrische Komik« (Henscheid), je länger die Sätze schlingern; und nicht unbedingt dort, wo der Erzähler das Spiel der Referentialisierung und der akademischen Rituale, d. i. Zitierwahnsinn (man trinkt Grabbe, monologisiert hegelianisch) und sonstiges Dickemachen, unterbricht und selbstreflexiv zu erkennen gibt: »ich traf also Krankenschwester Barbara, was sich völlig idiotisch liest«; sondern wo er seinen Second-hand-Existenzen in ihrem Verknüpfungszwang, autistischen Wissenschaftlerfetischismus und ihrer Substantivierungsobsession freien Lauf läßt.

Vielleicht ist Literatur erst als Zitat, Parodie, Anverwandlung richtig brauchbar, als deren Zerstörungsapotheose und zugleich Rettung, als komisches Protokoll der Geistesniedertracht der »Geistesnieten«, die einen so dumm nicht dünken: »Man kann genaugenommen auf deutsch überhaupt nicht denken, so dachte ich konträr zu Heidegger. Deutsch und Nachdenken, so dachte ich, das verträgt sich nicht, so dachte ich, hier in der Cafeteria mein letztes sogenanntes deutsches Brötchen verzehrend. Es half alles nichts, ich mußte diesen Raum, ja sogar diesen Sprachraum, jetzt endgültig verlassen, ich mußte von diesem deutsch-österreichisch-katholisch-nationalsozialistischen in den italienisch-römisch-katholisch-faschistischen wechseln, so dachte ich, zum letzten, sogar zum allerletzten Mal einen Abort der Universität aufsuchend. *Hitler war ein Nazi!*, so las ich vor dem Urinbecken stehend.«

Nicht der Ernstler Bernhard wird der Lächerlichkeit preisgegeben, die arme Sau. Sauer anerkennt Zeile um Zeile das Original. Aber die Übertreibung durch Übertreibung zu übertreiben, darin webt wohl die finstre Dialektik, die hervorragendsten Unfug generiert, jau. Wer größer ist, der ragende Bernhard oder sein Fortsetzer – keine Frage: beide. »Ein total verwirrtes Romanpersonal – ein gigantischer Verwirrer als sein Beschreiber«, lobte Henscheid den Österreicher. Sauer, mutmaßlich Henscheid-Leser, steht nicht nach. Daß er sich deshalb a) einen »versöhnlichen Humoristen« (»Frankfurter Rundschau«), b) einen »Trash-Poeten und Ruhrgebietssatiriker« (»Neue Zürcher Zeitung«), doch, einen »Ruhrgebietssatiriker« nennen lassen muß, der c) eine, hört Walter Hinck (»FAZ«)!, »Satire gegen geistigen Schlendrian an der Hochschule« verantworte, schreiben wir der Tatsache zu, daß die Herren des Hermeneutenclubs übersehen haben, daß sie selbst Gegenstand des Furiosoromans sind.

Was uns andererseits die Hölle freut – wie die beste mir bekannte Ödortdiagnose c/o Essen (»Der Begriff Geist an sich ist in dieser von unbewußtem Dasein angefüllten Stadt schon ein ungemein unbekannter«) und der Hinweis zum gerade, 13.30 Uhr Ortszeit Hessen, nobelpreisgekrönten G. Grass, »dieser habe allenfalls in jedem seiner Bücher nur *einen* guten Gedanken zu Papier gebracht«, und der sei, genaugenommen, strenggenommen meist ja auch gar nicht sehr gut, so denke ich, hier sitzend, Sauer der Leserschaft verordnend. Amen.

Jörg Uwe Sauer: *Uniklinik*. Residenz Verlag, Salzburg/Wien 1999, 222 Seiten, 38 Mark

Konkret 11/99, S. 50

Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe

Eine Danksagung

Es gibt sie noch, die Formulierung: »eine gelungene Inszenierung, die zum Nachdenken anregt«. Kaum zu glauben. Hab's aber leibhaftig eigenen Ohrs gehört. Ehrlich. Im WDR-Fernsehen, 19. September 1999, 22.10 Uhr, via Sendung des selig simplen, überzeitlich saublöden Titels »Kulturszene«. Und ich muß sagen: Beruhigend zu wissen, daß manch Scheiß bockeltrocken und rübenresistent unverwüstlich ist – trotz der röhrend roaring nullmedial nichtsnutzigen Nineties.

Gnade und Dank dem Betriebe.

Realität – Literatur: 28:0

Während unsereins im allerletzten Spätsommersud, angestachelt durch vorzügliche Gesprächspartner, den Plan faßt, ein Stück zu schreiben, dessen Personal zusehends falscher zu parlieren sich anschickt, nämlich sog. stehende Redewendungen entweder beiläufig oder vollabsichtlich verdreht und vermurkst, etwa – O-Töne Bott, Conrad u. a. – : »Dem werde ich mal richtig Licht einschenken«, »Und da hab' ich mir den Meilenstein von der Brust gewälzt« bzw. »hab' ich die Hürde über die Schulter geworfen« – plästert am 19. September der gescheiterte Sachsen-SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Kunckel aus dem Fernseh', einen allerallerletzten Verlautbarungsakt vor seiner Demission als Landesvorsitzender begehend: »Ich habe mein Herz auch persönlich über die Hürde geworfen.«

Erneut keine Schnitte auf dem backblechflachen Terrain der planen Wirklichkeit sieht: die Literatur.

Barre kracht's

»Zusammenhalt ist das Gegenteil von Ironie«, schulmeistert Benjamin v. Stuckrad-Barre in einem jede Strauß-Familienepopöe übertrumpfenden und abstechenden Double-Interview der »Zeit« (9.9.99). Gemeint: sein herzensinniger Gemeinschaftswerbeauftritt mit Kantherfresse Christian Kracht zugunsten des Klamottenkontors Peek & Cloppenburg.

Zusammenhalt ist auch ein exzellentes Stichwort. Die Adoleszenz, gewöhnlich jener Lebensabschnitt, da man »Freiheit« sucht und Widerspruch ernten will, fördert offenbar – als Signum der neusten, durchs Feuilleton aufgemotzten dt. Poserliteratur – das generationenvereinende Glucken- und Bandenwesen. Den lesezermürbenden Kracht-Käse kann ja lesen, wer will (ich habe schon gelesen), dito Stuckrad-Barres »Roman« *Soloalbum* (Köln 1998) plus *Remix* und *Livealbum* (beide Köln 1999, letzteres enthält 1 prima Passage und den Satz »Ich bin doch kein Kleiderständer ... Und kein Model. Autor!«); das Gegenteil allerdings verursachte weniger Schmerz. Weil sie jedoch wichtig genommen werden möchten – der einzige Ausweg aus Eitelkeit und pfauenhaftem Entertainerautismus – , halten die Bauernbeaus den »hämischen Journalisten« (*Livealbum*) resp. Literaturverwaltern »panische Besitzstandswahrung« vor und ziehen, unterwegs in Sachen persönlicher Standortpolitik, jungunternehmerisch die Schrauben an: »Stuckrad-Barre: Ich kann diese dauerironischen Betrachtungen nicht ertragen, in denen mittels völlig haltloser elitärer Distanz gleichmachend berichtet wird über egal was: die Love-Parade, Gerhard Schröder, Verona Feldbusch, die Sonnenfinsternis, das Goethe-Jahr, daily Talks – oder eben sogenannte Popliteratur. – Kracht: Diese Gesellschaft ist so ironiedurchtränkt, daß es für uns arrogant und vermessen wäre, eine ironische Haltung zu beziehen. – Stuckrad-Barre: Vollkommen wahllos wird pro Saison ein Buch herausgegriffen und gegen die unsrigen gestellt.«

Mehr noch: »Die Kritik«, stöhnt der zur »BamS«-»Show-&-TV«-Drohne (vgl. 26.9.99) hochgeschranzte Möchtegernrockstar und lupenreine – und sonst nichts – Journalist Barre – der »sich dann innerhalb dieser Nische allerdings so laut wie möglich zu verhalten« sucht, »ein ernstzunehmendes Verhältnis zu Pop hat« und »ernstzunehmende Dinge«, eine »ernstzunehmende Bar« und eine »ernstzunehmende Wolkenfront« (*Livealbum*) erkundet – , »verschweigt, worüber und wie wir eigentlich schreiben« – wie, um's zu klären, ihr schwafelt im Geiste der Authentizität.

So jung – und nix denn Krampf, Pamp, Paranoia und Kohle im Kopf. Und eine Ethik haben, Motto: »Junge Dichter bilden Gruppen« (»SZ«, 14.9.99). Gegen's Feuilleton. Pro domo. Parbleu. »Die ganze Welt soll Ich werden«, urteilte treffend die »Taz«. »Konsens ist ja«, resümiert Cloppenburger und Egoprolo Barre: »Eigentlich sind die meisten Menschen doof. Eigentlich sind die meisten Bücher nichtig. Eigentlich sind die meisten Lieder im Radio unerträglich ... Der Schluß daraus ist: Nischen suchen, kämpfen, besser sein, aufhören zu jammern.« Die Quintessenz seiner Kulturschriften *Remix*: »Er ist sympathisch, er ist nicht fett geworden«, der Grönemeyer. Tja, »die Kritik erdolcht sich damit selbst« (Barre).

J'accuse avec elitärer Distanzhaltlosigkeit: Ich weiß, ihr habt damit angefangen. Entschuldigt euch.

The Straußens

Seit den kölsch-narrischen Jeckenverwicklungen um Oberbürgermeisteranwärter Heugel (DM 15.000), der Dortmunder Sozi-Armenwirtschaft (DM 200.000 z. Hd. Bürostühle) und bayerisch speziellen Sauter/Stoiber-Doppelverwendungen und -verfehlungen (LWS-Minus DM 15 Millionen) spricht das dt. TV gern und breit und talkshowtranig über »Korruption« in öönsrrem Lande. »Jetzt fallen auch noch lange Schatten der Vergangenheit auf den Sumpf«, kommentierte, den Diskurs des Saustallwesens prolongierend, für »Bild« am 18. September 99 unser hochgeliebter Krachkopf Paul C. Martin unter der monolithischen Headline »Die Strauß-Familie« den mählich heranwälzenden neusten Augiasamigomist, welcher folgenden Tatbestand erfüllen soll: Kanadische Behörden hätten durch diverse Papiere des »deutschen Waffenhändlers« Karlheinz Schreiber nachgewiesen, daß ebenjener den Straußens ehedem 5,2 Millionen hinblätterte, die das Tochter/Söhne-Triumvirat Monika (Hohlmeier), Max Josef und Franz Georg als »Erbengemeinschaft« verwaltete. Hohlmeier war, heißt es, bis 1997 »an Schreiber-Firmen beteiligt«. Gegen Max wird wegen Steuerhinterziehung ermittelt. Der wehrt sich und tadelt den »Versuch, meine Geschwister mit hineinzuziehen«. Des weiteren schwirren Schreiber-Bestechungsgelder bzgl. Panzer für Saudi-Arabien und Airbusse im Raum.

Das »austrainierte« (J. Wontorra) Stoiber persönlich knatterte herzu und legte den Landesvaterarm um seine Moni: »Sie hat mir gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß sie hier zu Unrecht in Mißkredit gebracht wird und mit diesen Anwürfen nichts zu tun hat.« Und mit den ausdrücklich steuerfreien Undercoverkrediten? »Diese junge starke Ministerin hat meine volle Unterstützung« (Fast Eddie Stoiber) – und jene des Hauses Springer, das am 19. September »BamS«-zweiseitig beisprang, qua »Geschwister-Interview« und Familiensaga, einem doppelt und unzählbarfach vernagelten Schleimstiefel. Wir versuchen uns kurz zu fassen.

Moni, ventiliert man, schätzt an Franz Georg »den logischen Kopf«, weil der es bis »ins Lokalfernsehen« und aktuell zum »Münchner Radio Arabella« gepackt habe. Er, Franzl, ein Jahr älter denn ‘s bayerische Kulturministerin’l, ästimiert »ihre funkelnden rehbraunen Augen«, sie weniger dessen 38 Jahre alte, straußstrahlende Alkoholweißwurstpauswangen. Zusammen seien sie »wie die Eisbären« (Moni), »eine Rückhaltebank für alles« (Moni), ein Klärbecken und eine Geldstaustufe im reißenden Strom der Zeit, selbst, »als Bruder Max in eine Finanzaffäre verwickelt war«. Logisch.

Sie gediehen unterm schützenden Dach des »Palmenhauses« (Schloß Nymphenburg), wo Max und Franzl sich öfter mal eine Nymphe von der Palme wedelten oder klaubten oder was. Dann lud, zur Strafe und zum Streich, little Moni des ältesten Bruders drei Weiberlein ein, »auf sämtliche Stockwerke verteilt!« – »Wie Franz Georg an diesem Tag zumute war, kann man sich lebhaft vorstellen ...«

Gaudi, gute Erziehung, »vor allem zu Eigenständigkeit« (Moni), vulgo »christlich-konservativ«: »Das Motto unserer Eltern lautete: Verstehen, nicht parieren!« (Franzl). Verstanden. Also rattete sich die Gschwörl-Rotte in Rott am Inn zusammen. »Rott am Inn«, schwelgt Moni, »war ein Paradies für uns.« Weil’s rund »lief«. »Als seine Schwester«, ergänzt Moni die Ministerin, »habe ich von seinem stets analytischen, präzisen, logischen Denken profitiert. Und er ist so ein ungeheuer herzlicher Mensch.« Die Brüder rufen sie, gegenleistend, »zärtlich ›Maus‹«. »›Ich war ja auch ein halber Junge‹, lacht Monika« und präzisiert: »Wenn es bei uns rumst, dann richtig.« Man nennt es Geschwisterliebe hinter Klostermauern. »Wie war das, den Vater mit ganz Bayern teilen zu müssen? Was war er für ein Vater?« – »›So, wie er als Politiker war‹, sagt Franz Georg, ›weitsichtig, gerechtigkeitsliebend, herzlich, charmant und liebevoll.‹«

Na gut. Wir müssen schließen, um Willy Millowitsch sel. das Schlußwort zu übereignen: »Kölle allaaf! Tschüs, bis dann!« Jau. Japs. Und Max macht’s?

Autofahrer Goethe

Was das Goethe-Jahr an passablen und straßenfestfidelen Feierlichkeiten gebracht hat, sei dahingestellt, meistenteils wahrscheinlich kaum ernstzunehmenden Popplodder und TV-Schmutz. Nach dem 28. Geburtstags-August vermochte immerhin die Zeitschrift »auto motor und sport« (19/99) durch den pünktlich zur IAA abgelieferten Beitrag »Via Francoforte« zu überzeugen. Goethe und die Tiere, Goethe und die Marmelade, Goethe und der PKW – warum nicht »steht zu vermuten, daß Goethe höchstselbst angereist wäre« zwecks IAA-Visitation, »als einer, der von der Frankfurter Luft hinausgeweht worden ist in die große weite Welt«? »G. wäre mit der letzten Fähre des Tages, im letzten melancholischen Licht, von Procida nach Neapel übergesetzt, um in kühler, ruhiger Nacht gen Norden zu fahren. Sein Auto wäre – soviel steht fest – ein klassischer italienischer Gran Turismo.« »Diese nichtsnutzigen Zeitungen« (Dashiell Hammett), den größten Abfuck und Blechkopfmampf drucken sie. »Seit 1951 müßte es aus beruflichen Gründen ein Lancia Aurelia Coupé sein: Der GT B20 ist ein Gedicht.«

Ich aber sage: Goethe war Treckerpilot, begeisterter – und das ist jetzt wirklich der hinterletzte G.-Beitrag, voll auf den Göbel-Punkt serviert.

Dehm, die letzte Klappe

Roger Willemsen, freischaffend, wirbelt für Artes »Themenabend« »Das Geschäft mit der Lust« spesenritterlich über »gleich vier Kontinente« (»Hamburger Abendblatt«), wuselt durch ungezählte Bordells und »erzählt von ihm angezettelte oder protokollierte Anekdoten«. Der ähnlich klatschtantenhafte Ex-SPD-Dummian und heutige irgendwas stellvertretende PDS-Vorsitzende Dr. »Soziologe« Dieter von und zu Dehm muß sich mit der Rubrik »Denkzettel« des »Neuen Deutschland« begnügen und legt ebenda mehrere ab, bspw. habe er »zuletzt geweint«, »als Oskar zurücktrat«; und »welches Kunstwerk haben Sie nie verstanden?« Das eine, welches heißt: »Jedes gegenstandslose.« »Was« indes »müßte unbedingt erfunden werden?« Herr Dehm? »Ein radikal neuer Sozialismus ohne Erziehungsschikanen, mit starken privaten Kleinunternehmen und vergesellschafteten Großbanken und Konzernen, also auf breitester demokratischer Klassenbasis.«

Wie zu hören, dreht das Kapital bereits schön große Kati-Witt-Kulleraugen hinter seinem dicksten, stahlhärtesten Marmorbrett vorm Denkzettelkasten, ergo Klassekopf. Klappe, Dehm!

Kein Dank

gebührt dem Deutschen Rock- & Popmusikerverband e. V. Lüneburg. Nach gschamig eingehaltenen zwei Jahren publizierte er eine CD der Hannoveraner Band Luxory, der zweiten Preisträger des 15. Bundesrock- & Popfestivals 1997. »Über 1.500 Popgruppen und SängerInnen« verwiesen sie auf die Plätze und machen nun »die Menschen, die Musikindustrie ... aufmerksam«, grunzt Ole Seelenmeyer. Womit? Einer schwerlich je gehörten, praktisch nicht klassifizierbaren Tortur des Tons; einem D-Pornokinosoundtrack und Spätdiskowahnsinn, vor dessen Rezeption wir energisch warnen.

»Diese Dokumentations-CD zum 15. Bundesrock- & Popfestival Deutscher Rock- & Poppreis 97’ in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland wurde als Förderprojekt des Deutschen Rock- & Popmusikerverbandes finanziert durch die Kulturstiftung der Länder aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern und der Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten (GVL).«

Deshalb.

Konkret 11/99, S. 52

Mathias Wedel

Das döofste Volk der Welt

Gibt es doofe und weniger doofe Völker? Können Urteile über die gesellschaftliche »Gemütslage«, Psyche oder »Mentalität« überhaupt etwas anderes sein als hanebüchene Simplifizierungen (»Russen brauchen eine harte Hand«), fahrlässige Verallgemeinerungen (»Amerikaner sind zu fett«), zielstrebige Konstruktion von Feindbildern (»Serben kennen kein Mitleid«) oder satirische Überzeichnungen (»In jedem Deutschen steckt ein Hitler«)?

Natürlich gibt es dämliche und weniger dämliche Völker! Völker, die sich »mental« (wie die Schweizer) oder politisch oder sehr praktisch eingemauert haben – oder haben lassen müssen – oder geographisch ein Inselleben führen, eignen sich hervorragend zu ethnischen Betrachtungen. Irgendwann werden sie geschichtlich auffällig, denn sie reduzieren notgedrungen ihre kulturellen und zivilisatorischen Radien. Mangel an Kommunikation, an Austausch, an Wettbewerb, an Auseinandersetzung mit dem Fremden macht stumpf, macht blöde. Den einen mehr, den anderen weniger aber mit offensichtlicher Tendenz.

Dabei kann das Blöde zeitweilig gerade als das Raffinierte, Schöne oder Edle gelten, solange das abgeschlossene Völkchen unter sich bleibt. Aber wehe, das Türchen springt auf! So haben beispielsweise die Albaner, die lange und als einziges europäisches Volk unter einem maoistischen Sozialismus litten, der sie nicht nur von der westlichen Welt, sondern zusätzlich auch noch von den Staaten des sowjetischen Sozialismus isolierte, die Bescheidenheit ihrer bäuerlichen und handwerklichen Existenz, ihre geistige und (volks)künstlerische Monokultur, die herrschende Gleichheit und Gleichmacherei, ihre rauhe Küche als erhaben (»natürlich«, »gerecht«) empfunden. Wenigstens, wenn man Radio Tirana glauben durfte (was man wahrscheinlich aber doch nicht hätte tun sollen). Als ihr Land plötzlich in Europa landete, taten die Albaner – die armen wie die etwas begüterteren gleichermaßen – Komisches: Sie tauschten ihre Herden in die Heimatwährung um und beteiligten sich kollektiv am Pyramidenspiel, das von ihrer Landesbank organisiert wurde. Nach kurzer Zeit war natürlich alles futsch. Und was machten die Albaner jetzt? Sie randalierten vor den Bankfilialen, bewaffneten sich und schossen selbstvergessen in den Himmel. Sie wollten ganz rasch ein gesellschaftliches System wiederherstellen, in dem es unmöglich ist, sich zu verspekulieren.

Über die Ostdeutschen kann man jede Menge ähnlicher Geschichten erzählen – und sie werden, gerade jetzt, wo es freiheitliche Jubiläen hagelt – reichlich erzählt. Sie haben alle dasselbe Muster: Als die Freiheit die Ossis überfiel, war ihre in der heilen DDR sehr nützliche, gewitzte Kleinbürgerei plötzlich nur noch komisch (im besten Fall). Sich aufs Sofa zu setzen und zu sagen: Mal sehen, wie lange der Staat das durchhält, daß ich nichts mehr verdiene, ist komisch. Sich nun aber einen Staat zurückzuwünschen, der einen nicht nur zur Arbeit bittet, sondern sogar zur Arbeit befehlen kann, ist albern.

Solche Geschichten erzählt eine Dame mit dem Pseudonym Luise Endlich wie am Schnürchen, und zwar in ihrem Werk *Neuland. Ganz einfache Geschichten*, das sich die Leute aus den Händen reißen, aus Zorn oder aber Schadenfreude. Sie ist Arztgattin und aus dem Westen und – hier kommt viel Schlimmes zusammen – durch eine Laune des Schicksals in Frankfurt/Oder gelandet. Beispielsweise dokumentiert sie, wie Ossis Lasagne mit den Fingern fressen, wenn sie sie nicht gleich mit den Lefzen vom Tellerrand ziehen. Und sich dann die Lippen lecken und sagen: So, das kenne ich nun; das brauche ich auch nicht mehr zu essen.

Diese Geschichte ist hunderprozentig wahr (wenn nicht, dann eben wahr erfunden). Das Schöne an ihr ist: Sie trifft gleich zwei Klischees. Beim Ostler: Die Wessis wollen uns sogar – nun schon seit fast zehn Jahren – beibringen, wie man mit Besteck ißt. Beim Westler: Der Ossi leidet unter unaufholbaren zivilisatorischen Defiziten.

Man könnte darüber lachen. Aber das tut der Osten nicht. Auch wenn man ihnen sagt, daß kein Volk der Welt, außer den Ossis, so dämlich wäre, sich beim Aufgehen einer Kaufhaus-Tür am Sonntag in die Arme zu fallen und »Wahnsinn, Wahnsinn« zu brüllen, sind sie verstimmt. Die z. Zt. zahlreich und bunt herumfliegenden Attribute für ihren Stamm – dröge, fremdenbissig, schafsnasig – erheitern sie nicht. Kein bißchen! Jeder Nadelstich ist einer zuviel. Denn vorher sind schon viele stete Tropfen gefallen, die den Stein höhlen sollten: Ein bayerischer und danach ein baden-württembergischer Ministerpräsident drückten aus, daß man Ostler, Leute mit einer quasi barbarischen politischen Kultur (Kommunistenfreunde), finanziell aushungern sollte. Ein Regierungssprecher – Hauser, wer kennt ihn noch? – drohte für weitere politische Fehltritte Kollektivstrafen an. Die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, höher geht's nicht, litt in wohlgesetzten Worten am ostelbischen Phänotypus. Ein westdeutscher Kriminologe – also einer, der sich mit Verbrechern befaßt – erklärte die vorpupertäre Phase der Ossis, die sie in Krippen und Kindergärten verbrachten, zur Ursache von rassistischer Gewalt und Fremdenhaß. Ein West-Soziologe warnte vor der »Verostung der Demokratie«, d. h. vor der Gewöhnung der Gesellschaft an faule, träge und hinterhältige Ossis, die sich ihren Anteil am Gemeinwohl über »Anspruchs- und Versorgungsdenken« sichern, statt endlich »Demokratie und Arbeit zu lernen«.

Zu allem Überfluß scheißen auch noch Satiriker auf dieses Brett: *It's a Zoni* heißt ein böses Buch aus der Edition Tiamat (weil auch ich darinnen stehe, will ich es hier nicht bewerten). In diversen Feuilletons reißt manchmal ein Ostler-Haß das Maul auf, als stünde die letzte Schlacht gegen die »Ehemaligen«, die Verlierer, die Gestutzten und Geneppten auf der historischen Tagesordnung. Plötzlich tun Autoren, denen Großdeutschland mal im Mondschein begegnen konnte, so, als wollten sie den Standort Deutschland von einem schlimmen Standortnachteil, dem Ossi, freikämpfen.

Natürlich wird übelgenommen, nicht nur im Osten. Zuweilen muß man sich dazu gehörig dumm stellen. Wie H. M. Broder im »Spiegel« (40/99). Der zitiert den »West-Berliner Verbal-Terroristen« Wiglaf Droste und bescheinigt ihm »dumm« und »noch stolz darauf« zu sein. Droste hatte formuliert: »Hätte man nach 1989 nicht doch sofort alle Zonis erschießen sollen? Oder wenigstens alle Thüringer und Sachsen? Zehn Jahre danach erscheint der Gedanke noch naheliegender (!), als er damals schon war. Aber so ist das: Hinterher ist man immer schlauer.« Es braucht schon denunziatorische Energie, solchen Schimpf nicht als Persiflage zu begreifen. War es nicht der »Spiegel«, der Wolf Biermanns Stoßseufzer erstveröffentlichte und immer wieder mal wohlwollend zitierte, die Gunst der Stunde, im revolutionären Rausch diesen und jenen an die Laterne zu hängen, sei leider vertan worden? Haben sich nicht, auch vom »Spiegel« angefeuert, eine Reihe von Bürgerrechtlern (ich zähle fünf) dazu hinreißen lassen, einem etwaigen blutigen Volkszorn blanko ihr Verständnis auszusprechen? Also, »Ossi-Erschießen« – die Erfindung eines kranken Autorenhirns ist das nicht. Und daß Sachsen und Thüringer sich dafür anbieten, dafür kann kein Autor nicht! Nur daß Droste diese Füsilierungsphantasien den guten Wessis unterstellt, das mag sie kränken.

Erschossen wurde nicht und wird nicht werden. Abgeräumt wurde trotzdem. Es gibt viele Tote, die überlebten. Die Ostler haben keinen Grund, erschrocken oder beleidigt zu sein, wenn man sie nach dem Leben zeichnet. Nach zehn Jahren kann die Lüge, die »Deutsche Einheit« heißt, nicht länger gedeckelt werden. Der Umerziehungskurs ist gescheitert. Da hilft nur Schwarze Pädagogik: Schlagen, bis sie lachen.

Konkret 11/99, S. 53

Georg Seeßlen

Triumph der Eventkultur

»Das XX. Jahrhundert – Kunst in Deutschland«. Eine Mega-Ausstellung in der Baustelle Berlin

Wenn ein Bild an der Wand hängt, darf man sich fragen, was es einem sagt. Einerseits: So wird es »gelesen«, aber mehr noch empfunden. Und andererseits mag man sich fragen, ob es »schön« ist und ob es mir entspricht. Wenn mehrere Bilder an der Wand hängen – sagen wir ein Dutzend oder zwei – , dann fragen wir nach dem Zusammenhang, nach ihrer Geschichte. Wir lesen eine künstlerische Biographie, eine thematische Struktur. Der visuelle Code kippt in Richtung des linearen und narrativen. Wenn in gleich drei Museen Hunderte (600, in 62 Abteilungen, um genau zu sein) von Kunstwerken ausgestellt sind, lange Wege und schwere Kataloge dazugehören, dann lesen wir nicht nur Bilder und nicht nur eine Geschichte der Bilder – wir können gar nicht anders, als darin eine Theorie der Kunst selber, zumindest die Bestimmung einer ästhetischen (und damit immer auch einer politischen) Epoche zu sehen. Jedes einzelne Bild ist Teil einer großen Antwort auf eine Frage, so fundamental wie: Was ist die Kunst? Oder eben: Was war die Kunst in Deutschland in einem Jahrhundert?

Der bildnerische Mega-Event simuliert die Historizität der Kunst um so beflissener, als diese sie in der Produktion ebenso wie in der Anschauung zu verlieren droht. Daher muß eine Ausstellung, um zum Event zu werden, mehr sein als ein nächstes Kapitel oder die Relektüre eines Kapitels der großen Kunst-Erzählung. Eine Ausstellung muß ein Ereignis werden, und schiere Quantität ist eines der Argumente (neben der Erlesenheit der Werke, der Kühnheit der Zusammenstellung, dem Versicherungswert der Exponate), die aus einer ästhetischen Installation einen Teil unserer Eventkultur machen. Tatsächlich wird also die Frage nach dem Wesen der Kunst, nach einem Sinnsystem, das zugleich in Allianz mit anderen Sinnsystemen und in Widerspruch zu ihnen sich entfaltet, mit jeder dieser Mega-Ausstellungen neu und ad hoc beantwortet. Das hat einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel zur Folge.

Früher mochte der »Bildungsbürger« eine beschwerliche Reise auf sich nehmen, um ein einziges Bild zu studieren. Er und vielleicht ja auch sie hatten so lange mit dem Subjekthaften in diesem »Gespräch« wenig Probleme, als es eine verläßliche Objektivität im Hintergrund gab. Als das Rumoren des Subjekts auf beiden Seiten dieses Dialoges zu heftig wurde, beantwortete das Bildungsbürgertum in Deutschland die subjektive Gewalt der Kunst mit einer objektiven Gewalt gegen sie. Das Bildungsbürgertum erklärte sein offenes oder heimliches Einverständnis mit der Faschisierung der Wahrnehmung unter vielem anderen aus der panischen Abwehr der ästhetischen Subjektphilosophie. Seine Nachfahren, die ästhetischen Eventjäger, die Flaneure der geöffneten Kunstgeschichte, nehmen das Bild als Gegenüber erst zur Kenntnis, wenn es in den Rang eines »Jahrhundertereignisses« erhoben ist und man dabei selber Teil eines medial verstärkten Meta-Bildes wird. Kunst ist nun nicht mehr das, was der subjektive Dialog will und was die objektive Anschauung bestimmt, Kunst ist, wenn es ganzganz viel davon gibt und ganzganz viele Leute daran teilhaben. Der zum ästhetischen Eventjäger mutierte Bildungsbürger bewundert mehr noch als das ausgestellte Bild die Schlange vor dem Eingang; die Kunst drängt, nur scheinbar paradoxerweise, so lange dazu, Teil der »Massenkultur« zu werden, die man gleich darauf wieder verachtet, daß das einzelne Bild vollkommen verschwindet. (Um nicht zuviel zu sagen: In beinahe jeder dieser Meta-Ausstellungen, die ja immer aus einer Dramaturgie des nur allzu Bekannten mit dem Überraschenden zusammengesetzt sein müssen, ist die Möglichkeit der einen oder anderen »Entdeckung« verborgen: In der »Megaschau« »Das XX. Jahrhundert« ist es vielleicht die Dada-Künstlerin Hannah Höch, die dann aber auch sogleich dem »Spiegel« den Einstieg in seine Story liefert.) Was wir im ästhetischen Mega-Event erleben, ist weder der Skandal noch die Musealisierung, sondern das Paradox einer unwiederholbaren Akkumulation.

Warum konnte diese bildungsbürgerliche Reise zu dem einen, mehr oder minder heilen Bild seinerzeit so glücklich gelingen, wie umgekehrt jedes der ästhetischen Mega-Events zugleich Euphorie und Unbehagen, Faszination und Langeweile hinterläßt? Unter anderem ist für den Reisenden in Sachen Kunst, der die persönliche Erfahrung des Bildes sucht, die »Sprache« Kunst eine denkbar sichere Angelegenheit. Er sucht ein Gesprochenes, weil er ahnen kann, daß dieses eine auch höchst persönliche Botschaft in einer allgemein verständlichen Sprache zu bieten habe. Der Besucher des Mega-Events dagegen sucht eine Antwort auf die Frage, wie denn überhaupt die Sprache beschaffen sein mag, in der man sprechen könnte, wenn das Meta-Ereignis nicht eben schon wieder den Eindruck vermitteln würde, es sei ohnehin nicht bloß alles, sondern eigentlich schon wieder viel zuviel gesagt. Wir sind von einem Mega-Event der Kunst nicht überzeugt, wenn wir uns nicht bis zu einem gewissen Grad »erschlagen« fühlen.

Verwenden wir jenes von Gerhard Schulze in seinem Buch über die *Kulissen des Glücks* benutzte Modell des »Drei-Sphären-Paradigmas« eines inszenierten Ereignisses in der Event-Kultur. Auf dreierlei Art werden wir von einem dieser inszenierten Ereignisse angesprochen: Man wird persönlich angerührt – subjektive Wahrnehmung; man ist Teil einer strukturierten, aber offenen größeren Gruppe von vielen Angerührten – intersubjektive Wahrnehmung; man wird Zeuge einer Aussage, eines wirklichen historischen, materiellen und semiotischen Geschehens – objektive Wahrnehmung. Eine

vierte Sphäre freilich, die »postmoderne«, ist die Wahrnehmung der Vermittlung selbst, die Medien-Wahrnehmung, oder, in unserem Beispiel, die Wahrnehmung der Räume und der Rhetorik des Events. Im ästhetischen Mega-Event wird aus der Inszenierung der Kunst die Kunst der Inszenierung.

Wir fahren in einem als »Museumslinie« deklarierten Doppeldecker-Bus von einem der drei Hauptschauplätze der Ausstellung zum anderen, um die sich drei Nebenschauplätze gruppieren. Diese drei Schauplätze bezeichnen auch die drei möglichen Präsentationsräume der Kunst überhaupt (sofern sie aus den Kreisläufen der Galerien und weg von der Provokation der Piazza hin zum Musealen sich entwickelt haben): Der umgewidmete Raum der bürgerlichen Erhabenheit – »Gewalt der Kunst« in Schinkels Altem Museum, »Geist und Materie« in der Neuen Nationalgalerie, Mies van der Rohes Bau, der selbst die Moderne repräsentiert, die er beherbergt, der Hamburger Bahnhof schließlich, das zum Museum gewordene Gebäude einer Geschichte von Fleiß, Industrie und Verkehr, – inszeniert sich als Weite und Labyrinth: »prinzip collage montage«. Fragmentierung der Wahrnehmung, das Zerschneiden und Neuerfinden von Körper, Raum und Erinnerung.

Der Ausstellungsmacher ist der Meta-Künstler am Ende des Jahrhunderts, so wie der Remix in der Pop-Musik die Komposition längst übertrumpft hat. Der »Chefinszenator« Peter-Klaus Schuster konstruiert sein erweitertes Triptychon gleich als »Jahrhundertbäder«, was ein durchaus treffendes Bild für eine Form von verflüssigtem Genuß sein mag, und darf sich, zumindest in der patriotischen Lokalpresse, als »Star« feiern lassen. Das Museum ist im Status des bildnerischen »Regietheaters« angelangt.

Ausgelegte Begehungspläne machen aus unseren Blickwechseln eine Choreographie; Freude und Furcht des Bildungsbürgers, zugleich Teil eines geschlossenen Systems zu sein und allein mit »seinem« Kunstwerk, dürfen sich nicht wiederholen. Der Mega-Event hat sein Material vollkommen pädagogisiert und rebelliert gleichzeitig im Namen des Meta-Kunstwerkes gegen seine Pädagogisierung.

Das ästhetische Mega-Event von Berlin unterscheidet sich von anderen seiner Größenordnung nicht zuletzt dadurch, daß es sich um eine Installation handelt, die um ein wenngleich fragwürdiges, ja vielleicht sogar imaginäres und verschwindendes historisch-politisches Zentrum gruppiert ist: *Deutschland* – auch wenn natürlich betont wird, daß Kunst dann doch national wieder nicht sein kann, und alles nationalistische, auch in der Kunst, mehr oder weniger verdammt zu werden verdient.

Der Widerspruch durchzieht das Konzept: Es wird betont, daß auch eine so große Ausstellung kein vollständiges und repräsentatives Bild der Kunst eines Jahrhunderts in einem Land geben kann, und dennoch behauptet die Rhetorik der Installation nichts anderes. Man will zeigen, »was in diesem Jahrhundert an Kunst in Deutschland wahrgenommen wurde«, und sieht doch Picasso oder Bacon als »Gaststars«. Es ist so etwas wie ein Clinton-Event: Die Frage nach dem Deutschen in der Kunst, die in der Frage nach der Kunst in Deutschland verborgen ist, wird gestellt, aber nicht inhaliert.

Das ist die richtige Ausstellung zur richtigen Zeit: Auch diese Schau ist ein Projekt der Übermalungen; sie wiederholt und widerspricht nicht nur in Beziehung zur anderen Jahrhundertschau aus dem Jahr 1906, die vom schieren Stolz einer ästhetischen Leistungsschau getragen war, dem Projekt einer »Bestandsaufnahme«. Sie übermalt auch das Problem der »nationalen Identität« in der Berliner Republik. Die Fragen dürfen gestellt, aber nicht beantwortet werden.

Die Mega-Ausstellung ist ein Kommentar zur Meta-Politik. An und in einem Sinnsystem unter anderen zu arbeiten, fiel den deutschen Künstlern offenkundig immer schwer; sie streben nach dem Höheren, dem Einzigen und dem Gesamten. Gegen die Gesellschaft, mit ihr oder statt ihrer, fast nie in ihr. Die Kunst will sich heimelig machen und wird sogleich unheimlich. Sie will aufrütteln und schreit in sich hinein. In der Installation »Gewalt der Kunst«, wo sich die Gesten der Gewalt in der Kunst mit der Gewalt der sich als Kunst inszenierenden Politik eher vermischt als konfrontiert sehen, scheint, nicht nur historisch, ein imaginäres Zentrum und schließlich der blinde Fleck dieser Geschichte der Kunst im Deutschland des zwanzigsten Jahrhunderts sich zu befinden. Dieser Raum, wohl bewußt auf die Erzeugung von Enge und leichtem Verlust der Perspektive hin inszeniert, erscheint wie eine Hölle des Pathos und der Beschleunigung, gegenüber der alle »reine« Kunst nur Licht und verheißungsvoll sein kann. Der letzte Raum ist beinahe leer; die Licht-Installation von Gerhard Merz verspricht nichts mehr als die eigene Distanz.

Auch der Kampf zwischen der Abstraktion und der Figuration, Vergeistigung und Versinnlichung, das Streben der Kunst danach, sich von ihrer gesellschaftlichen Bestimmung zu lösen, um ihr als unabhängiger Partner gegenüberzustehen, verliert seine Eindeutigkeit. »Das 20. Jahrhundert zeigt«, so unser Begleitblatt zum »Geist und Materie«-Segment, »daß die Kunst es tatsächlich vermag, ihre eigene Geistigkeit zu finden.« So wird in der Rhetorik unseres Ganges die Vergeistigung die Antwort auf die Gewalt und das fragmentarisierte und collagierte Spiel die Antwort auf das Pathos der Vergeistigung, woraufhin das Kreisen mehr oder weniger wieder von vorn beginnen kann.

Schuster hat die deutsche Kunstgeschichte dieses Jahrhunderts als wennzwar hochdramatische, so doch in sich gleichsam ausbalancierte moralische Story inszeniert, gleichsam im Pop-Diskurs. Er spricht das tiefe Problem der »Kunst in

Deutschland« von allen Ecken und Enden an und entsorgt es am Ende doch.

Wir sehen eine Abfolge der gescheiterten ästhetischen Revolten, die Kunstgeschichte als ein einziges gewaltiges Mißverständnis. Die Stadien, die sich, so scheint es, immer und immer wiederholen, sind Pathetisierung, Hysterisierung, Destruktion, Ernüchterung, Rekonstruktion. Wir sehen in sich kreisende Motive (der Beginn von »Die Gewalt der Kunst« in den Selbstbildnissen der Künstler, alles von Maskierung bis zur Selbstentblößung) und lineare Stories; die Entwicklung der Skulptur von der ideologischen Überhöhung (Klingers Nietzsche-Büste) über Brekers Kitsch bis zur Zerstörung der Form im Raum.

Als Pop-Diskurs ist dieser hochraffinierte und hochdramatische Gang durch die deutsche Kunstgeschichte am Ende ein Nullsummenspiel, das paradoxerweise den Diskurs unterbindet, weil es zu viel Diskursives, zu viel Gedachtes enthält. Man versucht in dieser Ausstellung ein synchrones und diachrones Bild zugleich zu erzeugen, rät uns zu chronologischer Betrachtung und durchbricht sie beständig.

Man mag dieses Ausstellungssystem im einzelnen kritisieren und im ganzen für gelungen halten oder umgekehrt. In Wahrheit steckt ebensoviel Freiheit und Zwang, soviel Aktion wie Reaktion darin wie in einem modernen Kunstwerk. Die Ausstellung ist mehrfach codiert: Farben sind den einzelnen Sequenzen ebenso zugeordnet, wie architektonische Gegebenheiten, die noch einmal argumentieren: Kampf und Aufruhr im historisch belasteten Raum, Erlösung und Vergeistigung in der ins Souterrain verlagerten Moderne, Spiel und Fragment im umgewidmeten Industriebau. Struktur und Historie, die »Blickachse« und die Spirale: Wir verstehen! Es hilft nur Komposition, wo Dekonstruktion herrscht.

Wenn man sich freilich dem diskursiven Aufbau der Installation entzieht, die Sache etwa rückwärts angeht, ist sehr schnell das gute alte Chaos wieder da. Und man bemerkt sehr rasch, daß es da um den Anspruch einer Lesart geht. Das Gesprochene möchte die Sprache definieren; das Meta-Kunstwerk ist eigentlich nichts anderes als eine Kunst-Geschichte. Und die hat Schuster als Melodrama inszeniert, als eine Geschichte der Suche, der Sünden, der Einschreibungen des Bildes in den Text, als Scham und als Erlösung. Wenn man der Story des ästhetischen Meta-Events folgt, versteht man die Kunstgeschichte in dem gewählten Rahmen (Was ist die Moderne? Was ist deutsch? Was ist Kunst? Und was also ist die moderne deutsche Kunst?), auch wenn man von Kunst rein gar nichts versteht. Sie ist nicht etwa ihres »Geheimnisses« beraubt, sie ist vielmehr ganz und gar Erzählung geworden. Der Blick verdrängt das Bild, und die ganze Installation ist kein Erfahrungsraum, kein Möglichkeitsraum, sondern ein illustrierter Diskursraum. Wer es nicht glaubt, muß, wie gesagt, nur die vorgeschriebenen Routen verlassen.

Was kennzeichnet den Event?

1. Der Event verweigert sich auf der Diskursebene eben jener Totalität, die er als Installation beschreibt. (So wie der Inhalt einer »Wetten daß...?«-Sendung der Reichsparteitagshaftigkeit seiner Form widerspricht, so widerspricht die Vernetzung der Meta-Ausstellung auf dem Gebiet der Bildenden Kunst ihrer Pädagogisierung.) Er folgt der Drei-Sphären-Logik, verschiebt aber die Schwerpunkte sehr heftig auf die inter-subjektive Wahrnehmung: Die Metaphysik der Ausstellung ist eine Art der Verständigung.

2. Der Event wiederholt die Balance zwischen Euphorie und Leere, Schrecken und Schönheit in der melodramatischen Konstruktion: Das eine kommt so wenig wie das andere ohne seine eigene Moralisierung daher. Gewalt, Vergeistigung und Freiheit des Spiels werden zelebriert, ohne erfahren zu werden. Der ästhetische Mega-Event verwendet sein künstlerisches Material ausschließlich im Status des erfolgten gesellschaftlichen Gebrauchs. Auf dem Weg zwischen Provokation und Museum, zwischen Subjektivierung und Objektivierung verspricht er gleichsam einen »dritten Weg«: kollektive Subjektivität.

3. Die Eventkultur hat den Diskurs gefressen wie ein Beruhigungsmittel; niemand ist mit dem Ereignis allein, und niemand macht sich über seine Inszenierung lustig.

4. Der Weg ist das Ziel, die Wahrnehmung ist vor allem die Wahrnehmung ihrer eigenen Dauer und Tiefe. Ich will keine ideologischen Schlüsse daraus ziehen, daß das einzige Segment dieser Ausstellungen, das die Zuschauer zu einer größeren Verweildauer bringt, Leni Riefenstahl, Adolf Hitler und Arno Breker sind – in dem einzigen Raum, in dem sich die Faszination von der Inszenierung zu lösen scheint und wo plötzlich das Subjekt und das Bild in ihrem Dialog wieder ziemlich allein sind. (Mit der Modell-Rekonstruktion der Ausstellung »Entartete Kunst« arbeitet man sich aus diesem Höllenraum der modernen Kunst wieder empor, langsam und offenkundig mit einem Rest an Betäubung.) Im Herzen des inszenierten Ereignisses ist auch dies erlaubt.

5. Zum ästhetischen Highlight der Event-Kultur gehört das Publikum als Teil des inszenierten Ereignisses. Die Ausstellung zum Kunst-Jahrhundert in Deutschland würde auf fürchterliche Weise unlesbar, wenn sie nicht von uns als Jahrhundertereignis mitgetragen würde. Dieser Erfahrungsraum wäre sehr schnell wieder gespenstisch, wenn wir uns nicht strukturiert durch ihn bewegten, entschlossen, uns weder zu unterwerfen noch uns zu verlieren.

Daß die Mega-Ausstellung in Berlin am Ende doch gelungen ist, das hat damit zu tun, daß sie ihr Mißlingen gleich mitinszeniert hat. Ihre Über-Konstruktion macht zugleich ihre Offenheit aus; und diese Offenheit gibt dem Eigen-Sinn des Kunstwerks eine faire Chance. Auf dem kreisenden Gang durch die Ausstellungen wird beinahe jedes Werk auch wieder eine Einladung zum Aussteigen. Einerseits, wo es sich der Melodramatisierung entzieht (und dies nun freilich ist die Meta-Geschichte der Kunst im Deutschland des zwanzigsten Jahrhundert: der Kampf der ästhetischen Produktion um seine Subjekthaftigkeit), andererseits, wo das Kunstwerk seine Rolle in diesem Melodrama selbst reflektiert. So ist jedes Bild zugleich Teil der Erzählung und eine Aufforderung, sie zu verlassen.

Nicht jener Höllenkreis der deutschen Kunst, in dem sich Arno Breker und Otto Dix, Adolf Hitler und Paul Klee begegnen, als vielmehr eine scheinbar bescheidene Kunst-Dokumentation-Kunst, den Zusammenhang zwischen Schokoladenproduktion, Ausbeutung und Kunst-Akkumulation anhand der »Sammlung Ludwig« betreffend, legt den radikalsten Einstellungswechsel nahe. Hier, wo wir sehen, wie sich die Definitionsmacht über die Kunst politisch und ökonomisch produzieren läßt und wie sie umgekehrt in den Kreislauf von Kapital und Macht zurückführt, ist die Desillusionierung vollkommen. Hans Haackes Installation läßt sich ohne weiteres auf die Ausstellung, deren Teil sie ist, zurückprojizieren, die schließlich »unter der Schirmherrschaft des Bundeskanzlers« steht, womit ein weiteres Merkmal des Mega-Events beschrieben ist: Es ist so »groß«, daß es die verschiedensten gesellschaftlichen Kräfte an sich bindet, ohne sich ihnen unterwerfen zu müssen; im ästhetischen Großraum der Event-Kultur sind Gesellschaft und Kunst miteinander versöhnt.

Der Mega-Event ist kritisch und affirmativ zugleich; wo es nicht mehr um den Widerspruch zwischen der subjektiven Wahrnehmung und der objektiven Funktion der Kunst geht, sondern um die Konstruktion der intersubjektiven Teilhabe, das Thema nicht mehr Blick und Bild, sondern Blickrichtung und Bildwechsel ist, gibt es keine Wahl zwischen Revolte und Anpassung. Der Mega-Event wird zum heimlichen, un-heimlichen und unheimlichen Zentrum der ästhetischen Bewegung in der Gesellschaft. Das Kunstwerk kämpft dabei auf eine neue Weise um seinen Eigen-Sinn.

Unser Weg, der mit Arnold Böcklins »Toteninsel« beginnt und mit Gerhard Merz' Licht-Installation endet, war Aufklärung und Therapie in einem. Wir haben gesehen, wie die Kunst nicht helfen konnte gegen die sozialen Katastrophen, die Kriege, die Verbrechen, und wie sie doch hilft, gerade im Augenblick. Das große Verdienst der Ausstellung ist die Öffnung, das Bemühen, dem ästhetischen Subjekt seine Würde zurückzugeben, ohne es an falsche Versprechungen zu binden. Es ist eine Geschichte der Zerstörungen, die von den zerschossenen Gesichtern der Soldaten im Ersten Weltkrieg bis zum zersägten Basketball-Platz von Olaf Metzel führt. Es ist die letzte Paradoxie: Das Event »feiert« das Scheitern der Kunst, und das Meta-Kunstwerk dieser Ausstellung wirkt wie eine Abschiedsvorstellung. Jetzt erst, nach so viel Lärm, gibt es eine Chance des Innehaltens. Und auch darin, nicht nur im Eigen-Sinn seiner Segmente und in der Offenheit für den Widerspruch, liegt auch die Chance dieses Events: zum Einspruch gegen die Event-Kultur zu werden.

Die Ausstellung »Das XX. Jahrhundert« läuft noch bis zum 9.1.2000

Konkret 11/99, S. 56

Jan Pehrke

Operation Kultur

Kalter Krieg und weiche Themen: Frances Stonor Saunders beschreibt den Kulturkampf der CIA

»This country has no Ministry of Culture, and CIA was obliged to do what it could to try to fill the gap.«
George Kennan, Leiter des CIA-Planungsstabs »Politik«

Der US-amerikanische Geheimdienst war nicht nur für die Inthronisierung des Schah, die Unterstützung von Diktaturen, den Sturz gewählter Regierungen in Guatemala und Chile und den Sieg der italienischen Christdemokraten bei den Wahlen im Jahr 1948 verantwortlich. Neben der Abteilung fürs Grobe unterhielt die CIA auch einen Stab für Schöngeistiges, der vor »dirty tricks« allerdings genauso wenig zurückschreckte. Die Geschichte dieser geheimen Kommandosache »Kultur« erzählt die englische Autorin Frances Stonor Saunders in ihrem Buch *Who paid the Piper?*

Mit den Bomben auf Hiroshima und Nagasaki hatte das Atomzeitalter begonnen. Krieg erschien seither nicht länger als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern als mögliches Ende von allem. Um also »den 3. Weltkrieg zu gewinnen, ohne kämpfen zu müssen«, wie es Charles Douglas Jackson, Eisenhowers Berater für psychologische Kriegführung, formulierte, wurde die Kultur zu einer effektiven Waffe in der System-Auseinandersetzung gemacht. Der »Kampf der Kulturen« um die Köpfe der Menschen in Westeuropa begann in der »Frontstadt« Berlin. Schon bald hatte weder die amerikanische Militärbehörde noch die russische eine Reeducation der Deutschen im Geiste des Antifaschismus mehr im Sinn. Man wollte sich vielmehr dem »Kulturvolk« in schöngeistigen Belangen ebenbürtig erweisen und buhlte um die Gunst von Figuren wie dem Nazi-Dirigenten Wilhelm Furtwängler, der seine Konzerte in der Hitler-Zeit stets mit dem Horst-Wessel-Lied begonnen hatte. Die Russen wollten ihn als Kapellmeister der Deutschen Oper, die Amerikaner als Leiter der Berliner Philharmoniker. Die US-Militärs obsiegten. Dann machten die sowjetischen Besatzer allerdings wieder Boden gut, indem sie »Unter den Linden« ein gut ausgestattetes Kulturhaus einweihten. Und als die Kominform, die Nachfolge-Organisation der Komintern, sich in die Höhle des Löwen wagte und im New Yorker Hotel Waldorf-Astoria einen Künstler-Kongreß abhielt, faßte die CIA den Plan zu einer organisierten Gegen-Offensive, die alle nachfolgenden Agit-Prop-Bemühungen Moskaus in den Schatten stellte.

Der Geheimdienst übersetzte, verlegte oder vertrieb in geheimer Mission über 1.000 Bücher, mit Vorliebe solche von Ex-Kommunisten wie Arthur Koestler, Czeslaw Milosz oder Milovan Djilas und gab Zeitschriften wie »Der Monat«, »Preuves« und »Encounter« heraus. Er produzierte Filme wie die Orwell-Adaptationen »Animal Farm« und »1984« und schickte das Boston Symphony Orchestra als Werbeträger amerikanischer E-Kultur um die halbe Welt. 33 Kunstausstellungen wurden nach Europa exportiert, Musik-Festivals organisiert und unzählige Symposien, Kongresse und Konferenzen veranstaltet. »In the heyday of all this activity the airlines were crowded with dons (Universitätslehrer; J. P.) and writers carrying branded culture to every corner of the habitable globe«, zitiert Stonor Saunders den CIA-Kulturarbeiter Malcolm Muggeridge.

Schaltstelle aller Aktivitäten, »eine totale Lüge im Namen einer Halbwahrheit zu bekämpfen«, wie Arthur Koestler es nannte, war der »Congress for Cultural Freedom« mit Hauptsitz in Paris und Dependancen in 34 weiteren Ländern. Das Büro leiteten Michael Josselson und Nicolas Nabokov, der spätere »Kulturbeauftragte« Willy Brandts. Dem »Congress«-Komitee gehörten unter anderem Eugen Kogon, Carlo Schmid und Ignazio Silone an. Das Geld – 200.000 Dollar jährlich – floß zunächst aus einem Fonds des Marshallplans, später zapfte die CIA Stiftungen wie die Ford- und Rockefeller-Foundation an.

Neben der Planung und Durchführung großer Kultur-Events bestand das Tagesgeschäft für Josselson und Nabokov und ihre Statthalter etwa darin, eine Kampagne gegen die Nobelpreis-Verleihung an Pablo Neruda zu initiieren, dazu beizutragen, daß 1965 mit Arthur Miller zum ersten Mal ein Amerikaner PEN-Präsident werden konnte, oder »German Kulturpolitik« zu betreiben, indem man eine Konferenz zu Schanden des vermeintlichen roten Millionärs Bertolt Brecht vorbereitete. Einen wichtigen Teil der Arbeit stellte die Betreuung von Zeitschriften dar. In ihnen sahen die Kalten Krieger ein probates Mittel, das geistige Klima in Europa zu beeinflussen. Als Gegenstück zu Sartres »Les Temps Modernes« lancierten Josselson und seine Mitstreiter »Preuves«. Allerdings gelang es ihnen nicht, einen renommierten französischen Intellektuellen gegen ihren Lieblingsfeind in Stellung zu bringen, so daß sie auf den Schweizer François Bondy als verantwortlichen Redakteur zurückgreifen mußten. In der Bundesrepublik brachte die deutsche »Congress«-Sektion »Der Monat« heraus. In England erschien »Encounter«, das dank großzügiger Honorare Beiträge von Isaiah Berlin, Vladimir Nabokov, Jorge Luis Borges, W. H. Auden oder Bertrand Russell akquirieren konnte.

In seinem strategischen Vorgehen ließ sich die CIA Stonor Saunders zufolge zu Beginn von der Devise leiten: »Who better to fight the Communists than former Communists?« So waren unter den sechs Autoren des Buches *The God that failed*

(deutsche Übersetzung: *Der Gott, der keiner war*) mit Arthur Koestler, Louis Fischer und Ignazio Silone gleich drei ehemalige Mitarbeiter Willy Münzenbergs. Ihre Biographien mit der anfänglichen Faszination für die Sowjetunion und dem späteren Katzenjammer erschienen den Strategen besonders geeignet, wankelmütigen europäischen Geistern den rechten Weg zu weisen. Aber als der Geheimdienst umdisponierte und vornehmlich das Ziel verfolgte, als Counterpart zum real existierenden Sozialismus eine nicht-kommunistische Linke (CIA-Kürzel: NCL = Non-Communist-Left) aufzubauen, paßte der sture, kommunistenfresserische Eifer der Renegaten nicht mehr zur Corporate Identity. Nun waren keine Reaktionäre mehr gefragt, sondern flexible Gestalten, die ein fortschrittliches Amerika-Bild entwarfen. Die Kulturpolitik des »Congress« nimmt in dieser Phase fast Züge von »Political Correctness« avant la lettre an. »There is also a strong feeling that for psychological reasons the entire cast of ›Four Saints‹ should be American Negro: to counter the ›suppressed race‹ propaganda ...«, schrieb ein amerikanischer »Congress«-Mann als Regie-Anweisung zu einem Theaterstück von Gertrude Stein, das in Paris aufgeführt werden sollte. Und der CIA-Mann in Hollywood sorgte derweil dafür, daß afro-amerikanische Schauspieler mehr Rollen in Filmen bekamen.

Zu den aberwitzigsten Coups der CIA gehörte das Kultursponsoring in Sachen »abstrakter Expressionismus«. Während verstörte Republikaner in den nicht-gegenständlichen Bildern Pollocks, Motherwells oder Reinhardts noch geheime Landkarten vermuteten, die der Gegenseite den Weg zu amerikanischen Militär-Basen wiesen, erkannte der Geheimdienst sogleich die Kampagnen-Fähigkeit des ersten genuin amerikanischen Beitrages zur Kunstgeschichte. Er bastelte an der Analogie »Moderne = freie Kunst = freies Unternehmertum = Amerika«, sicherte sich die Unterstützung einflußreicher Organe wie »Time« und »Life« sowie Nelson Rockefellers, Direktor des Museum of Modern Art und Ex-Agent, und schickte die Werke auf Promo-Tour nach Europa.

Solche Spielchen machten gestandenen CIA-Offizieren mitunter mehr Spaß als Militär-Operationen. »I was much more interested in the *ideas* which were under fire from the communists than in blowing up Guatemala«, bekannte Tom Braden. Er sah sich eher als einen Intellektuellen denn als einen »gungho guy« und war auch einer, wie nicht wenige seiner Kollegen. Viele hatten an den renommierten Universitäten der Ostküste studiert, dort auch gelehrt und Romane bzw. Gedichtbände veröffentlicht. In ihren Kreisen, besonders aber in Yale, galt es als eine Art Initiationserfahrung, zum Geheimdienst zu gehen – Anpassungsschwierigkeiten gab es keine, denn die Aristokraten des Geistes und die militärische Avantgarde verband ein gemeinsames Elite-Bewußtsein.

In den Jahren 1966/67 flog das Kulturprogramm der CIA schließlich auf. Die Zeitschrift »Ramparts« deckte auf, was bis dahin nur gerüchteweise zu vernehmen war: Die Finanzierung des »Congress for Cultural Freedom« durch die Agency. Braden schrieb für die »Saturday Evening Post« sogar noch eine Art Selbstanzeige, die mit vielen brisanten Details aufwartete. Dieses »going public« nährte wiederum die Vermutung, er sei das Instrument einer bestimmten Fraktion innerhalb der CIA gewesen, die das Aufbauprogramm »Non-Communist-Left« beenden wollte. Mit Spekulationen wie dieser hält sich Frances Stonor Saunders ansonsten zurück. Gerade deshalb neigt man nach der Lektüre dazu, wieder unverhohlen vom »Kulturimperialismus« und von der »Krake CIA« zu sprechen. Manchmal ist die Welt eben auch erschreckend übersichtlich.

Frances Stonor Saunders: *Who paid the Piper?* Granta Books 1999, 509 Seiten

Konkret 11/99, S. 60

Alexander Bogner

Sloterdijk meets Singer

Ein deutscher Gartenzwerg der Philosophiegeschichte will den »Kleinmenschen« keimbahntherapieren. Die liberale Presse will dieses Geschäft lieber der seriösen Bioethik überlassen

»Sieg über Aids! Genforscher haben neue Therapie entwickelt, die erblich immun macht gegen die Massenkrankheit.« Irgendwann wird auch diese Pressemeldung ihren Weg von den Gentech-Labors in die Redaktionen finden, und dann wird es kein Halten mehr geben. Daß es sich bei der Therapie um einen Eingriff in die menschliche Keimbahn handeln würde, bei dem mit der genetischen Veränderung einer befruchteten Eizelle die Manipulation auch an alle künftigen Generationen weitergegeben wird, also um eine Züchtungsoption von gigantischen Ausmaßen – wer wollte das noch bemängeln, sobald die Gen-Industrie das Ende von Leid und Tod annonciert? Die Keimbahntherapie, vom Feuilleton vorerst noch verteufelt, vom deutschen Embryonenschutzgesetz und der europäischen Menschenrechtskonvention verboten, ist in den Medien ein beliebtes Gruselthema, seitdem ein Karlsruher Kulturwissenschaftler sehr freihändig über ihre Vorzüge zwecks Aufrüstung der Sitten referierte. Aber hat Sloterdijk das wirklich getan? Oder wollte uns der Oberhirte im »Menschenpark« lediglich auf die Herausforderungen der neuen »Anthropotechniken« einstimmen?

Seit Mitte September liegt seine siebzehnseitige Rede, die runtergeht wie Mehl, auf dem Tisch. Seither regiert redselige Ratlosigkeit. Die »FR«, die aufmerksam als eine der ersten schon Ende Juli Sloterdijks Auftritt im oberbayerischen Elmau skandalisiert hatte, wollte nach Lektüre des Textes nur mehr eine »Metaphernkatastrophe« erkennen, der »Spiegel« witterte »antiliberale Affekte«, wo es noch kurz zuvor eine »faschistische Horrorvision« hatte sein dürfen, und in der »Zeit« beklagte sich ein berufener Fachkollege, er habe auch nach der Lektüre schlichtweg nicht verstanden, »worum es dem Autor überhaupt geht« (Tugendhat). Einige Kritiker nahmen gar allen Ernstes an, hier spiele sich eine Debatte um die »Vorherrschaft der Kritischen Theorie« (Reinhard Mohr) ab, gar einen »Vernichtungsangriff auf die Kritische Theorie« wollte Manfred Frank erkennen, obwohl der Begriffsjongleur kein einziges Argument formuliert hatte. Es sei denn, man wollte Sloterdijks Jammern darüber, daß Habermas ihm in seiner sehr privaten Auffassung von Diskursethik zu nahe getreten sei, als solches anerkennen. Nein, Gesundheit oder Krankheitszustand der Kritischen Theorie stehen nun wirklich nicht im Zentrum der Debatte, auch wenn viele ihrer Betreiber sich dankbar auf dieses von Sloterdijk kurzfristig montierte Abstellgleis begeben, weil schließlich Inhalt und Intention der Rede ohnehin nicht zu bündeln sind. Wer aber Sloterdijks publizistische Selbstverteidigungsstrategie inhaltlich ernst nimmt, arbeitet seinem Versuch zu, sich per massenmedial inszeniertem »Metaskandal« auf den Großdenker-Thron zu putschen.

Auch in den oberen Etagen zeigte man sich überfordert mit dem kryptischen Manifest für ein neues Züchtungszeitalter. Enno Rudolph, Spezialist für antike Philosophie, verkaufte der »FR« eine langatmige Platon-Exegese als ingeniöse Detektivarbeit im Dienst der Humanität; der Freiburger Philosoph Ludger Lütkehaus beanstandete im Stil eines Seminarleiters Sloterdijks selektives Lesen Nietzschescher Selektionsideen; und der Bewußtseinsphilosoph Manfred Frank rätselte, ob sich der offensichtliche Widerspruch bei Sloterdijk, der das Heft des (selektionierenden) Handelns einmal echt heideggerianisch in die Hand der Technik (quasi als »Handlangerin des Seins«) legt, es an anderer Stelle aber wieder den Menschen zurückgibt, vielleicht zu einem Vorwurf eignen könnte. Ernst Tugendhat war ehrlicher und fragte, nachdem er sich kurz zu der intellektuellen Turnübung aufgeschwungen hatte, den unbelegbaren Verdacht zu konstruieren, Sloterdijk wolle keine neue Eugenik, sondern gleich eine neue Moral züchten: »Was will er eigentlich?«

Da wußten wache Molekularbiologen und Medizinethiker mit Sloterdijks Einflüsterung, es gelte heute, das »Spiel aktiv aufzugreifen«, schon mehr und Besseres anzufangen. Jens Reich warnte sogleich vor einer »leicht hysterischen« Diskussion und machte in einem Interview mit der »SZ« vor, wie sich Sloterdijks verschwommenes Bekenntnis für den gentechnisch optimierten Menschen zu einem passablen Werkzeug fürs Knacken harter Ethik-Nüsse formen lasse. Natürlich halte er, Reich, eine Kultivierung angeblicher »barbarischer Potentiale« durch die Keimbahntherapie für moralisch nicht vertretbar. Anders sieht es für den Berliner Genetiker jedoch in Einzelfällen aus. »Im Falle einer sehr überzeugenden, durch hohen Leidensdruck motivierten medizinischen Indikation« sei der Eingriff in das Erbgut durchaus angezeigt. Wie unendlich dehnbar der Gummibegriff einer »medizinischen Indikation« ist, illustriert der Hobby-Politiker unfreiwillig: Eine extrem fettleibige Frau etwa, die ihren Sproß genetisch umprogrammieren wolle, sei schon ein ernsthafter Fall für die Keimbahntherapie. Reichs ungenierte Attacke auf den bis noch vor kurzem bestgehüteten Tabubereich des medizinisch Machbaren kommt nicht aus heiterem Himmel. Bereits im Juni hatte sein Kollege am Max-Delbrück-Centrum in Berlin, Detlev Ganten, den Einsatz der Keimbahntherapie in Fällen vorgeschlagen, wo die Gentherapie heute versagt – und da wir auf Erfolge der Gentherapie warten werden, so DNA-Entdecker James Watson, »bis die Sonne erlischt«, ist die Zeit für die nachhaltige Manipulation der Geschlechtszellen wohl reif.

Diese Durchsetzungsstrategie für moderne Züchtungsoptionen ist raffiniert und bleibt doch sachbezogen. Gerade weil die eminenten Heilsversprechen von gestern in absehbarer Zeit nicht zu realisieren sind, greifen die Bio-Ingenieure flugs noch

tiefer in die Wundertüte. Zutage fördern sie noch spekulativere und weitaus folgenreichere Therapievorschläge, mit denen sich das Endlos-Märchen der Allheil-Verheißungen mühelos fortschreiben läßt. Das schützt nicht nur die molekularbiologisch verengte Medizin vor fundamentaler Kritik, es lassen sich gleichzeitig auch langwierige und lästige Ethik-Debatten abwimmeln, die die Gentechnik eskortieren wie die Diplomatenflotte den Präsidenten – und deren Fahrt dadurch nicht aufhalten, aber doch verlangsamen. Welcher Genetiker wollte sich diese Annehmlichkeiten durch ein so grobschlächtiges wie überflüssiges »Übermenschen«-Pathos kaputtreden lassen?

Rückenwind erhält die aktuelle, sonderbar entspannte und kaum noch kontroverse Debatte über die Keimbahntherapie aus dem Streit über Sloterdijk. Nicht etwa, weil Sloterdijk über Nietzsche und Heidegger zum Schulterschluß mit der Bioethik gefunden hätte, im Gegenteil. Die Debatte kommt deshalb so sorglos in Schwung, weil die pragmatische Bioethik angloamerikanischer Provenienz von Sloterdijks Kritikern als Gegengewicht zum irrationalistischen Geblöke eines sehr deutschen Kulturpessimismus verkannt wird. Ob aber die Differenz zwischen Sloterdijks wuchtigem Plädoyer für die »Großzüchtung« und der einzelfallorientierten, scheibchenweisen Etablierung der »Kleinzüchtung« einen Unterschied ums Ganze ausmacht, darf bezweifelt werden.

Ulkig daher, welche Konvergenz sich – bei allen Abweichungen im Detail – bei einer vergleichenden Lektüre von Sloterdijks exotischem Gefasel und dem Artikel des amerikanischen Rechtsphilosophen Ronald Dworkin ergibt, den die »Zeit« in ihrem Sloterdijk-Dossier als dessen rationalistischen Antipoden präsentierte. Während Sloterdijk seine halbgaren Regeln für Zucht und Ordnung in »Menschenparks« zu einem Antwortschreiben auf Heidegger aufbläst, verpackt Dworkin auf der gleichen Seite nebenan seinen Applaus für Sloterdijk ganz locker in einem Lob des Klonens. Schließlich eignet sich – in Dworkins Phantasie – eine genetisch manipulierte und dann mehrfach geklonte Zelle eines Krebspatienten prima als Heilmittel gegen Krebs. Schlechtes Gen raus, gutes Gen rein – so einfach könnte es sein, wenn nur Gesundheit und Krankheit nach dieser Legobaukasten-Logik funktionieren würden. Aber es klingt gut, und praktisch und anschaulich ist es obendrein, da muß der deutsche Kollege mit seiner »Lichtung« und seiner »Hirtenkunst« einfach lächerlich aussehen. Und so adelt Dworkin, während Sloterdijk noch mühsam nach Platons Weisen für den ordentlichen Vollzug der Gentechnik fahndet, die herrschende Normalität flott zur profunden Weisheit, die als quasi-empirische Grundlegung einer modernen Ethik ja wohl ausreiche. Der schwerfällige Sloterdijk blubbert von »Menschenproduktion« und »tausendjährigen Prozessen«, Dworkin bilanziert knapp: Die Gentechnik birgt Risiken, doch die Vorteile überwiegen. Den Beweis liefert die individuelle »Lebenswert«-Quantifizierung: »Es findet sich kein ... Wert in der Tatsache, daß manche Menschen zu einem Leben mit Behinderung ... verurteilt sind.« So geht das, will uns die kontrastive Anordnung der beiden Texte in der »Zeit« offenbar sagen: knapp, präzise, nüchtern und ohne diesen Ideologiemüll, der dann erst wieder in langwierigen Debatten entsorgt werden muß und die gentechnischen Erlösungsrezepte ins Zwielicht rückt.

Irgendwann im Laufe der Debatte hatte dann auch Sloterdijk kapiert, wohin der Zug für praktisches Philosophieren heute fährt, und bewies seine Wendigkeit mit der Beteuerung, er unterscheide zwischen »legitimen genmedizinischen Optimierungen für die Einzelnen und illegitimen Biopolitiken für Gruppen«. Nichts anderes predigen weltbekannte Moralphilosophen wie etwa der Australier Peter Singer – und erhalten für ihre Versuche, eine genetische Verbesserung der Menschheit aufgrund der unkoordinierten und autonomen Entscheidungen Einzelner zu rechtfertigen, regelmäßig Applaus von »Zeit« bis »Spiegel«. Der unverbesserliche Sloterdijk aber muß in Elmau tief im Altpapiercontainer kramen und ausgerechnet bei Nietzsche »pastorale Aspekte« in Sachen Optimierung der Fortpflanzung loben! Hätte er es nicht einfach bei seiner Werbung für »optionale Geburt« und »pränatale Selektion« zwecks Überlistung der blinden Naturlaune belassen können? Schließlich ist diese Form der Auslese hierzulande mit über 80.000 Amniozentesen im Jahr längst Routine, auch wenn die wütende Kritik glauben machen könnte, das Zeitalter der gentechnischen Fortpflanzungskontrolle sei erst mit Sloterdijks Rede ausgebrochen. Tatsächlich ist der Mensch »mehr und mehr auf die aktive oder subjektive Seite der Selektion geraten« (Sloterdijk), und so sind des unfrisierten Quatschkopps Rezepte weder spektakulär noch skurril, am wenigsten aber »kühne Aussichten« (Frank). Anstatt aber ein liberal-luftiges Regelwerk fürs Klonen zu entwerfen, benutzt er ein faschismuskompatibles Vokabular, um dem massenmedial infizierten und irgendwie unfaßbar enthemmten Menschen eine wirkungsvolle »Selbstzähmung« zu verordnen. Mit der Anbindung seiner obskuren »Regeln« an den Diskurs der »Dekadenz« und der »Aufartung« – und mehr noch mit seinen nachgeschobenen Bemerkungen zur Auszeit von der Geschichte, die er sich als Nachgeborener nehmen dürfe – mußte sich der Pausenclown der Life-Science-Industrie zwangsläufig – aber vielleicht sogar unbeabsichtigt – in das Rampenlicht der linksliberalen Aufmerksamkeit katapultieren.

Sicherlich erfüllt die Sloterdijk-Affäre eine reaktionäre politische Mission. Doch sie bezieht ihren Stoff eher aus der wütenden Reaktion des Klaumauk-Philosophen auf seine Kritiker, weniger aus seiner Rede. Leseanleitung und Selbstinterpretation des Esoterikers enthalten Motive, die ihn tatsächlich zum Leithammel einer neuen neo-konservativen Allianz machen könnten. Sein Pochen auf (geschichts-)freies Reden als (gedenk-)befreites Nachkriegskind soll vom Ende der Schuldgefühle künden und konvergiert so schön mit dem neuen Lebensgefühl der Berliner Republik. Anstelle der angeblich hypermoralischen Selbstknebelung einer NS-traumatisierten Generation präsentiert der betont unbefangene Sloterdijk ein frisch-fröhlich-unfrommes Drauflos-Philosophieren auf den Schultern halbbrauner Titanen. Munter reiht der

Schlußstrichapologet sich damit ein in die Männerriege der deutschnationalen Kulturkämpfer um Botho Strauß und Martin Walser. Ein weiteres Mal – nach Wehrmachts-Streit und Goldhagen-Debatte – spielt sich der neurechte Kampf um Hegemonie auf dem Feld der Erinnerungskultur ab.

Die Frage aber, ob Sloterdijk den »neuen Menschen« denn so richtig überhaupt will, ist nicht entschieden. Kann es aufgrund einer Rede, die über weite Strecken nur Verdauungsgeräusche absondert, auch gar nicht sein. Und glückte der Nachweis, was wäre damit gewonnen? Höchstens die Erkenntnis, daß mitunter auch ehemalige (Halb-)Linke ein Faible dafür entwickeln, den echt solidarischen Kumpel, oder wie in diesem Fall: den weisen Daseinshirten, herbeizüchten zu wollen. Denn mit seiner offenkundigen Begeisterung für eine genetische Nachbesserung der Menschheit und nicht für die Herrschaft einer Gen-Elite befindet sich Sloterdijk in schöner Nachbarschaft zu Traditionalisten wie Bloch, Bebel oder Kautsky. Weil er mit dem Projekt einer Sozialeugenik aber nichts am Hut haben dürfte, wird er sich künftig wohl lieber auf den Hochsitz der Bioethik zurückziehen.

Habermas hat das bereits in seiner Kurzantwort auf Sloterdijks ungebetene Postzustellung angedeutet. Seine Bemerkung, Sloterdijk wolle sich, weil er nun öffentlich Prügel beziehe, in die Rolle des »harmlosen Bioethikers« flüchten, ist allerdings – um es in guter alter Tradition zu sagen – wahr und falsch zugleich. Sloterdijk mag sich, angespornt durch den Beifall seiner Kritiker für die liberale Bioethik, inzwischen gerne hinter dem Etikett des Bioethikers verstecken. Das ist aber nicht weiter tragisch, denn für die Kritik sollte er dadurch nicht unerreichbar werden. Schließlich ist die Bioethik – »Großzüchtung« hin, »Kleinzüchtung« her – keinesfalls dies: harmlos.

Konkret 11/99, S. 62

Jens Hoffmann

How to look

Zeitgenössische Dokumentarfilme über die befreiten Konzentrationslager können »die Wahrheit« des deutschen Völkermordes nicht zeigen. Als Ausschnitte dieser Wahrheit bleiben sie unverzichtbar

Im Frühsommer dieses Jahres zeigte das Hamburger Kino Metropolis im Rahmen der Veranstaltung »(Um-) Erziehung zur Demokratie. Can the Germans be re-educated?« einige Filme, die in der Bundesrepublik selten zu sehen sind. Es handelte sich dabei um Filmbilder, die die Alliierten größtenteils in den von ihnen befreiten Konzentrationslagern aufgenommen haben. Zu sehen waren die von George C. Stevens und E. R. Kellog zusammengestellte Dokumentation »Nazi Concentration Camps«, der vom US-amerikanischen Signal Corps produzierte, hauptsächlich deutschen Kriegsgefangenen vorgeführte Film »Germany, Awake!«, die fünfte Ausgabe der »Welt im Film« und der vom US-Office of Military Government produzierte, von Billy Wilder geschnittene Film »Die Todesmühlen«. Diese Werke sind alle 1945 entstanden. Beendet wurde das Programm mit der britischen Dokumentation »The Memory of the Camps«. Von diesem unter Mitarbeit von Alfred Hitchcock produzierten Film wurde 1945 nur die Rohfassung hergestellt; sie gehörte bis 1984 zum unveröffentlichten Bestand des Londoner Imperial War Museums. Die ersten vier Filme aber verschwanden nicht nur deshalb aus der nachkriegsdeutschen Öffentlichkeit, weil die West-Alliierten ihre Aufführung Ende 1946 stoppten, sondern hauptsächlich weil die Deutschen sie ihrerseits weder aufführen noch wahrnehmen mochten.

Von diesen Dokumentaraufnahmen *die* Wahrheit über die Ereignisse in den deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern zu erwarten, heißt Unmögliches zu fordern. »Es ist nicht unwichtig, sich klarzumachen«, schreibt Hannah Arendt, »daß alle Aufnahmen von Konzentrationslagern insofern irreführend sind, als sie Lager im letzten Stadium zeigen, im Moment des Einmarsches der alliierten Truppen. Vernichtungslager gab es in Deutschland selbst nicht, und alle Vergasungsanlagen waren zu diesem Zeitpunkt bereits demontiert. Andererseits ist gerade das, was auf die Alliierten so empörend wirkte und das Grauen der Filme ausmacht, nämlich die zu Skeletten abgemagerten Menschen, für die deutschen Konzentrationslager nicht typisch gewesen; Vernichtungen wurden systematisch durch Gas, nicht durch Verhungern betrieben. Der Zustand der Lager war eine Folge der Kriegsereignisse in den letzten Monaten: Himmler hatte die Evakuierung aller Vernichtungslager im Osten angeordnet, die deutschen Lager dadurch außerordentlich überlastet, und er war nicht mehr in der Lage, die Ernährung innerhalb Deutschlands selbst sicherzustellen« (*Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft)*. Hinzuzufügen ist, daß Himmler und die mit der Organisation der Konzentrationslager beschäftigte Amtsgruppe D des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes kein materielles Interesse mehr daran hatten, die Lagerhäftlinge am Leben zu erhalten. Die »Todesmärsche« und Evakuierungen ins Innere des Reichsgebietes, zu denen Häftlinge aus den frontnahen Konzentrationslagern gezwungen wurden, gestaltete die SS dann auch wie den Transport irgendwelcher nutzloser Gegenstände. Gegenstände, die ihre deutschen Besitzer zeitweilig gewinnbringend verwenden konnten, zerstörten und wegwarfen, manchmal aber auch noch etwas länger als nötig in ihrer Reichweite haben mochten, um den Prozeß der Zerstörung bis zum Ende triumphierend auszukosten und sich des Todes der Zeuginnen und Zeugen zu vergewissern.

Das Moment der unvermeidlichen Irreführung, das nach Arendt den Aufnahmen aus den befreiten Lagern innewohnt – Arendt beschreibt sie auch als »die Propaganda der Wahrheit« – , weist nun aber gleichzeitig auf eine Perspektive hin, aus der diese Filme wahrzunehmen wären. Eine Perspektive allerdings, die insofern von erlernten Sehgewohnheiten abwiche, als diejenigen, die sie wählten, sich tendenziell auch des Unsichtbaren im Sichtbaren zu vergewissern hätten. Damit wären dann vielleicht Wahrnehmungsformen möglich, die der Propaganda nicht mehr bedürften, sich ihr vielmehr entzögen.

Das Mißlingen dieser Vergewisserung indes ist für die Nachgeborenen auf unspektakuläre Weise am eigenen Leib zu erfahren. Es fällt leicht und mag sich etwa in dem Bewußtsein niederschlagen, nicht allein mit Filmbildern, sondern gleichzeitig auch mit der eigenen, irritierend ungenügenden Reaktion auf diese Bilder konfrontiert zu werden. Die Affekte scheinen außer Kraft gesetzt zu sein. Sehen und Fühlen allein reichen nicht hin. Dieses Ungenügen wiederum läßt sich nicht restlos mit der von Adorno diagnostizierten Kälte des bürgerlichen Subjekts erklären. Daß die Welt aufhören möge, ist ein ebenso schlichter wie plausibler Wunsch angesichts von Bildern, die zeigen, wie ein Bulldozer der lang erwarteten alliierten Befreier in Bergen-Belsen verdrehte Leichen vor sich herschiebt oder skelettierte, von gefangenen SS-Leuten geschulterte Körper ermordeter Häftlinge wie ein merkwürdiger Abfall im Massengrab aufprallen. Die Überlebenden des Lagers und die anderen Lebenden aber sollen vor Seuchen geschützt werden. Alliierte Bulldozer und gefangene SS-Leute arbeiten für eine neue Welt. Hallo, neue Welt.

Gewiß, es sind Filmbilder, die da in einem Kino sichtbar werden. Aber die Bilder scheinen sich zu sperren gegen die präzisen Abmessungen der Leinwand und gegen die ausgerichteten Paradeblicke eines Publikums, das in Sitzen plaziert worden ist, die an Reihen kopfloser, breitschultriger Soldaten erinnern, denen das Publikum für die Dauer des Aufenthalts im Kinosaal Köpfe zur Verfügung stellen muß. Obwohl die Lager-Dokumentationen ausdrücklich für die Aufführung in

gewöhnlichen Kinos hergestellt worden sind, fördert die mit Gehorsam heischende Kinosituation nicht gerade die Wahrnehmung der Bilder aus den befreiten Lagern.

Die Dokumentarfilme der Alliierten zeigen nicht nur Teile des Sichtbaren in den befreiten Lagern, sie zeigen auch Menschen, die dieses Sichtbare anzuschauen versuchen. Britische Militärs und Politiker werden durch ein Lager geführt. Sie bleiben bei den Leichen einiger Häftlinge stehen. Es ist jemand da, der auf die in mehreren Lagen aufgeschichteten, nackten Leiber zeigt und etwas zu erklären scheint. Ernst und regungslos hören die Besucher zu. Trauer, Wut oder Zorn sind nicht von ihren Gesichtern abzulesen. Sie wirken auf eine seltsam nichtssagende Weise gefaßt. Die Bilder, die von ihnen zusammen mit den Häftlingsleichen aufgenommen worden sind, lassen sich nicht, obwohl es vielleicht so gedacht war, unter der Überschrift ›Die aufgeklärte Macht‹ fassen. Dazu wirkt diese Macht selbst viel zu ratlos und zu weit entfernt von den Ereignissen in den durch sie befreiten Lagern.

Orson Welles war wohl der erste Regisseur, der das Betrachten einer Lager-Dokumentation in einem Spielfilm inszeniert hat. Der Film heißt »The Stranger« (deutscher Verleihtitel: »Die Spur des Fremden«) und wurde 1945/46 produziert. Inspektor Wilson (Edward G. Robinson), ein britischer Ermittler von untergetauchten Nazis, ist dem Konzentrationslager-Konstrukteur Franz Kindler (Orson Welles) auf der Spur. Kindler ist in die USA geflohen, nennt sich jetzt Rankin und arbeitet als Highschool-Professor in einer Kleinstadt. Seine Verlobte Mary Longstreet (Loretta Young) kann nicht glauben, daß ihr zukünftiger Ehemann ein deutscher Nazi sein soll. Als Beweis führt ihr Wilson eine kleine Filmrolle vor und erzählt ihr währenddessen die Geschichte von Franz Kindler. Mary Longstreet sieht die Bilder mit angespanntem und erstauntem Gesichtsausdruck an. Die Anspannung ist der Tatsache geschuldet, daß sie von Wilson verhört wird und ihre Antworten vorher mit Rankin abgesprochen hat. Ihr Staunen ist eine Reaktion auf die Bilder, die sie sieht. Sie weicht zurück, als sich Wilson ihr nähert, um den laufenden Projektor an sie heranzuschieben, und zuckt zusammen, als das im Projektor leerlaufende Ende des Filmmaterials rhythmisch gegen eine Tischkante schlägt.

Die Kameraleute der Alliierten haben auch die Blicke einiger Deutscher aufgenommen. Da sind zwei Männer – einer von ihnen im langen Militärmantel, ein anderer wirkt mit Hut und Mantel wie ein alter Verwaltungsangestellter – , die in der Umgebung eines Lagers gefangengenommen worden sind. Sie stehen, umringt von einigen amerikanischen Soldaten und einem MP, vor der geöffneten Tür einer Baracke, in der die Leichen einiger Lagerhäftlinge gefunden worden sind. Sie sollen nun in die Baracke hineingehen. Der Mann im Militärmantel will zurückweichen, er macht seinen Rücken steif und legt den Oberkörper ein wenig nach hinten, weg von der dunklen Türöffnung. Mit den Armen wehrt er sich nicht. Der MP stupst ihn an und schiebt ihn in die Baracke. Die Kamera bleibt draußen, hat aber aufgenommen, wie sie die Baracke wieder verlassen. Der Mann im Militärmantel wirft für einige Zehntelsekunden einen grimmigen Blick in die Kamera. Er will, das ist ihm anzusehen, möglichst schnell aus dem Bild. Er haßt diesen Apparat, der sein Gesicht festhält und identifizierbar macht. Der »Verwaltungsangestellte« tritt kopfschüttelnd aus der Baracke. Im Gehen klatscht er mit am Körper anliegenden Oberarmen einmal kurz in die Hände. Es ist eine Art »Oh Gott, daß etwas so Schreckliches möglich ist!«-Geste. Seine Hände verharren für einen Moment in einer gebetsähnlichen Pose. Möglich, daß er einer der zahlreichen Deutschen ist, die den Nationalsozialismus ihr Leben lang ausschließlich als »persönliche Tragödie« begreifen wollten. Die Bilder, die von diesem Mann aufgenommen worden sind, wurden, wenn ich mich nicht täusche, in drei der gezeigten Filme verwendet. Es scheint schwierig gewesen zu sein, Deutsche zu finden, deren körperliche Reaktionen dem selbst Gesehenen – also den eigenen Taten, Unterlassungen und den daraus resultierenden Konsequenzen in den Lagern – und nicht ausschließlich dem von einigen durchaus als kompromittierend empfundenen Gefilmtwerden galten.

In den letzten Einstellungen des Films »Die Todesmühlen« sind Deutsche zu sehen, die eine von Bäumen gesäumte Straße entlanggehen. Die Sonne scheint, die Leute tragen leichte, sommerliche Kleidung. Die auf ein Fahrzeug montierte Kamera fährt ihnen entgegen. Es sind Leute, die von den Alliierten dazu gezwungen worden sind, sich das Lager Buchenwald anzuschauen, in dessen Nachbarschaft sie gelebt haben und leben. Die Deutschen lächeln, einige winken fröhlich der Kamera zu. Sie haben offensichtlich ihren Spaß an der Wanderung und an der Aufmerksamkeit der filmenden Soldaten. Diese Ausflugsheiterkeit wird im Film überblendet mit Aufnahmen deutscher Massen, die ihren Führern mit hoffnungsvoll gereckten Bügelbrettärmchen zujubeln. Es ist den Nachkriegsdeutschen nicht schwergefallen, sich im Bedarfsfall – etwa beim Besuch einer Lager-Gedenkstätte – kurzzeitig mit einem Betroffenheitsüberzug gegen unbequeme Tatsachen zu imprägnieren und ansonsten auf gewohnte Weise weiterzuleben. Ihre Freude darüber, trotz der von ihnen begangenen Verbrechen am Leben zu sein und obendrein von den Alliierten als Menschen behandelt zu werden, ist ebenso verständlich wie häßlich anzuschauen.

Nach der Übergabe des Lagers Bergen-Belsen am 15. April 1945 konnten britische Soldaten den Kommandanten Josef Kramer, fünfzig SS-Aufseher und dreißig SS-Aufseherinnen festnehmen. In einer Filmsequenz wird Kramer in Zivilkleidung vor die Kamera geführt. Eine zweite Sequenz zeigt sein von vorn aufgenommenes Gesicht. Den Bildern ist anzumerken, daß die Kameraleute irgend etwas – vielleicht eine menschliche Regung – in diesem Gesicht gesucht haben. Doch außer stummer Roheit haben sie nichts gefunden. Auch wenn Kramer in die Kamera schaut, schaut er nirgendwohin. Sein Blick ist so leer wie die Blicke der vorbeimarschierenden Aufseherinnen und Aufseher. Teilnahmslos und

eingebunkert lassen sie sich filmen; ohne Genugtuung, ohne Haß, ohne Angst; ohne den in ihren Gesichtszügen lesbaren Zweifel, möglicherweise etwas Unrechtes getan zu haben.

Der polnische Autor und Auschwitz-Überlebende Tadeusz Borowski, der 1951 in Warschau den Freitod wählte, beschreibt in seiner Erzählung »Bei uns in Auschwitz ...« den Wunsch, an den Deutschen Rache zu nehmen. »Aber zuerst, weißt Du, möchte ich dem einen oder dem anderen die Gurgel durchschneiden, nur so, einfach um die Lagerpsychose loszuwerden, um den Lagerkomplex zu überwinden, den Komplex des ewigen Mützeziehens, des ohnmächtigen Zusehen-müssens, wenn wehrlose Menschen erschlagen und gemordet werden, den Komplex der Angst.« Ehemalige Häftlinge, die sich am deutschen Lagerpersonal rächen, sind in den Dokumentationen nicht zu sehen. In »The Memory of the Camps« kommt lediglich einmal eine Frau ins Bild, die die zum Leichenschleppen verpflichteten Aufseherinnen und Aufseher aus Bergen-Belsen anschreit und ihnen mit erhobener Faust droht. Nur in Henri Cartier-Bressons ebenfalls in Hamburg gezeigtem, kurz nach Ende des Krieges aufgenommenen Dokumentarfilm »Le Retour« über die Rückkehr von in Deutschland inhaftierten Französinnen und Franzosen gibt es eine kurze Sequenz, in der ein Befreiter auf einen seiner ehemaligen Bewacher einschlägt. Die deutschen Täterinnen und Täter werden in den Film-Dokumentationen der westlichen Alliierten nicht als angreifbare, verwundbare oder sterbliche Menschen gezeigt, wie das etwa in den Fotografien Lee Millers aus dem befreiten Lager Buchenwald der Fall ist. Sie stehen nur da als mollige und etwas rätselhafte Verkörperungen selbstverschuldeter Inhumanität.

Es ist schwieriger, etwas zu den Bildern der Ermordeten und der befreiten Überlebenden zu schreiben, als zu den Bildern der Nazi-Deutschen, der Lagerbauten, der Aufseherinnen und Aufseher. Ohne großen Aufwand kann es gelingen, die Geschichte, Taten und Unterlassungen der gewöhnlichen Deutschen, die Verbrechen der Lager-SS zu rekonstruieren und Aufbau oder Funktionsweise der Konzentrations- und Vernichtungslager zu beschreiben. Die Bilder der Überlebenden hingegen vermitteln, mehr noch als die Bilder der Ermordeten, zunächst nichts anderes als die vage Ahnung davon, was den Lagerhäftlingen von den Deutschen angetan worden ist. Über die Geschichte und Herkunft der Ermordeten und Überlebenden sagen diese Bilder nichts. Damit triumphierten die Deutschen noch über ihre militärische Niederlage hinaus durch die systematische, schrittweise Auslöschung konkreter Menschen und die massenhafte Produktion von gerade noch belebten oder nur noch leblosen Exemplaren einer bis dahin unbekannten Menschenspezies.

Es gibt in den Dokumentationen der Alliierten neben den Aufnahmen der über die Lagergelände verstreuten, nackten Leichen – die deutschen Konzentrationslager waren so eingerichtet worden, daß Kleidung zu einer grotesken Kostbarkeit wurde – und den in mehreren Lagen aufgeschichteten Leichnamen Bilder von toten, durch Todesschmerzen und Todesangst verzerrten Häftlingsgesichtern. Da ist das im Aufschrei ausgelöschte Totengesicht eines Mannes unter einem in Rollschienen laufenden Scheunentor. Die Deutschen hatten evakuierte Häftlinge in die Scheune getrieben und diese in Brand gesetzt. Die in den Lagern produzierte tödliche Entindividualisierung reichte so weit, daß die Spuren des Todes auf den Gesichtern der Ermordeten zum einzigen Unterscheidungsmerkmal für die Kameraleute der Alliierten werden mußten. Als Zeichen von Individualität war nur noch die Art und Weise geblieben, in der sich der von den Deutschen gebrachte Tod in die Häftlingsgesichter gegraben hatte.

In welchem der etwa 400 Lager Deutschlands welche Bilder aufgenommen worden sind, läßt sich, wenn keine Ortsnamen in die Filme einmontiert wurden, nur durch Spezialwissen rekonstruieren. Trotz der zuweilen ins Bild kommenden alliierten Soldaten scheint in den Aufnahmen keine faßbare Außenwelt zu existieren. Wohl aber wird in den Dokumentationen auf die Tatsache reagiert, daß die Verbrechen in den Konzentrationslagern innerhalb einer funktionierenden deutschen Außenwelt begangen wurden. Zu Beginn des Films »Die Todesmühlen« ist ein blühender Zweig vor den sanft geschwungenen Linien einer Landschaftsaufnahme zu sehen. Ein solcher Zweig taucht heute manchmal in Volksmusik-, Süßwaren- oder Reinigungsmittelvideos auf. Konfrontiert wird diese Idylle mit Bildern aus den befreiten Lagern. Es wird deutlich, daß das ›schöne‹ Bild nicht richtig ist, obwohl Zweig und Landschaft unleugbar wirklich sind. Christian Schultz-Gerstein hat in dem Buch *Der Doppelkopf* seine Fassungslosigkeit angesichts von Fotos beschrieben, auf denen seine Eltern 1938 beim Baden an der Nordsee oder 1941 lachend in einem Ausflugslokal zu sehen sind.

Die Überlebenden werden von den Alliierten mehr gezeigt als einfach nur gefilmt. Es scheint zuweilen so, als hätten sich die Kameraleute gescheut, sie so aufzunehmen, wie sie sich selbst aufgenommen hätten. Sich in ihnen wie in Spiegeln zu sehen, dazu waren die Kameraleute – möglicherweise aus Hilflosigkeit oder Entsetzen – nicht in der Lage. Das Trennende war für sie wohl stärker als das Gemeinsame. Ihre Bilder lassen Lebende sichtbar werden, die weit von der Welt entfernt sind, Menschen, aus denen die Welt entfernt wurde, von denen sich die Welt entfernt hat. In diesen Bildern ist auch der Zweifel enthalten, ob eine erneute Annäherung gelingen kann. Da sind etwa die Hände von Sanitätern und Ärzten der Alliierten, die auf Wunden weisen oder Körperregionen der Überlebenden abtasten. Diese gewöhnlichen Hände wirken entsetzlich grob und schwer, obwohl sie es außerhalb der befreiten Lager wahrscheinlich nicht gewesen sind. Alles, was einige der Überlebenden tun – in Ruhe Suppe löffeln, stehen, gehen, die Säume einer Wolldecke ohne Angst vor Bestrafung mit den Fingerspitzen über der Brust zusammenhalten – , scheinen sie gerade erst wieder unter Schmerzen zu lernen. Viele schauen gleichgültig und regungslos in die Kamera oder wundern sich darüber, warum sie überhaupt gefilmt werden. Ein

alter Mann wird vorsichtig auf eine Tragbahre gelegt und zugedeckt. Er schluchzt und dankt den Trägern immer wieder mit an den Handflächen zusammengepreßten Händen, wie für eine außergewöhnlich milde, kaum zu begreifende Tat. Auch diese tonlose Bildfolge ist in mehreren Dokumentationen verwendet worden. In einer anderen Sequenz steht ein nicht sichtlich abgemagerter Mann in gestreifter Häftlingskleidung vor der Kamera. Mit seinen Armen hält und stützt er zwei unbekleidete Männer, deren Haut nur von ihren Knochen gespannt zu werden scheint. Während der Mann im Zentrum in die Kamera lächelt, haben die beiden anderen viel Mühe, sich überhaupt auf den Beinen zu halten. Das Lächeln des Kräftigen wirkt eher unbeholfen als grausam oder fröhlich. So, als ob es von einem käme, der weiß, daß er sich in der verwirrenden Übergangszone von der Lagerwelt zu einer anderen Welt befindet und dazu aufgefordert wurde, dieser anderen Welt die Lagerwelt zu zeigen. Überlebende werden es bei Betrachtung der Filme möglicherweise als Zumutung empfinden, ihr Leben lang auf befreite KZ-Häftlinge oder leidende Opfer reduziert zu werden.

Von den in Hamburg aufgeführten Lager-Dokumentationen war »The Memory of the Camps« die einzige, in der befreite Häftlinge gezeigt werden, die Zivilkleidung aussuchen und anprobieren, sich schminken oder ihre Haare kämmen. Wie das weitere Leben der Befreiten aussehen könnte, dazu haben die Alliierten nur wenige Bilder. Diese wirken so, als solle in ihnen die ungültig gewordene Vorstellung vom ›normalen Leben‹ noch einmal mit aller Kraft nachgespielt werden. Es gibt in diesem Film auch eine Kamerabewegung auf zwei Frauen zu, die sich unter einer improvisierten, mit Tüchern abgehängten Dusche im Freien waschen. Diese wie selbstverständlich mit pornographisch berechneter Schaulust aufgenommene Sequenz wirkte schockierender als die Bilder von nackten Leichen oder unbekleideten Überlebenden. Einen Moment lang waren die Gefilmten nichts weiter als ein Publikums-Thrill.

Sich des Unsichtbaren im Sichtbaren der Lager-Dokumentationen zu vergewissern hieße, den Prozeß der Wahrnehmung nicht als Überwindung des Wahrgenommenen auszugeben und sich der Begrenztheit der gesehenen Bilder bewußt zu sein. Sie sind keine Teile, die zusammengefügt die Gesamtheit der Verbrechen der Deutschen ergeben. Sie sind auch nicht identisch mit den unwiederbringlich Fehlenden.

»Wie hinschauen also?« fragt Johannes Beringer in einem Text zu »The Memory of the Camps« und antwortet: »So, daß man den Menschen im Opfer sieht. Bei diesem Film wäre das durch den Zusammenhang der Montage ... partiell möglich: einen, der in der Baracke auf der Pritsche liegend in die vorüberschwenkende Kamera schaut, wiedererkennen, sehen, was er ist, wie er im täglichen Leben war. Eine Mütze aus den zwanziger Jahren erkennen, den dazugehörigen Typ, die dazugehörige Haltung ...« (»Filmkritik«, Nr. 327-328, März/April 1984). Mit diesem »partiell« jedoch ist bereits die Unmöglichkeit des Vorhabens beschrieben, »den Menschen im Opfer« zu sehen. Zu einer Mütze aus den zwanziger Jahren einen wiedererkennbaren Typ und eine Haltung zu konstruieren, sind gewiß freundliche Phantasien – aber es sind Phantasien, die die Verhältnisse in einem Konzentrationslager auf für das Publikum komfortable Weise ignorieren. Behringer schließt seinen Text mit der Hoffnung, daß »die Kenntnisnahme dieses Films ... aber wenigstens jenen etwas von der Last der quälenden Erinnerungen abnehmen (könnte), die das Lager am eigenen Leib erfuhren und mit der Gegenwart des wiederkehrenden Alptraums leben«. Auch der als akrobatischer Lastenausgleich vorgestellte Kinobesuch gehört zu jenen kitschigen Formen von Sinnproduktion, auf die die Nachgeborenen besser verzichten sollten.

Die naheliegendste politische Reaktion auf die Lager-Dokumentationen der Alliierten blieb in der Bundesrepublik aus. Sie hätte lauten können: Es ist nicht recht, was diesen Menschen angetan worden ist; diejenigen, die für ihren Zustand verantwortlich sind, die diesen Zustand durch Taten, Unterlassungen und Duldungen herbeigeführt haben, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. In der Bundesrepublik aber war das öffentliche Interesse an diesen Filmen ähnlich gering wie gegenüber den ersten Berichten, die Lager-Überlebende veröffentlichten. Die Bundesdeutschen wußten Bescheid, verbaten sich Anklagen und nahmen jedes Verstummen von Zeuginnen und Zeugen erleichtert oder befriedigt zur Kenntnis.

Die Dokumentationen der Alliierten gehören zu jenem in sich zerrissenen, uneinheitlichen Gewebe von Berichten, Dokumenten, Kunstwerken und Gedanken, das Erinnerungen an die Ereignisse in den deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern ermöglicht. Und so wenig, wie es das eine, perfekte Vermittlungsmedium geben kann, so wenig können Medien Individuen daran hindern, sich der Ereignisse in den deutschen Lagern zu erinnern. Ein und dieselbe Person wird mit den »Maus«-Comics von Art Spiegelman, mit einem Buch von Ruth Klüger, einem Text von Jean Améry oder mit den Bildern von Charlotte Salomon unterschiedliche Erinnerungs-Erfahrungen machen. Wer es nicht lassen kann, möge ruhig irgendeine Wertskala errichten und sagen, daß Filme besser geeignet sind als Bücher oder Gedichte. Doch auch mit solchen Kontrollmaßnahmen läßt sich Erinnerung nicht abschließen, standardisieren oder berechnen.

Daß, wie Detlev Claussen zu den Dokumentationen der Alliierten schreibt, »der Anblick der Toten ... die Gegenwart verdirbt«, ist eine ebenso vage wie in dieser Allgemeinheit kaum zutreffende Aussage. Wohl aber besteht die Möglichkeit, daß die Lebenswirklichkeit der Nachgeborenen durch die Lager-Dokumentationen aus dem Zustand fragloser Selbstverständlichkeit herausgehoben wird. Solcherart irritiert und in Unruhe versetzt, werden Individuen vielleicht auch versuchen, sich die nicht in Bildern festgehaltenen ›funktionierenden‹ Vernichtungslager zu vergegenwärtigen.

Konkret 11/99, S. 68

Joachim Rohloff

Sonderbares Gehirn

Von der Badehose Chruschtschows zum Todfeind der Sozialschmarotzer:Die ziemlich normale Karriere des H. M. Enzensberger kann jetzt in einer Biographie studiert werden

Ob es so etwas unbedingt gebraucht hätte: die Biographie eines, der geboren wurde, zu schreiben begann, auf Anhieb erfolgreich war und bis heute weiterschreibt? Dessen Existenz, von den allerersten Jahren abgesehen, nur aus Wörtern besteht und eine durch und durch bundesrepublikanische ist – ohne Katastrophen und ohne Zweifel schon deshalb, weil er ja immer zwei Minuten früher als alle anderen wußte, wo es langgeht? Gewiß, die Legende, er habe sich einst in Chruschtschows »persönliche Badehose« kleiden dürfen, mußte endlich berichtigt werden: Das Wäschezeichen lautete nicht auf »Nikita«, sondern auf irgendwelche »Gäste«. Man sollte aber keinem Biographen trauen, wenn er die Badehosensage zerstört, nur um sie durch eine noch weniger glaubliche zu ersetzen: »Enzensberger betrat das Schwarze Meer.«

Um vom Poeten HME zu schweigen, der in zwanzig Jahren vergessen sein oder in hundert Jahren knapp unter Goethe und weit über Brecht rangieren mag: Vom politischen Denker und Essayisten, vom »Doyen der bundesdeutschen Gesellschaftsbetrachtung« (Reinhard Mohr) ist schon heute nicht viel übrig. Dem Biographen Lau kann es kaum gefallen haben, daß er die politischen und kulturkritischen Schriften seines Helden einer in den meisten Fällen vernichtenden Kritik unterziehen und dabei beobachten mußte, wie dieser von Seite zu Seite immer kleiner wurde. So findet sich an der Stelle, wo die Biographie die Gegenwart erreicht und wo man ein weiteres Kapitel erwartet, das den ganzen Enzensberger würdigt und ihm den gebührenden Rang zuweist, nach einem Zitat aus einem neueren Gedicht nur eine hilflose Floskel. Der ehedem »zornige junge Mann« (Andersch) hat auf seine alten Tage in den Walserschen »Daseinsbejahungsdienst« gefunden: »›Vielen Dank für die Wolken. / Vielen Dank für das Wohltemperierte Klavier / und, warum nicht, für die warmen Winterstiefel. / Vielen Dank für mein sonderbares Gehirn.‹ Diesem letzten Satz haben auch wir jetzt nichts mehr hinzuzufügen – und brechen deshalb hier einfach ab.«

Der junge Enzensberger lieferte ein paar ideologiekritische Meisterstücke, als er etwa Inhalt und Stil des »Spiegel« und der »FAZ« analysierte. Daß man, wenn nur die Zeit vergeht, auch ganz ohne Alkoholmißbrauch dümmer werden kann, beweisen seine Essays aus den neunziger Jahren. Als alle sagten, Saddam Hussein sei der neue Hitler, wußte HME ein besonderes Argument: nämlich die »anthropologische Tatsache«, daß beleidigte Völker sich nach dem Untergang sehnen und deshalb Führer zeugen, die sie in einen aussichtslosen Krieg gegen den Rest der Welt und letztlich gegen sich selbst werfen. Wie einst die Deutschen die Parole vom »totalen Krieg« bejubelten, »ebenso inbrünstig äußern heute Millionen von Arabern den Wunsch, für Saddam zu sterben«.

Alles Quatsch: Es gab keine arabischen Massen im Todesrausch. Innerhalb weniger Wochen erwies sich, daß auch die grotesk überschätzte irakische Armee nur aus ganz durchschnittlichen Soldaten bestand, die auf Befehl in den Krieg zogen, denen aber das eigene Leben lieber war als der Ruhm ihres Führers. Seine Fehldiagnose allerdings hinderte Enzensberger nicht daran, der Nato im Fall Jugoslawiens einige kostbare Ratschläge zu erteilen. Man solle doch, da man den Bodenkrieg scheue, die aus dem Kosovo geflohenen Albaner bewaffnen und zurückschicken, ihnen werde es an »Motivation« kaum mangeln. Und das leidige völkerrechtliche Problem der verletzten jugoslawischen Souveränität lasse sich doch ganz leicht beheben: Wenn man nur die Regierung Rugova anerkennte, wäre »der Verteidigungskrieg der Albaner völkerrechtlich legitimiert«. Hätte man dann noch, so ließe sich dieser Vorschlag weiterdenken, das autonome Kosovo in die Nato aufgenommen, wäre diese selbst das Opfer einer Aggression gewesen und hätte jedes Recht besessen, sich zu wehren. Was aber die Serben dereinst im Kosovo treiben würden, stand schon vor dreihundert Jahren geschrieben: »Wer sich von den Plünderungen, Brandschatzungen, Massakern und Greueltaten der serbischen Soldateska ein Bild machen will, sollte sich nicht auf CNN verlassen, sondern Grimmelshausen lesen.«

Schon in den achtziger Jahren, bevor Enzensberger die anthropologische Tatsache namens Hitler entdeckte, mied er die einschlägigen historischen Kontroversen. »Der sogenannte Historikerstreit um die Frage der ›Singularität‹ oder Vergleichbarkeit des Holocaust, aus dem Jürgen Habermas als K.-o.-Sieger über eine Garde konservativer Historiker (Ernst Nolte, Michael Stürmer, Andreas Hillgruber) hervorgeht, ist symptomatisch für das immer noch ängstlich-unfreie Klima der öffentlichen Debatte in der Bundesrepublik. Hans Magnus Enzensberger beteiligt sich bezeichnenderweise nicht an solchem Schlagabtausch; die sterile Aufgeregtheit der bundesrepublikanischen Debatten um die deutsche Vergangenheit läßt ihn kalt« (Lau). Die Frage, ob die Ursprünge des Holocaust nicht vielleicht in Moskau zu finden sind und ob Hitler im »Weltbürgerkrieg« nicht doch auf der richtigen Seite kämpfte, muß cool erwogen und schließlich von Fachleuten entschieden werden. Zum Streit zwischen Martin Walser und Ignatz Bubis bemerkte Enzensberger denn auch nur, von dem »sehr beschäftigten« Bubis könne man nicht erwarten, daß er die Werke seines Kontrahenten gründlich studiert habe.

Soeben war Enzensberger selbst mit einem bedeutenden Kulturpreis bedacht worden, und in seiner Dankesrede hatte er sich, ebenso wie Walser, zum Sprecher einer leidenden Mehrheit aufgeworfen. Diese Rede wird vom Biographen verschwiegen, sie markiert den bisherigen Tiefpunkt jenes »aufklärerischen Denkens«, das der Heine-Preis belohnte.

Walser wähnte sich von »Meinungssoldaten« umstellt, die ihm mit der »Moralkeule« drohten, Enzensberger fühlte sich belästigt von »einer Phalanx von Mahnern, deren vorwurfsvolles Unisono uns in den Ohren schallt«. Obwohl doch der Heizölverbrauch anderes erwarten lasse, behaupten sie, wir lebten in einer kalten Welt. »Was uns da zu schaffen macht, ist vor allem das Klima sozialer Kälte, von dem viele Medien zu berichten wissen. Und wer ist daran schuld? Die Ellenbogen- und Zweidrittelgesellschaft, in der die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.« Dabei ist doch der Unfug solcher Beschuldigungen längst erwiesen: »Selbst ein Sozialhilfeempfänger, murmelt eines der führenden Institute, genieße heute einen höheren Lebensstandard als ein Durchschnittsverdiener zu Anfang der sechziger Jahre. Und ein weiterer Forscher stellt fest, daß von einer Schere zwischen Arm und Reich, die sich immer weiter öffne, nicht die Rede sein könne: Zwischen 1985 und 1995, heißt es lapidar, sei ›das Einkommen in allen Schichten gewachsen‹.« Obwohl also der Durchschnittslohn vor vierzig Jahren womöglich noch niedriger war als der heutige Sozialhilfesatz und obwohl niemand Grund hat, über sein sinkendes Einkommen zu klagen, belemmert uns unaufhörlich »eine eigentümliche Form der Kapitalismuskritik, die sich nach dem Untergang des real existierenden Sozialismus durchgesetzt hat und die nicht mehr mit der politischen Ökonomie argumentiert, sondern mit einer Moral, die sich vor allem durch ihre Penetranz auszeichnet«.

Wenn die Einkommen aller wachsen, kann sich der Einkommensunterschied nicht vergrößern. Für diesen Schluß brauchte es schon einen ausgewiesenen Intellektuellen. Und er hat sogar den Mechanismus der sich selbst perpetuierenden Armut durchschaut: »Nach einer Definition der Europäischen Kommission aus dem Jahr 1981 sind alle arm, die weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens verdienen. Das bedeutet natürlich, daß uns die Armut praktisch nicht ausgehen kann. Selbst wenn das Pro-Kopf-Einkommen im Lande auf über zwei Millionen Mark stiege, würde es an Armen nicht mangeln; sie würden sich aus den simplen Millionären rekrutieren.« Daß der Sozialhilfesatz auf eine Million per anno erhöht wird, werden wir wohl nicht mehr erleben. Dafür sehen wir aber schon heute wirkliche Millionäre unter der Last unerträglicher Steuern zusammenbrechen, die sie gar nicht zahlen. Und wir müssen dem Gründer des *Kursbuches* erklären, daß auch der materielle Inhalt des Armutsbegriffs nicht ein für allemal feststeht, sondern selbstredend historischem Wandel unterliegt und sich relativ zur Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums verändert.

Die »wundersame Vermehrung der Bedürftigen« diene einerseits der Erhaltung der Sozialbürokratie und verschaffe den Moralpredigern ein dankbares Publikum, andererseits führe sie dazu, daß gigantische Budgets unter allen verteilt werden, die den Finger heben, während die wahrhaft Bedürftigen unversorgt blieben. »Schweigen wir von den rund vierzig Millionen Menschen, die nach der Schätzung der Vereinten Nationen dort, wo die Armut weniger großzügig definiert wird, alljährlich verhungern.« Und wenn man’s genau betrachtet, wird dort die Armut nicht einmal kleinlich definiert, es wird einfach an ihr gestorben. Wer nicht hungert, soll das heißen, kann nicht arm sein. Eine ökonomische Kritik, die Enzensberger nicht beabsichtigt, die er lediglich gegen die moralische Kritik ins Feld führt, damit auch sie noch verstumme, käme vielleicht auf den Trichter, daß hinterm Hungertod in der Dritten Welt und der wachsenden Armut in den Metropolen dieselbe kapitalistische Rationalität steckt. Einst waren solche Gedanken auch Enzensberger nicht ganz fremd, und er reiste nach Kuba, um das diplomatische Korps über westliche Umgangsformen zu belehren. Er mußte aber feststellen: Die Kubaner waren zehn Jahre nach ihrer Revolution immer noch arm, und das Reich der Freiheit war auch noch nicht angebrochen. Enttäuscht kehrte er heim und revidierte seine Meinungen.

In Enzensbergers Rede zum Heine-Preis kehrten viele Topoi der geläufigen und billigen Kritik am sogenannten Gutmenschen wieder. Halbwegs originell war nur das Lob seines Antipoden, des vermeintlich gutmütigen Bürgers, der seine Steuern zahlt, bürokratische Schikanen erduldet, ein Ehrenamt auf sich nimmt, das Elend in der Welt durch großzügige Spenden lindert und der doch ständig ob seiner moralischen Unzulänglichkeit beschimpft wird. Was er sich bieten lasse, ohne zu revoltieren, »das geht auf keine Kuhhaut«. Am Ende aber kam hinter der Gutmütigkeit der autoritäre Charakter zum Vorschein. HME nämlich appellierte an die Moralprediger: »Ihr seid stolz darauf, daß ihr den Leuten auf die Nerven geht. Aber treibt es bitte nicht zu weit, nicht so weit, daß sie die Nerven verlieren. Denn was dann passieren könnte, wollen wir uns lieber nicht ausmalen.« Auf seiner Gutmütigkeit besteht noch jeder Wirtshausschläger, bis die Faust aus der Tasche fährt. Nicht an seiner Duldsamkeit könnte es liegen, daß der Bürger die Zumutungen erträgt, sondern an dem Umstand, daß sie vom Staat verhängt werden. Dann allerdings wäre er nicht zu loben, sondern zu fürchten.

Jörg Lau: *Hans Magnus Enzensberger. Ein öffentliches Leben*. Alexander Fest Verlag, Berlin 1999, 394 Seiten, 49,80 Mark

Konkret 11/99, S. 70

Gerhard Henschel

Der gute Iwan

Der Tod Raissa Gorbatschowas gab den Deutschen die Gelegenheit, die sie noch brauchten, um Michail Gorbatschow als ihren Lieblingsonkel zu adoptieren

Wenn eine Kommunistin an Blutkrebs stirbt, räumt die »Bildzeitung« normalerweise nicht die halbe Titelseite frei, um zu kondolieren. Doch am 21. September 1999 machte »Bild« eine Ausnahme: »›Bitte bleib bei mir‹, flehte Michail Gorbatschow (68). Doch seine Raissa (67) hat den Kampf gegen den heimtückischen Blutkrebs verloren. Sie starb Montagnacht um 2.55 Uhr. Ihr Mann und Tochter Irina (42) waren in der Todesstunde bei ihr. Gorbatschow saß noch lange am Bett seiner toten Frau, hielt sie fest, weinte vor Trauer und Gram.« Und wir können sagen, wir sind dabeigewesen. »Raissa und Michail – was war das Geheimnis ihrer großen, starken Liebe? – Seite 12.«

Verraten wurde das Liebesgeheimnis auf Seite 12 von Mainhardt Graf Nayhauss, der die Quelle, aus welcher er seine Informationen über das voreheliche Geschlechtsleben der Gorbatschows bezogen hatte, zwar geheimhielt, aber als Kavalier alter Schule alles andere als genießerisch preisgab: »Sexuelle Beziehungen außerhalb einer Ehe paßten nicht in die stalinistischen Moralvorschriften. Aber die Studenten wußten sich zu helfen. In Gorbatschows Studentenheim gab es einen Plan, wonach jeder Mitbewohner einmal pro Woche für eine Stunde eine ›sturmfreie‹ Bude hatte – als ›Säuberungsstunde‹ deklariert.« Und worin bestand das Liebesgeheimnis? »Winzige Gesten, zufällige Blicke verrieten eine tiefe Bindung.« Im übrigen habe Raissa ihm, dem Grafen Nayhauss, einmal »mit leuchtenden Augen von den Schönheiten des Kaukasus, seinen Bergen und Flüssen, den kleinen wohlschmeckenden Forellen, von Pilzen und frischer Luft« Bericht erstattet.

»Die zierliche Raissa (1,68 m groß) war umschwärmt: ›Sie war graziös und schön wie ein Weidenbäumchen‹, erinnert sich ein Kommilitone.« Auch das war auf Seite 12 zu erfahren. Weitere Einzelheiten hatten die »Bild«-Reporterinnen Ulla Bohn, Britta A. Friedrich und ihr Kollege P. Koenigsfeld recherchiert: »Nach Raissas Tod blieb Michail Gorbatschow noch zwei Stunden an ihrem Bett auf der Intensivstation sitzen, hielt die Hand seiner toten Frau, schluchzte laut, als ihn die Trauer überwältigte. Erst um 5 Uhr morgens kehrte Gorbatschow zurück in sein Hotel. Blass, die Augen verweint. Ein gebrochener Mann. ... Noch am Tag vor Raissas Tod war Bundeskanzler Gerhard Schröder nach Münster geeilt. In Frankreich hatte er erfahren: ›Es geht zu Ende ...‹ Er sprach 40 Minuten lang mit Gorbatschow, in dessen Hotelzimmer, tröstete ihn in den schweren Stunden des Bangens.« Während Ulla Bohn, Britta A. Friedrich und P. Koenigsfeld ungeduldig an der Hoteltür kratzten. »Zum Abschied umarmten sich die Männer – beide hatten Tränen in den Augen. Gorbatschow: ›Ich bin den Deutschen sehr dankbar!‹«

Nichts für ungut. Gorbatschow hat den Deutschen »die Einheit geschenkt«, und dafür lieben sie ihn. Er ist der gute Iwan, der Freund aller Deutschen. Anfangs hatte er nur linksradikale Kunstgewerbler begeistert, dann auch ostdeutsche Pfarrer, Utopisten jeder Couleur, schließlich den Bundeskanzler persönlich und zuletzt parteiübergreifend das politische Establishment bis hinab zum letzten Kalten Krieger. »Gemessen an all seinen Vorgängern, diesen verdorbenen Greisen, duftet Gorbatschow wie der junge Frühling«, erklärte Wolf Biermann am 10. Februar 1987 in der »Taz«. »Wir werden wieder, wie zu Lenins Zeiten, / lernen müssen, das Wort ›Freiheit‹ / russisch zu buchstabieren / statt amerikanisch«, phantasierte der von Gorbatschow entzückte Peter Schütt. Am tiefsten hatte der vom Kommunisten zum grünbraunen Tischerücker gereifte Rudolf Bahro Luft geholt: »Er« – Gorbatschow – »will die Kompaßnadel der Russischen Revolution wieder ausrichten auf die allgemeine Emanzipation der Menschen, Mann und Frau, auf unseren Aufstieg zur Freude und darüber hinaus zur Kommunikation und Kommunion mit dem Ganzen.« Gorbatschow sei der erste, der »im höchsten Staatsamt« das von Bahro ersehnte »Denken des neuen Zeitalters auszusprechen und zu verkörpern sucht. Dort ist einer erschienen, der schon die Hoffnung auf den ›Fürsten‹ einer Rettungspolitik personifiziert« (Rudolf Bahro: *Logik der Rettung*. Stuttgart und Wien 1987, S. 325). Denn: »›Transparenz‹ – das ist ein Lichtbegriff. Kommt dies Gemeinte bei der Perestroijka Gorbatschows heraus, so wird sich die Sowjetgesellschaft auf das Ideal einer Heliopolis zubewegen« (a.a.O., S. 328). Neunzehn Seiten später wollte Bahro dann auch gleich noch »Hitler miterlösen«, und zwar so, »wie Rußland jetzt Stalin erlöst«.

Auch Zeitgenossen, die zur Entschuldigung keine Knastmacke vorweisen konnten, raubte Gorbatschow, als er noch wie der junge Frühling duftete, den Verstand. Wehmütig erinnerte sich der Pfarrer Rainer Eppelmann 1993 daran, daß er als Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Modrow eines Tages »die Chance hatte, Gorbatschow eine Altarkerze zu überreichen, auf der stand ›Spassibo‹ drauf, und das heißt Danke, und die hab' ich dann Gorbatschow überreicht, das scheint ihn sehr beeindruckt zu haben. Er sagte, ein solches Geschenk hätte er noch nie gemacht bekommen, und als ich dann am 8. Mai wieder in Moskau war, ist bei der Feierstunde im Bolschoitheater Gorbatschow extra auf mich zugekommen, er hatte diese Kerze tatsächlich nicht vergessen« (zitiert nach Ekkehard Kuhn: *Gorbatschow und die deutsche Einheit. Aussagen der wichtigsten russischen und deutschen Beteiligten*. Bonn 1993, S. 112 f.).

Nachdem er von Eppelmann eine Altarkerze als Geschenk gemacht bekommen hatte, wurde der rettungspolitische Fürst Gorbatschow entthront. Fortan beförderte er den allgemeinmenschlichen Aufstieg zur Freude vornehmlich durch TV-Gespräche mit Franz Alt, dem er erzählte, daß in seinem, Gorbatschows, neuestem Denken an die Stelle des »europäischen Hauses« nunmehr der »Weltenbaum« getreten sei.

Auf das Ideal einer Heliopolis hatte sich die zerfallende Sowjetgesellschaft unterdessen zwar nur millimeterweise zubewegt (letzter Stand: »Rußland blutet aus. Kapitalflucht gefährdet den Staat«, »Hamburger Abendblatt«, 30.9.99), aber in Deutschland war dank Gorbatschow zusammengewachsen, was zusammengehörte, und zur Belohnung drängte sich ganz Deutschland im Spätsommer 1999 neugierig in das Krankenzimmer der Universitätsklinik Münster, wo Gorbatschows Frau gegen den »heimtückischen Blutkrebs« kämpfte.

»Gorbatschow bangt um seine Raissa«, meldete die »Welt am Sonntag« am 12. September auf der Titelseite und zeigte einen tränenfeuchten »Gorbatschow, 68, mit seiner Enkelin Nastja, 12, in Münster«. Überschrift: »Nastja tröstet Gorbatschow«. Er weile, hieß es, jetzt zehn Stunden täglich am Bett seiner Frau. »›Raissa wird künstlich ernährt. Niemand darf zu ihr. Nur ich darf ihre Hand drücken.‹ Gorbatschow ist gezeichnet vom Leiden seiner Frau: ›Raissa und ich, wir waren immer füreinander da. Jetzt braucht sie mich mehr als je zuvor.‹«

»Villa Russenpech« hatten im Zweiten Weltkrieg deutsche Ostfrontkämpfer auf Holzkreuze geschrieben und sie in die Erde gerammt, unter der die Feinde begraben lagen. Anderthalb bis zwei Generationen später delektierten sich die Nachfahren der Landser nicht mehr am Blut der bösen, sondern an den Tränen des guten Iwans; vorneweg die Leichenaussauger/-innen der Boulevardpresse: »Die Welt weint um Raissa, die Wunderbare. Doch gleichzeitig mit der Trauer um sie steigt ein neues bewunderndes Staunen auf für ihn – für den Mann Michail Gorbatschow. Mitten in der Trauer steht Gorbi wieder einmal da als Lichtgestalt: ein Liebender. Einer, der das herzzerreißende Drama des Alleinbleibens vor unser aller Augen erlebt und unser aller Furcht und Hoffnung erzählt: Wie werden wir sterben? Und wie werden wir überleben? ›Liebe bis in den Tod‹ – wie romantisch ist das? Oder wie schmerzlich?«

So fragte, in der Illustrierten »Bunte« (Nr. 39/99), Eva Kohlrusch. Und sie hatte noch ein paar Fragen mehr auf dem Herzen: »War es genau das, was die Welt spürte, als Gorbatschow auf die Weltbühne trat? War es auch die Power dieser Ehe, diese tiefernste, demütige Fähigkeit zu lieben, daß man ihm alles zutraute? Er hat den Friedensnobelpreis bekommen; am Krankenbett seiner Frau wurde er noch einmal und nun auch privat zum Helden.« Der Deutschen, wohlgemerkt. Inklusive Powerfrau Eva Kohlrusch, die nach der »Power dieser Ehe« auch die »Power der Liebe« im allgemeinen bekrächzte: »Raissa wird nicht nur als kluge, schöne Mitdenkerin ihres Mannes in der Erinnerung bleiben – sie ist nun auch Symbol für die Power der Liebe. Michail Gorbatschow wußte und weiß derweil nur einen, in dessen Obhut er sich schmiegen mag: Er, der Atheist, begann zu beten. ›Ja, man hat Hoffnung ... auf sich selbst, auf die Ärzte. Und auf Gott.‹«

Festgehalten sei hier zuletzt auch noch, was der Kolumnist Peter Bachér der toten Bolschewistin am 26. September 1999 in der »Welt am Sonntag« nachrief: »Denn die Menschen fühlen genau, was zu Ende gegangen ist: Eine Liebe, für die man einen neuen Namen erfinden müßte, weil ein solch bedingungsloses Zusammenstehen und Füreinander-Dasein voller Treue so selten geworden ist in unserer Zeit der fallenden Werte ... ›Die Liebe ist das Süßeste, aber auch das Bitterste‹, schrieb der griechische Tragödien-Dichter Euripides

vor über 2.000 Jahren. Diese Worte sind gemeißelt, und sie sind so wahr wie eh und je. Michail Gorbatschow erlebt und erfährt diese Bitternis in einem Schmerz, der so groß ist, weil seine Liebe so tief war ... ›Der Tod eines heißgeliebten Menschen ist die eigentliche Weihe für eine höhere Welt. Man muß auf Erden etwas verlieren, damit man in jenen Sphären etwas zu suchen habe‹, schrieb vor 150 Jahren der Dramatiker Friedrich Hebbel. Und niemand kann auch nur ahnen, wann der Schmerz abklingen wird, der sich noch einmal so ergreifend offenbarte, als Michail Gorbatschow sich am Sarg über seine Raissa beugte und ihr mit einer Zärtlichkeit, die nicht von dieser Welt zu sein schien, die Stirn zum Abschied küßte.«

Die klassischen Zitate hatte der Bildungsbürgerdarsteller Bachér natürlich nicht in seinem Gedächtnis gefunden, sondern in irgendeinem eilig konsultierten Nachschlagewerk; möglicherweise in Karl Peltzers Kompilation *Das treffende Zitat*, 5. Auflage, Thun 1974 (Euripides: S. 431; Hebbel: S. 679). Aber immerhin, der Anstrengung, treffende Zitate herauszusuchen und einen hohen Ton anzustimmen, hatte Bachér sich selbst oder einen fügsamen »WamS«-Praktikanten unterzogen, ohne Kosten und Mühen zu scheuen. In unserer Zeit der fallenden Werte standen wenigstens die Aktien des guten Iwans 1999 noch einmal hoch im Kurs.

Das war der Dank des deutschen Vaterlands an Michail Gorbatschow: Er durfte laut schluchzen, als sein graziöses Weidenbäumchen tot war, und sich anschließend, unter den Augen von Eva Kohlrusch, als Held und Lichtgestalt in Gottes Obhut schmiegen. Es ist obszön und pervers, einem trauernden Witwer vom Gesicht geknipste Tränen öffentlich breitzutreten und sie mit geflügelten Worten zu garnieren, aber Gorbatschow ließ auch diese Erniedrigung noch mit Schafsgeduld über sich ergehen. Eines hoffentlich noch fernen Tages, schrecklicher Gedanke, werden Mainhardt Graf Nayhauss, Ulla Bohn, Britta A. Friedrich, P. Koenigsfeld, Wolf Biermann, Rainer Eppelmann, Peter Schütt, Eva Kohlrusch

und Peter Bachér auch Gorbatschow selbst die Stirn zum Abschied küssen müssen. Und niemand kann auch nur ahnen, wann der Schmerz abklingen wird.

Konkret 11/99, S. 72

Kay Sokolowsky

filmtheater

Jakob der Lügner

?Regie: Peter Kassovitz; mit Robin Williams, Bob Balaban, Hannah Taylor Gordon; Frankreich/Ungarn 1999 (Tristar); 119 Minuten; ab 28.10. im Kino

Nichts als die Wahrheit

?Regie: Roland Suso Richter; mit Götz George, Kai Wiesinger, Karoline Eichhorn; Deutschland 1999 (Helkon); 128 Minuten; seit 23.9. im Kino

Ein Spezialist

?Regie: Eyal Sivan; mit Adolf Eichmann; Israel 1999 (Arsenal); 128 Minuten; ab 11.11. im Kino

Drei neue Filme über die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, doch nur einer darunter, den zu sehen sich lohnt, weil ihm die Bilder, und zwar vor allem jene, welche er nicht zeigen mag (oder kann), wichtiger sind als alle Worte. Den Raum, in dem diese Werke aufgeführt werden, das dunkle Kino, nicht etwa als einen Ort der kollektiven Identitätsstiftung, sondern als einen der Isolation und Ohnmacht auszunutzen, kam nur den Autoren von »Ein Spezialist« in den Sinn. Daß angesichts der Shoah jede Gruppenbildung zu unterbleiben hat, weil schon der Hauch eines Gemeindegefühls die absolute Sinnlosigkeit der Gasmorde negiert und, beim besten Willen, die Demut vor der schieren Zahl der Opfer die anonyme Todesmühle der Deutschen noch im Gedenken triumphieren läßt; daß also dort, wo hundert einander Unbekannte einen Film über den Holocaust sehen, besser einhundert wortkarge Verstörte als eine Hundertschaft von Brüdern den Saal verlassen sollten, daß die Trauer über die Geschlachteten eben nicht kollektiv verhandelt werden darf, sondern immer nur und immer wieder individuell – : diese didaktische Maxime war die wertvollste Erkenntnis aus der suspekten Rezeption von »Schindlers Liste«; es hat sich aber weithin nur die dümmste – »wir sollten drüber reden, lohnt sich« – herumgesprochen.

»Jakob der Lügner«, nach dem Roman von Jurek Becker jetzt zum zweiten Mal verfilmt, vermeidet weiträumig alle Irritationen. Die Juden, die in einem namenlosen Ghetto ihre Deportation ins Vernichtungslager erwarten, sind gerade so verwahrlost, daß man sie als Opfer identifizieren kann, aber nicht so erniedrigt, daß der Antisemit sie als die Tiere identifizieren könnte, die Goebbels' und Hipplers Kameraleute ohne große Mühe aus den Menschenresten machten, die sich ihnen im SS-Ghetto darboten, als sie Material für »Der ewige Jude« sammelten. Der Vorlauf der industriellen Vernichtung, die »Konzentration« und Entrechtung, verharrt in »Jakob der Lügner«, US-Remake, an einer Grenze, welche deutsche Ausrottungspolitik nie kannte: Diese Grenze heißt »menschliche Würde«.

Gewiß: Anrührender und zugleich reservierter als in der Rolle des Juden, der wider Willen zum Verkünder der Rettung aufsteigt, war Robin Williams nie zu beobachten. Aber das Finale des Films, in dem Jakob stirbt, um sogleich seine Apotheose zu erfahren, der Schluß dieses Films, der so tut, als wär' er offen, tatsächlich jedoch alle weiteren Fragen nach der Mechanik der Shoah abschneidet – dieses Ende verwandelt die hoffnungslose Geschichte Beckers in eine, die vom Verleih unter diesen, unwillentlich obszönen, Slogan gestellt werden kann: »Als alle Hoffnung verloren war, hat er neue erfunden.« Obschon inszeniert von einem Überlebenden, wirkt »Jakob der Lügner« stets wie Konfektionsware, unberührt von irgendeiner persönlichen Erfahrung. Peter Kassovitz, ein altgedienter Fernsehkitschier, scheint von den visuellen Phrasen, die sein bisheriges Werk prägten, um jede eigene Sprache gebracht worden zu sein – und darin liegt eine Tragödie, die weit mehr Respekt und Entsetzen verdient hat als Kassovitz' lauwarme Romanadaptation.

Den nachkriegsgeborenen Deutschen, die »Nichts als die Wahrheit« realisierten, geht es natürlich nicht um die »Wahrheit« und nicht mal mehr um die Ehrenrettung der Opfer; vielmehr und vor allem um die Arisierung derjenigen Film-Sprache, die sie, zu Recht, für die globale halten, die amerikanische also. »Wir fanden«, dröhnt Werner Koenig, der Produzent, »daß der Film in Deutschland gemacht werden mußte, als deutscher Film.« Roland S. Richter, der Regisseur, ergänzt: »Ich fand es spannend, es so zu machen wie das amerikanische Kino.« Und so entstand ein *Courtroom-pic*, das es mit allem Eifer der Kundschaft rechtmachen will – den Kritikern wie dem Publikum – , aber die Geschichte, die es erzählt, behandelt wie ein x-beliebiges Sujet. Der Film will vorführen, was wäre, wenn Josef Mengele, der Arzt von Auschwitz, nicht 1979 in Brasilien ertrunken wäre, sondern 1999 in die Schranken eines deutschen Gerichts treten müßte.

Johannes Betz, der Verfasser des Drehbuchs, als Kenner der Materie ausgewiesen, hierzulande, weil er für RTL ein Serienkonzept über Serienmörder entwickelt hat, bringt die rasende Geschichts- und Schamlosigkeit seinesgleichen junger Deutscher flott in einen Absatz: »Kann ich nicht einen Blick auf das Dritte Reich werfen, wie es ein Engländer, Amerikaner oder Franzose tut? Ich bin überzeugt davon, daß ich das Recht dazu habe. Insofern war die Arbeit an diesem Stoff auch eine Art Selbsttherapie, die mich dahin gebracht hat, mich von dieser sogenannten Kollektivschuld zu emanzipieren.« Das erklärt allerdings alle Geschmacklosigkeiten des Films. Die Macher glauben, ein Recht zu haben, und leiten daraus die Berechtigung ab, eine »sogenannte Kollektivschuld« für ein schlimmeres Unrecht als selbst die »Endlösung« zu halten.

Mengele (von Götz George weniger gespielt als zelebriert) verteidigt sich mit dem Lieblingsargument der Euthanasieanhänger: Er habe den ohnedies Todgeweihten ihr Leiden nur verkürzt. Die monströse Dummheit und Ignoranz von Betz, Richter und Koenig besteht darin, die »pure« Euthanasie als ein Verbrechen gar nicht mehr wahrzunehmen, sondern dem Dr. Mengele nur mehr vorzuwerfen, er habe Euthanasie auch an »Lebenstüchtigen« verübt. Das »System Mengele« (Hans Wollschläger), die Austauschbarkeit dieses Arztes, spielt in Richters Film keine Rolle. Der Unhold wird nach Kräften dämonisiert (Mengele sieht von hinten aus wie Major Kurtz in »Apocalypse now«, von vorn wie Murnaus »Nosferatu«); aber seine entsetzliche Normalität, sein institutionalisierter Sadismus werden nicht einmal erwähnt. »... in einem System versucht eben jeder, seinen Job gut zu machen«, kommentiert Produzent Koenig. Über dieses unheimliche »System« aber erfährt man in »Nichts als die Wahrheit« nichts. Die Shoah wird als das Melodram erzählt, das sie nie war, als das sie in der Perspektive der »unschuldigen« Ignoranten von heute aber erscheint.

»Ein Spezialist« von Rony Brauman und Eyal Sivan will nichts weiter sein als die Illustration zu Hannah Arendts berühmtem Buch *Eichmann in Jerusalem*. Aus den – erhaltenen – 350 Stunden Videomaterial des Eichmann-Prozesses haben die Autoren eine Bilder-Collage geschnitten und geschliffen, die auf nichts anderes hinauswill, als den Transportfachmann des Holocaust als die nichtige, gehorsame Beamten-Lemure vorzuführen, die er war. Kein Urteil, kein Kommentar. Nur der Mörder, der beflissen aufspringt, wenn es um ihn geht, und ruft: »Jawohl, das stimmt!« – Die weltberühmte Ikonographie des Eichmann-Prozesses, die in »Nichts als die Wahrheit« ungewollt zu trivialen Klischees verkommt, Klischees, welche Brauman und Sivan ignorieren, verwandelt sich mit Hilfe von Götz George in ein »explosives« Gerichtssaal-Drama. Sub specie Eichmann gab es nichts Dramatisches? Das walte Götz.

Konkret 11/99, S. 73

Fanny Müller

Was der kleine Hosenscheißer braucht

Von Idioten für Idioten: Ein Blick in die erste Ausgabe des neuen MännerMagazins »alexx«

Frauen, das ist bekannt, können viele Dinge gleichzeitig tun: bügeln, fernsehen, Kindern eine runterhauen, telefonieren und überlegen, was sie Großtante Mimi zum Geburtstag schenken könnten. Männer dagegen sind bereits überfordert, auch das ist nichts Neues, wenn sie simultan Radio hören und die Spülmaschine ausräumen sollen. Und, nebenbei gesagt, Verwandtschaftsverhältnisse können sie sich auch dann nicht merken, wenn sie gerade nichts anderes zu tun haben.

Die geschlechtsspezifischen Zeitschriften trugen bisher diesen Tatsachen Rechnung. In der »Brigitte« beispielsweise findet man Mode, Kosmetik, Nudelrezepte, Lebenshilfe, Kurzgeschichten, Kulturnachrichten usw., während Männerzeitschriften, die übrigens durchweg »Fachzeitschriften« genannt werden, sich jeweils auf nur ein Thema beschränken: Entweder auf Computer oder auf Angeln, auf Fußball oder auf Autos. Und auf das andere, Sie wissen schon: Schweinebilder. Diese Magazine haben einfach kapiert, daß, wenn ein Gedanke durch ein Männerhirn flutscht, alle anderen Gedanken Mittagspause haben. Deshalb glaube ich auch nicht, daß die neue Männerzeitung »alexx« viel Erfolg haben wird. Die bringt einfach zu viel verschiedenes Zeugs.

»alexx – Das Magazin, das Männer brauchen«. – Was also brauchen Männer? Erst mal, scheint's, brauchen sie ein grausiges Lay-out-Gerumpel – 17 Fotos kreuz und quer auf einer Seite; ich habe noch nie verstanden, warum das irgendwie super sein soll, mich macht so was bloß verrückt; dazwischen Text-Einsprengsel, die verrraten, daß die Redaktion davon ausgeht, daß ihre Leser sich nicht länger als maximal zwei Minuten auf ein Thema konzentrieren können.

Was der Mann zweitens auch noch braucht, sind viele bunte Statistiken, die ihm den Eindruck vermitteln, daß er hier was Wissenschaftliches zu lesen kriegt (Fachzeitschrift!). Mitgeteilt wird einem da u. a. folgendes: Unter der Woche sind nach Mitternacht nur noch 12,3 Prozent Männer unterwegs (Bild dazu: nackte Frau); 75 Prozent mehr Männer als noch 1996 verzichten ungern auf ihr tägliches Bad (Bild dazu: nackte Frau). Das glaube ich ja übrigens nicht, wenn man mal überlegt, wie es in der S-Bahn immer riecht.

Drittens werden weitere nachweislich falsche Informationen auch dringend benötigt, nämlich daß die Zeugung eines Mädchens quasi ein »Betriebsunfall« sei, weil »das Männergen SRY versagt« habe. Tatsächlich aber ist das männliche Geschlecht erst verhältnismäßig spät im Laufe der Evolution als Betriebsunfall aufgetaucht und deshalb auch im großen und ganzen anfälliger als das weibliche, und eigentlich ist das auch alles wurscht und scheißegal, aber eine so dummerhaftige Lüge ist doch eine Nummer zu dreist.

Viertens braucht der Mann Infos darüber, daß weibliche Chefs autoritärer sind als männliche und daß Frauen zur falschen Zeit diskutieren wollen (gemeint ist: daß Frauen überhaupt mit Männern diskutieren wollen, was ich auch überflüssig finde, denn einen Sinn hat das ja nicht), und diese Infos werden, aus dem Zusammenhang gerissen, den Veröffentlichungen von prominenten Feministinnen entnommen. Feige sind die Redaktions-Jungs also auch noch.

»Männer zahlen diesen Staat« heißt es auf Seite 13 des ersten Heftes. Der Anteil von Männern an der Lohnsteuer betrage 70 gegenüber 29,3 Prozent bei Frauen. Ergo, so »alexx«, werden 70 Prozent aller deutschen Straßen (Straßen? Ach so, ja, wegen der Autos. Und wer sitzt da wohl zu 70 Prozent drin? Na, Schwamm drüber) und 70 Prozent aller Sozialleistungen von Männern bezahlt: »So herum kann man schließlich auch mal gucken.« Genau! Warum Frauen weniger Lohnsteuer bezahlen, interessiert ja keine Sau. Andersherum könnte man auch mal gucken, daß von 100 Personen, die jemanden aus der Familie um die Ecke bringen, »nur« 90 Männer sind. Aber das bringt den Leser vermutlich nicht so richtig nach vorne.

Viel Reklame kommt auch vor und – Gott, das ist ja ein alter Hut – Artikel und Bilder, aus denen man nicht schlau wird. Handelt es sich um Anzeigen oder um redaktionelle Beiträge? Nur 13 Seiten bestehen aus einwandfrei erkennbaren ganzseitigen, teils sogar zweiseitigen Anzeigen von Harley-Davidson, Marlboro, West, Audi, Ford, British Airways, Kabel 1, Cerruti-Jeans, Axe-Deo und Play-Station. Was kleine Hosenscheißer eben so brauchen.

Die als solche auszumachenden redaktionellen Beiträge befassen sich u. a. mit Gefühlen (»Warum man mit Frauen nicht leben kann«), harten Zahlen (»Aids – die deutsche Risikokarte«), Sport (»Der Basler-Report«), Mädchen (»In der Badewanne«), Seele (»Wenn Männer schweigen«), Live Talk (»Was Mädels über ihre Lover sagen«), Autos (»Das McQueen-Gefühl«) und Sex (»Die Größen-Frage«).

Kein Artikel dabei, den ich freiwillig und ohne dafür sehr sehr gut bezahlt zu werden bis zum Ende durchlesen würde. Deshalb hab ich's auch gelassen. Und rate Ihnen dasselbe.

Konkret 11/99, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Manchmal hat auch die »Süddeutsche Zeitung« recht, und mitunter noch rechter als der Verfassungsschutz erlaubt:

Wohin immer der Wähler also sein Kreuzchen künftig auch setzt – es wird ihm nichts helfen; keine verantwortlich handelnde Regierung kommt um jene Einschnitte herum, die für den Unmut sorgen, der sich derzeit in den Wahlkabinen entlädt.

Ein Satz, der in alle Gemeinschaftskunde-Bücher aufgenommen gehört, in Versalien so groß wie Helmut Kohl und so halbfett wie sein Nachfolger.

Ein Redakteur des »Spiegel« fragt die »Konsumforscherin« Helene Karmasin über ihr Gewerbe aus. Sie antwortet, daß es darin bestehe, Ratschläge zu geben, wie man sich »als Mitglied der oberen sozialen Gruppen ausweist«. Der Redakteur ahnt, daß Frau Karmasin ihn nicht meint, und fühlt sich auf seinen Armanischlips getreten:

Das klingt ziemlich elitär. Wollen Sie die Klassengesellschaft retten?

Die der Redakteur und sein Nachrichtenmagazins längst total beseitigt hatten oder gerade am Überwinden dran waren beziehungsweise ganz knapp davor.

Der Redakteur Manfred Frank von der »Zeit« schreibt an Peter Sloterdijk:

Die »Kritik der zynischen Vernunft« war als Erstlingswerk ein großer Wurf, und die nachfolgenden Publikationen sind würdig in seine Fußstapfen getreten. Hier begann eine Generation jüngerer Kulturtheoretiker von der gewundenen Dornigkeit des bis dahin tonangebenden Adorno-Jargons sich abzusetzen.

Publikationen, die würdig in die Fußstapfen des großen (bösen?) Wurfs treten, setzen von der gewundenen Adornigkeit des tonangebenden Jargons ab sich.

Johannes Gross, mein Lieblingsfaschist, ist tot. Der Bundeskanzler rief ihm nach:

Mit ihm verliert die deutsche Öffentlichkeit einen kritischen und unbestechlichen journalistischen Begleiter.

Noch unbestechlicher als der Automann Schröder? Die Gemeinheit hätte Gross nicht auf sich sitzen lassen.

Das »Börsenblatt« des deutschen Buchhandels, das ja doch um achtzehn Ecken herum irgendwie davon lebt, daß es eine deutsche Sprache gibt, stattet im Editorial seinen Undank ab:

Drei politische Eckpunkte für Ungarn, die den westlichsten der osteuropäischen Staaten noch näher an Europa gerückt haben und rücken werden,

in dessen westlichstem Osten er aber eigentlich schon lag,

Eckpunkte, die auch der Kultur des Landes neuen Auftrieb geben ...

Einen punktuellen Eckauftrieb. Es wäre aber nicht nötig gewesen.

Was im kroatischen KZ Jasenovac geschah, geschieht in der »Hamburger Morgenpost« noch einmal:

Dort ermordete das mit Nazi-Deutschland verbündete kroatische Ustascha-Regime Zehntausende.

Zehntausende, Adresse unbekannt. Pflicht des journalistischen Boten ist es, nichts zu melden, was die Leser auf Gedanken bringen könnte.

Und so geschieht es nur aus Versehen, wie in der »Rheinischen Post«:

IWF kümmert sich um Kindersterblichkeit. Der Internationale Währungsfonds will bis 2015 die Kinder- und Säuglingssterblichkeit um zwei Drittel verringern.

Die Redaktion nennt das eine »Kehrtwende«. Weil bisher der Internationale Währungsfond damit beschäftigt war, die Kinder und Säuglinge um ein Drittel zu verringern.

Ein großer Tag für Deutschland, für die Deutschen und für ihren liebsten Dichter. Der Bundeskanzler Schröder freute sich:

Mit ihm freuen sich bestimmt alle Deutschen.

Der PEN-Präsident Hein war stolz:

Das Land kann stolz sein.

Der Ostpolitiker Bahr war glücklich:

Man muß sich unbedingt fürs ganze Land freuen. Ja, ich finde, es ist eine Anerkennung für uns alle.

Der »FAZ«-Herausgeber Schirrmacher war froh:

Das ist ein Leumundszeugnis für Deutschland.

Der Rhetoriker Jens kam in Schwung:

Ausgezeichnet wurde mit ihm auch die deutsche Sprache, die sich im Zeitalter des Pidgin-German durch ihn in der Fülle ihrer auch heute noch grandiosen Möglichkeiten präsentiert.

Der Schriftsteller P. Schneider stammelte druckreif:

Ich finde es eine tolle Nachricht für Deutschland und die Deutschen.

Der Filmregisseur Schlöndorff rieb sich dies und das:

Ich freue mich über diesen Preis, auf den wir alle stolz sein dürfen.

Dem Redakteur Karasek wurde ganz identisch:

Wenn es so etwas wie eine nationale Identität gibt, dann haben wir Deutschen heute allen Grund, stolz zu sein.

Die Redaktion der »Bild«-Zeitung jubilierte:

Ein Ritterschlag für die deutsche Literatur

Ihr jüdischer Mitbürger Seligmann jauchzte:

Die neue deutsche Literatur lebt und wird weltweit anerkannt.

Alle schlugen sich und einander auf die Schenkel, und doch wollte bei denen, in deren Namen sie’s taten, keine Freude und kein Stolz aufkommen, aber nicht weil Deutschland und den Deutschen der Nobelpreis im besonderen am Arsch vorbei geht wie die Literatur im allgemeinen, sondern weil ihr Liebster den seinen am nämlichen Tage zugekniffen hatte:

Der meistgelesene deutsche Schriftsteller des Jahrhunderts ist tot: Heinz G. Konsalik.

Die weltweit anerkannte Nation wird sich einen neuen Lieblingsdichter suchen müssen. Eine günstige Gelegenheit wären die nationalen Feiertage gewesen, zu denen der Rat der Heldenstadt Plauen im Vogtland eingeladen hatte:

Das einschneidende, gesellschaftsverändernde Datum Plauener Geschichtsschreibung, der 7. Oktober 1989, der Tag der ersten Plauener Samstagsdemos, jährt sich in diesem Jahr zum 10. Male. Verschiedene Veranstaltungen im Gedenken an die angstvolle, doch stolze Geburtsstunde der Demokratie in Plauen sollen an die Ereignisse vor 10 Jahren erinnern:

Sonntag, 3. Oktober, Ratssaal im Alten Rathaus: Oberbürgermeister Dr. Rolf Magerkord verleiht die Stadtplakette der Stadt Plauen an verdiente Persönlichkeiten.

Dienstag, 5. Oktober, Markuskirche: Ökumenische Friedensandacht am gleichen Ort, zur gleichen Zeit wie vor zehn Jahren

Donnerstag, 7. Oktober, Rathausfoyer: Zivilcourage, 40 Jahre SED-Diktatur – 40 Jahre Bürgermut und Widerstand. Eröffnung der Ausstellung der Gauck-Behörde, Chemnitz.

Anschließend, Lutherkirche: Kerzen werden in Erinnerung an den 7. Oktober entzündet.

Ein Ritterschlag für den deutschen Bürgermut und Widerstand, angstvoll, doch stolz, von der Behörde an die Wand gemalt als Leumundszeugnis für Deutschland, samstags gehört Vati der Demo. In diesem Dunstkreis muß sich doch ein Dichter finden lassen, auf den wir alle ganz toll stolz sein können und den wir dennoch alle lesen, ein Heinz G(rass) Konsalik? Ist’s der?:

Sonntag, 10. Oktober, Vogtlandbibliothek: Literatur und MfS. Lutz Rathenow liest.

Nein, einen Nobelpreis bekommt er vielleicht nicht. Aber die Stadtplakette, überreicht von Dr. Magerkord, für verdickte Persönlichkeiten.